

# Preussische Allgemeine



Nr. 38 · 24. September 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



## Vor der Entscheidung

Der Wahlkampf war öde, die Herausforderungen bleiben dennoch gewaltig. Was auf dem Spiel steht **Seiten 1, 3, 4 und 5**



**Euro** Wie die unsoziale Geldpolitik der EZB faktisch die Bürger enteignet **Seite 8**



**Zeitgeschichte** Die vergessene Reichstagsrede Wladimir Putins **Seite 10**

### UMFRAGE

## Wenig echter Rückhalt für die Parteien

Selten, vielleicht noch nie waren die deutschen Wahlbürger in ihrer Entscheidung bis kurz vor der Stimmabgabe so unsicher wie bei dieser Bundestagswahl. Dafür spricht der bis zum Schluss hohe Anteil der Unentschiedenen.

In einer Allensbach-Umfrage von Anfang des Monats gaben 53 Prozent der zur Stimmabgabe entschlossenen Deutschen an, sich weder für eine bestimmte Partei noch einen Kanzlerkandidaten erwärmen zu können. Statt aus Überzeugung zu wählen, suchen sie den Wahlzettel lediglich nach dem „kleineren Übel“ ab.

Zählt man den zu erwartenden Anteil der Nichtwähler hinzu, heißt dies, dass die antretenden Parteien nur gut ein Drittel der wahlberechtigten Bürger wirklich für sich begeistern können. Angesichts des eigentlich breiten Spektrums von sechs Fraktionen, die wohl in den neuen Bundestag einziehen werden, erscheint dieses Drittel besonders mager. Die Entfremdung oder gar Geringschätzung der Bürger gegenüber dem politischen Spitzenpersonal lässt aufhorchen.

Die etablierten Kräfte machten nach diesen Zahlen einen groben Fehler, wenn sie beispielsweise ein eher laues Ergebnis für die AfD als Vertrauensbeweis der Bürger für sich auslegten. Mögen die Stimmen des Protests derzeit auch nicht über ihr Stammpotential hinauswachsen können: Das Band, das die Etablierten mit dem Wahlvolk verbindet, wird dennoch dünn und dünner. **H.H.**

### POLITIK

## Konsequente Verweigerung gegenüber den Wählern

Bis zuletzt kreisen Politik und Medien im Wahlkampf 2021 vor allem um sich selbst. Unabhängig davon steht das Land vor einer Richtungsentscheidung

VON RENÉ NEHRING

**W**as haben der frühere britische Premier Tony Blair, der ehemalige US-Präsident Donald Trump und der französische Präsident Emmanuel Macron gemeinsam? Sie alle haben auf dem Weg an die Macht mit knackigen Schlagworten ihre politischen Botschaften vermittelt – und so Millionen Wähler für sich gewonnen: Blair 1997 mit „New Labour. New Britain“, Trump 2016 mit „Make America Great Again“ und Macron 2017 mit „La République en Marche“.

In Deutschland hat man derlei programmatischen Schwung schon lange nicht mehr vernommen. Seit Jahren schon wurden die Wahlkämpfe mitsamt den Spitzenkandidaten von Mal zu Mal – gelinde gesagt – trockener. Doch erstmals in der Geschichte der Republik stehen wir nun vor der Situation, dass die übergroße Zahl der Deutschen bei ihrer Wahl kein positives Votum für einen Kandidaten abgibt, sondern sich vielmehr bei der Stimmabgabe von der Frage leiten lässt, wen man noch weniger im Kanzleramt sehen will als die anderen – und dann denjenigen mit den wenigsten Minuspunkten wählt.

Die von den Bürgern empfundene inhaltliche Leere erstaunt nicht nur angesichts des bevorstehenden Endes einer Ära sowie einer innen- wie außenpolitisch hoch dramatischen Lage, sondern auch,

weil die Parteien in ihren Programmen durchaus lang und breit erklären, wohin sie unser Land führen wollen: die SPD auf 65, die FDP auf 67 Seiten, CDU und CSU auf 140 Seiten, die Linke auf 155 Seiten, die AfD auf 206 und die Grünen auf sage und schreibe 258 Seiten!

Die meisten Parteien haben so viel Textbausteine zusammengetragen wie nie zuvor. So kam die Linkspartei 2017 noch mit 127 Seiten aus, die AfD mit 74 und CDU/CSU mit 75 Seiten. Die Grünen boten auch damals schon mit 239 Seiten den größten Lesestoff. FDP und SPD hatten übrigens mit 148 beziehungsweise 113 Seiten deutlich längere Wahlprogramme als diesmal. Vielleicht erklärt dies, warum es gerade für sie vergleichsweise gut läuft.

### Warum so viele Worte?

Doch warum schreiben die Strategen der Parteien überhaupt Programme von dutzenden und hunderten Seiten, wo sie doch wissen, dass die Wähler des digitalen Zeitalters gewohnt sind, Informationen nur noch in kleinen Häppchen serviert zu bekommen? Ist es ein Zeichen von Unsicherheit, dass sie gar nicht mehr wissen, wofür sie stehen sollen, weshalb sie möglichst viel erzählen in der Hoffnung, dass schon irgendetwas bei den Bürgern hängen bleibt? Oder ist es ein Beleg dafür, dass die politischen Führer unserer Zeit längst jegliche Profilierung scheuen aus Angst, irgendeine Gruppe zu verschrecken?

Oder richten sich die Parteiprogramme in Wahrheit gar nicht an die Wähler, sondern vielmehr an die Funktionsträger in den eigenen Reihen? Quasi als eine Art Vergewisserung, dass deren Interessen im eigenen „Laden“ weiterhin gut verankert sind. Schließlich ist die Basis jeder Macht im modernen Parteienstaat nicht das Wahlvolk, sondern der Rückhalt in der eigenen Mannschaft. Doch ist es dann wirklich ein Wunder, wenn die Bürger und der professionelle Politikbetrieb nicht mehr zueinander finden?

Fakt ist: In wenigen Tagen sind die Bürger zur Wahl gerufen. Trotz des Ausblendens gewichtiger Themen wie innere und äußere Sicherheit, Stabilität des Euro und Weiterentwicklung der EU oder Wirtschaft und Bildung nach Corona stehen diese und weitere drängenden Probleme auf der Agenda. Und unabhängig von allen Bekenntnissen und Abgrenzungen zeigt der Blick in die Wahlprogramme (siehe die Seiten 4 und 5), dass die Parteienlandschaft im Wesentlichen noch immer aus zwei Lagern besteht: einem bürgerlichen, dessen Repräsentanten trotz aller Unterschiede im politischen Stil für persönliche und unternehmerische Freiheiten eintreten, sowie aus einem dirigistischen Lager, dessen Protagonisten die Gesellschaft trotz aller gescheiterter Experimente noch immer mit Vorgaben und Verboten zum Besseren – beziehungsweise: zu dem, was sie dafür halten – bekehren wollen.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Im Wahlkampf fühlen sich die Auslandsdeutschen von der Heimat vergessen **Seite 6**

#### Kultur

Erinnerungen an den vor 100 Jahren verstorbenen Engelbert Humperdinck **Seite 9**

#### Das Ostpreußenblatt

Das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen wird 40 Jahre alt **Seite 17**

#### Lebensstil

Besuch in Friedrichstadt – ein „Klein-Amsterdam“ im Norden Deutschlands **Seite 21**



**Lesen Sie die PAZ** auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Energiesicherheit** In Dresden und Umgebung führte eine kleine Ursache zu einem größeren Stromausfall. Nicht erst seit diesem aktuellen Fall stellen sich Fragen zur Sicherheit der Stromversorgung in Deutschland

## Ein Ballon, ein Knall, ein Blackout

In Dresden waren 300.000 Haushalte von einem Stromausfall betroffen – Noch war es kein Terroranschlag

VON WOLFGANG KAUFMANN

**A**m Nachmittag des 13. September kam es in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden und deren Umland zu einem großflächigen Blackout. Um genau 13.53 Uhr fiel eine der 110-Kilovolt-Anlagen im Umspannwerk Dresden-Süd an der Heidenauer Straße aus. Daraufhin waren die angrenzenden Bereiche Dresdens sowie Pirna-Copitz und Heidenau schlagartig ohne Strom.

Doch damit nicht genug: Beim anschließenden Wiederhochfahren des Netzes kollabierte dieses erneut – mit noch deutlich dramatischeren Folgen. Nunmehr brach die Stromversorgung in fast allen Stadtteilen von Dresden und in zahlreichen näher oder ferner liegenden Ortschaften zusammen. So traf es beispielsweise auch Meißen, Radebeul, Wilsdruff, Nossen, Döhlen, Großhain, Radeberg, Radeburg, Freital, Moritzburg, Rabenau, Leupoldishain, Königstein, Bad Schandau, Altenberg und Geising.

Nach Angaben des Netzbetreibers SachsenEnergie sollen davon mindestens 300.000 Haushalte sowie zahlreiche Industriekunden betroffen gewesen sein. Zu den Letzteren zählten unter anderem auch die großen Mikrochip-Fabriken im Norden von Dresden, deren Fertigungsanlagen zeitweise heruntergefahren werden mussten, was zu erheblichen Schäden führte.

In der Landeshauptstadt kam das öffentliche Leben weitgehend zum Erliegen. Straßenbahnen standen plötzlich still und auch der sonstige Verkehr stockte, weil sämtliche Ampeln ausfielen, Aufzüge blieben massenhaft stecken und in den Einkaufszentren verweigerten die Kassen und automatischen Türen den Dienst. Die Feuerwehr rückte zu insgesamt 270 Einsätzen aus, um Menschen zu helfen, die durch den Blackout in akute Gefahr geraten waren.

### Kleiner Ballon, große Wirkung

Allerdings blieben wirklich chaotische Zustände aus, da es den Mitarbeitern von SachsenEnergie gelang, die Stromversorgung binnen einer Stunde zu 95 Prozent wiederherzustellen. Außerdem hatten die Notsysteme in den Operationssälen und



Dresdens Polizeisprecher Thomas Geithner präsentiert das Corpus Delicti, das zum Stromausfall führte: Die Reste der Metallfolie eines Ballons wurden auf der im Hintergrund rot markierten Stelle im Umspannwerk Dresden-Süd gefunden Foto: pa

Intensivstationen der betroffenen Krankenhäuser funktioniert.

Und um 21 Uhr desselben Tages stand dann bereits auch die Ursache für den Vorfall fest: Ein kleiner metallbeschichteter und mit Helium gefüllter Ballon des britischen Herstellers AmScan International, wie er gern bei Hochzeiten oder Kindergeburtstagen gestartet wird, war in einen der neuralgischsten Abschnitte des Leitungsnetzes des Umspannwerkes getrudelt, was zum Kurzschluss führte. Deshalb will SachsenEnergie nicht für die Folgeschäden des Blackouts aufkommen.

Nach Meinung des Geschäftsführers des Versorgers, Steffen Heine, lag keine Pflichtverletzung vonseiten des Unternehmens vor. Denn die verwendete Technik sei so überall auf der Welt im Einsatz, und spezielle Vorkehrungen zur Abwehr von kleineren Flugobjekten mit Spielzeugcharakter branchenweit unüblich. Sofort nach Bekanntwerden des Auslösers für den Stromausfall wurden Speku-

lationen laut, ob es sich nicht vielleicht um einen gezielten Anschlag auf die sensible Infrastruktur des Umspannwerkes gehandelt habe.

### Kein gezielter Anschlag

Immerhin fanden am Nachmittag des 13. September mehrere politisch brisante Ereignisse in Dresden statt. Da war zum einen die Fortsetzung des Gerichtsprozesses gegen die mutmaßliche Linksterroristin Lina E. (siehe PAZ vom 17. September) und deren drei Mitangeklagte, welcher in der Woche zuvor unter allerlei Protesten der linken Szene begonnen hatte und auch prompt unterbrochen werden musste, als im Hochsicherheitsgericht auf dem Hammerweg ebenfalls die Lichter ausgingen.

Und zum anderen wollten drei als rechtsextrem eingestufte Gruppierungen, nämlich Pegida, Querdenken-351 und die Freien Sachsen, Kundgebungen in der Innenstadt von Dresden abhalten, weswe-

gen sich die Antifa-Szene gleichermaßen in hellem Aufruhr befand. Zumal mit Björn Höcke von der Thüringer AfD auch noch ein Hauptredner geladen war, dessen Auftritt die gesamte Linke als schwere Provokation betrachtete.

Eine absichtliche Störung des Prozesses sowie die parallele Sabotage der Anreise der angeblich rechtsextremen Demonstrationsteilnehmer schließt die Dresdner Polizei allerdings aus. Wie ihr Sprecher Thomas Geithner am 14. September bei der ersten gemeinsamen Pressekonferenz mit Vertretern des Netzbetreibers mitteilte, gebe es weder Hinweise darauf, dass der Ballon speziell präpariert und gelenkt worden sei, noch liege ein Bekennerschreiben vor. Deshalb gehe man von reiner Fahrlässigkeit aus.

Dabei trug der Ballon eindeutige Warnhinweise in Großbuchstaben: „Nicht im Freien oder in der Nähe von Stromleitungen steigen lassen – kann zu Stromausfällen führen!“

### KOMMENTAR

## Fatales Setzen auf das Prinzip Hoffnung

Noch können es sich die meisten Bundesbürger kaum vorstellen, im kommenden Winter plötzlich für kürzere oder längere Zeit ohne Strom und Heizung auskommen zu müssen. Es sei denn, sie erhalten einen kleinen Vorgeschmack auf solche Zustände wie die Menschen im Großraum um Dresden am vorletzten Montag. Dabei werden Blackouts oder auch länger anhaltende Energieversorgungsengpässe immer wahrscheinlicher, weil unser Staat partout nicht gewillt ist, Realitäten zur Kenntnis zu nehmen.

Wieso ignoriert er einfach, dass Ballons, welche in der Lage sind, einer ganzen Region den Strom abzuklemmen, auch von Angehörigen oder Sympathisanten der linksterroristischen Szene oder anderen Saboteuren gestartet werden können? Und selbst wenn das Ganze nur ein Zufall war: Warum versäumt es der Gesetzgeber, Energieversorger zu verpflichten, besonders empfindliche Bereiche ihrer Anlagen auch besonders gut zu schützen? Immerhin war der ballonbedingte Blackout von Dresden ja kein Einzelereignis. Ähnliche, allerdings nicht ganz so folgenschwere Störfälle haben sich bereits 2015 und 2017 in Frankfurt am Main und Stuttgart ereignet.

Eine andere Art von Realitätsverweigerung sind die umwelt- und außenpolitischen Fehlentscheidungen, die zu einer Verknappung und Verteuerung von Erdgas geführt haben. Die Abschaltung von Kohle- und Kernkraftwerken bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Konfrontationskurses gegenüber Moskau kann sich rächen, wenn mehrere ungünstige Faktoren zusammenkommen.

Die Energiesicherheit hierzulande basiert augenscheinlich auf dem Prinzip Hoffnung. Der Hoffnung auf einen nicht zu kalten Winter 2021/22 und auf einen ebenso milde gestimmten Putin sowie auch der Hoffnung darauf, dass niemand versucht, unsere Energieversorgung gezielt zu sabotieren. Ob dies das richtige Rezept ist, um über die nächsten Monate zu kommen, wird sich in Bälde zeigen. W.K.

### GASLIEFERUNGEN

## Wenn Moskau am längeren Hebel sitzt

Die gegenwärtige Gasknappheit spielt Russland in die Karten – Die deutsche Energiepolitik hat kaum etwas dagegenzusetzen

Momentan liegt der Erdgaspreis in Mittel- und Westeuropa trotz des noch warmen Wetters so hoch wie nie zuvor. Gleichzeitig sind die Speicher deutlich weniger gut gefüllt als in den Vorjahren. Deshalb könnte der Energieträger Gas in diesem Winter knapp und auch enorm teuer werden. Hierfür gibt es eine ganze Reihe von Gründen.

Zum einen dauerte die Kälteperiode im Frühjahr ungewöhnlich lange an, weswegen sich die Speicher mehr als sonst leerten und das Wiederauffüllen vergleichsweise spät einsetzte. Zum anderen überwand China die Folgen der Coronapandemie schneller als erwartet, was den Energiehunger des Reiches der Mitte verstärkte. Außerdem importierte Brasilien

Unmengen von Flüssigerdgas, weil viele Wasserkraftwerke im Lande aufgrund von Dürre ausgefallen waren.

Ebenso erwiesen sich die Preissteigerungen bei den Kohlendioxid-Emissionszertifikaten in der Europäischen Union als ausgesprochen nachteilig. Angesichts der wachsenden Kosten bei der Verstromung von Kohle wechselten manche Energiekonzerne zum Gas, womit sie die Nachfrage noch weiter anheizten.

Gleichzeitig zeigt sich Russland jetzt außerstande, zusätzliche Mengen an Erdgas zu liefern. Das liegt zum Teil wohl an dem Großbrand in der westsibirischen Erdgasaufbereitungsanlage bei Nowy Urengoi und den vertraglichen Vereinbarungen mit der Türkei, welche immer

stärker zu einem Hauptabnehmer von Gazprom mutiert.

### Der Westen wird erpressbar

Aber vielleicht steckt auch mehr dahinter. Immerhin existieren nach wie vor erhebliche Widerstände gegen die jüngst nach langem Streit fertigverlegte Ostseepipeline Nord Stream 2, durch die russisches Erdgas nach Deutschland gepumpt werden soll. Dies gab Gerüchten Nahrung, dass Moskau den Westen erpressen wolle: Arrangiert Euch mit dem Projekt, sonst könnt ihr im Winter eine Gasknappheit ohnegleichen erleben! So hat Gazprom versprochen, noch in diesem Jahr 5,6 Milliarden Kubikmeter Erdgas via Nord Stream 2 zur Verfügung zu stellen, wenn

„Arrangiert euch mit Nord Stream 2, sonst könnt ihr im Winter eine Gasknappheit ohnegleichen erleben!“

das Genehmigungsverfahren bald sein erfolgreiches Ende finde.

Auf jeden Fall ist die gemeinsame Erklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und US-Präsident Joe Biden, man werde es Russland keinesfalls ermöglichen, Energieträger wie Erdgas als geopolitische Waffe einzusetzen, reine Makulatur. Sollten die Gasspeicher in Mittel- und Westeuropa zu Beginn der Heizperiode im Oktober immer noch so geringe Füllstände aufweisen wie jetzt, sitzt Moskau definitiv am längeren Hebel. Es sei denn, der Winter wird kurz und mild – mit viel Sonnenschein und Wind zugunsten der alternativen Energieerzeugung. Oder die Kernkraftwerke in Frankreich und anderswo laufen auf Hochtouren. W.K.

# Ursachen eines Unbehagens

Im Wahlkampf 2021 verweigern Politik und Medien beharrlich die Debatte über brennende Fragen. Dennoch – oder gerade deshalb – zeichnen sich Umriss der Entwicklung für die Zeit nach der Kanzlerschaft Angela Merkels ab

VON WERNER J. PATZELT

**W**as ist in Deutschland los, wo unmittelbar vor einer als wichtig angesehenen Bundestagswahl ein Großteil der Wähler noch unentschieden ist? Wo es weder eine klare Wechselstimmung gibt noch Lust auf bloßes Weitermachen? Wo die Mehrheit weder ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis wünscht noch die bisherige „große“ Koalition? Wo die meisten sich gezwungen fühlen, unter mehreren Übeln das kleinste zu wählen?

Einen ersten Hinweis auf mögliche Ursachen geben vielerlei Klagen über einen „inhaltsleeren Wahlkampf“. Wie sollte der auch anders sein, wenn jene Themen durch Journalisten und Parteien aus dem öffentlichen Gespräch herausgehalten werden, die vielen Leuten auf den Nägeln brennen: Zuwanderung, Integration, Rentenfinanzierung, die Rolle von Nationalstaaten in der sich wandelnden Europäischen Union? Und was sollte dem Wahlkampf Inhalte geben, wenn fast alle Parteien sich einig sind über die großen Anliegen (Stabilisierung des Erdklimas, soziale Gerechtigkeit, ausreichende und bezahlbare Energie ...), es aber sorgsam vermeiden, in die vom Wahlsieger dann auszugestaltenden Einzelheiten zu gehen: Welchen anderen Einfluss auf das Weltklima kann das kleine Deutschland haben als den eines Vorbilds, an dessen Wesen die Welt genesen möge? Schafft man soziale Gerechtigkeit eher durch Steuererhöhungen oder durch Wirtschaftswachstum? Wie wird Deutschland aussehen, sobald – wie erstrebt – zwei Prozent der Landesfläche mit Wind- und Solarparks bebaut sind?

## Klagen über das Personal

Einen weiteren Hinweis geben die Klagen über das konkurrierende Personal. Teile der Union machten sich sogar ans Demontieren des eigenen Kanzlerkandidaten. Die SPD wollte ihren jetzigen Spitzenmann um keinen Preis als Parteivorsitzenden. Und die Traumfrau der Grünen entpuppte sich als Leichtgewicht, das grüne Sprechblasen besser beherrscht als die Fakten. Was besagt es eigentlich über unsere Berufspolitiker und die Bedingungen ihres Karriereerfolgs, wenn diese drei wirklich das Beste sind, was unser Land für die Kanzlerschaft aufzubieten hat?

Und einen dritten Hinweis auf die Ursachen unserer Wahlkampfmalaise bietet, dass die AfD in Sachsen stärkste Partei werden dürfte, im übrigen Osten wohl die zweitstärkste, und dass sie ihre – halb so zahlreiche – Anhängerschaft im Westen auch nicht verlieren wird. Wie wirkt es sich da auf die Bürgerschaft aus, wenn die Ursachen des Aufstiegs und der Verstärkung der AfD im Wahlkampf keine Rolle spielen – gerade so, als hätte man die Haltung zur AfD nicht jahrelang wie eine Schicksalsfrage unseres Landes behandelt? Doch unseren Politikern scheint es inzwischen zu reichen, sogar Gespräche mit dieser unerwünschten Konkurrenzpartei auszuschließen, während zugleich viele Unions- und SPD-Wähler abseits der Öffentlichkeit wie AfDler reden. Offenbar wird die politische Klasse von sehr anderen Anliegen bewegt als die Bürgerschaft. Dann freilich muss es nicht wundern, wenn so viele den Wahlkampf als inhaltlich unbefriedigend empfinden.

Unübersehbar tragen zu dieser Lage unsere etablierten, immer noch sehr reichweitenstarken Medien bei. Bemerkten deren Journalistinnen und Journalisten wirklich nicht, dass sie allzu oft genau das aussparen, was sehr viele Leute sogar vorrangig interessiert – etwa: Wie passen wir unsere Integrationspolitik der mangelnden Integrationsbereitschaft von vielen ins Land Gelangten an? Wie



Sinnbild eines politischen und medialen Betriebs, der sich vorwiegend um sich selbst dreht und zahlreiche Zukunftsfragen ausblendet: die „Kanzler-Trielle“ zwischen Olaf Scholz, Annalena Baerbock und Armin Laschet (v.l.)

Foto: pa

gehen wir am besten um mit Clankriminalität und Gewaltbereitschaft von „südlich Aussehenden“? Wie mit jenem Islam, der nicht nur viele zum Flüchten bringt, sondern obendrein jene Gesellschaften verändern möchte, die muslimische Geflüchtete aufnehmen? Gibt es ernstzunehmende Gewalt nicht auch von links? Wie hängt sie zusammen mit der inzwischen selbstverständlichen kulturellen Hegemonie von Linken und Grünen in Deutschlands großen Städten? Alimentiert vielleicht unser Staat selbst deren Umfeld durch die üppige Finanzierung des „Kampfs gegen rechts“, der dann eben mit aller Macht geführt wird – und zwar auch gegen unliebsame Leute aus der politischen Mitte?

## Nach der Ära Merkel ist alles möglich

Beim Nachdenken über das alles hilft es zu wissen, dass – ausweislich entsprechender Umfragen – rund zwei Drittel unserer Medienleute mit Grünen, Sozialdemokraten und Linken sympathisieren. Dazu passt auch der bei den „Triellen“ minutengenau angestrebte Proporz zwischen den wechselseitig Koalitionswilligen von SPD und Grünen sowie dem Kandidaten der Union. Hätte man da Annalena Baerbock wirklich nicht den das Kanzleramt ebenfalls verfehlenden Christian Lindner an die Seite stellen können? Anscheinend wollten die Medienleute jene Zweidrittelmehrheit unter den prominent platzierten Spitzenkandidaten. Warum auch nicht, hat die CDU doch seit vielen Jahren dem links-grünen Meinungsdruck einfach nachgegeben. Was immer der beseitigen wollte, wurde zunächst nicht mehr verteidigt und dann aufgegeben: die friedliche Nutzung der Kernenergie, eine Zuwanderungssteuerung gemäß den Interessen des eigenen Landes, auch die jahrtausendlang für vorrangig gehaltene Ehe zwischen Mann und Frau – samt so vielen Kindern, dass die Bevölkerung eines Landes weder überaltert noch schnell schrumpft.

Als sich dann mehr und mehr bisherige Unionsanhänger einer Partei zuwandten, deren Namensgebung auf Behauptungen der Kanzlerin reagierte, ihre Politik sei „alternativlos“, da musste als Erklärung herhalten, solche Leute wären immer schon Rassisten

und Faschos gewesen; wie gut, dass die Union sie endlich los sei! Wenn man Journalisten und der Unionskonkurrenz von links solchen strategischen Weitblick zutrauen wollte, so könnte man gar formulieren: Erst drückte und lockte man die Union so weit in die linke Mitte, dass sie viele Anhänger nach rechts außen verlor; dann verlangte man von der Union die Abgrenzung von den heimatlos Gemachten und diffamierte Bemühungen um deren Wiedergewinnung; und inzwischen kann man die jahrzehntlang politisch dominante Union in solche Koalitionen zwingen, die sie zum besonders leichten Angriffsziel der AfD machen. Doch das alles wurde im Wahlkampf auch dort nicht thematisiert, wo es um künftige Regierungsbündnisse ging. Muss man sich dann über das inhaltliche Unbehagen am Wahlkampf wundern?

Grüne und Linke beherrschen jedenfalls die Medien – und die Union beherrscht nicht einmal den Umgang mit ihnen; Rezo lässt grüßen. Unter medialem Eindruck kehrt aber nun eine jahrelang von der Union hofierte Laufkundschaft zum sozialdemokratischen und grünen Original zurück. Sie hat nämlich begriffen, dass dessen begabteste Kopistin die – wirtschaftlich denn doch vertrauenswürdiger – Union nicht länger auf dem von links her erwünschten Kurs halten wird. Überhaupt fällt Angela Merkel als stabilisierender Schlussstein im Gewölbe unseres Parteiensystem fortan aus. Deshalb wird nun alles möglich – auch ein Linksbündnis gegen mehrheitliche Bürgerwünsche.

## Im politischen Grenznutzenbereich

Derweil bemerkt die Union, dass ihre lange Zeit hohen Zustimmungswerte nicht ihr als Partei galten, sondern allein der von ihr getragenen Kanzlerin. Die aber orientierte sich viel mehr an demoskopischen Befunden und journalistischen Meinungsführern als an den Wünschen jener Parteibasis, die noch im Alltag der Bürgerschaft verwurzelt ist. Auf diese Weise hob die Union von großen Teilen des Wahlvolks ab, das ihr lange Zeit vertraute. Im medialen Luftraum findet sie trotzdem keinen Platz. Das alles macht viele CDUler so unzufrieden mit dem Wahlkampf ihrer Partei.

Doch noch mehr prägt diesen Wahlkampf, wenn auch unterschwellig: Viele Leute spüren, dass gar nicht wenige bislang bewährte Politiken in ihren Grenznutzenbereich gelangt sind, also trotz steigenden Aufwands immer weniger an politischem oder persönlichem Nutzen erbringen. Weder von mehr Globalisierung und Europäisierung noch von einer weiteren Liberalisierung aller Lebensbereiche, auch nicht von höheren Ausgaben für unseren Sozialstaat erwarten die meisten mehr Vorteile als Nachteile für unser Land. Doch die reichweitenstarken Medien und etablierten Parteien tun so, als gäbe es da keine grundsätzlichen Probleme. Obendrein werden als wichtig empfundene und tatsächlich in Deutschland lösbare Probleme – von der Regulierung der Zuwanderung bis zur Sicherung einer preisgünstigen Energieversorgung – dadurch aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt, dass sie eine starke moralische Aufladung der Streitpositionen erfahren. Dann scheinen auf der einen Seite „die Guten und Vernünftigen“ zu stehen, auf der anderen aber die „Dummen und Verstockten“.

## Warten auf bessere Zeiten

Wer alsbald von Edelmenschen angegriffen wird, die nicht nur für ihre Sache brennen, sondern auch um keinen eigennützigen Schachzug verlegen sind, der duckt sich klugerweise ab und wartet solange, bis üble, zuvor für unmöglich erklärte Entwicklungen eben doch eintreten. Nur geschieht dann viel vermeidbarer Schaden. Das vorauszusehen, macht die innere oder zumindest kommunikative Emigration natürlich nicht angenehmer. Obendrein ist unser politischer Diskurs inzwischen zerfallen zwischen jenen, die auf die etablierten Medien schwören, und denen, die ihre Filterblasen und Echokammern nur noch in der Absicht verlassen, auf die Bewohner anderer Meinungshöhlen einzuschlagen.

Wie kommen wir aus diese Lage? Wahrscheinlich werden wir abwarten müssen, bis die linksgrünen Hegemonen ihre Machtposition so sehr übernutzt haben, dass ihre Glaubwürdigkeit schwindet. Das tröstliche Sprichwort dafür lautet: „Nicht nachgeben gewinnt auch!“ Und alle, die Besserndes beitragen wollen, könnten sich obendrein an eine altrömische Spruchweisheit halten: Worte belehren nur, Beispiele hingegen ziehen mit.

**Prof. Dr. Werner J. Patzelt** lehrte bis 2019 Vergleichende Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden. Zuletzt erschien „Parlamentarismusforschung. Eine Einführung“ (Nomos 2020).  
<http://wjpatzelt.de>

Unter medialem Eindruck kehrt nun eine jahrelang von der Union hofierte Laufkundschaft zum sozialdemokratischen und grünen Original zurück



**PAZ live!**

Verfolgen Sie den Wahlabend mit aktuellen Kommentaren der Redaktion sowie prominenter Gastautoren.



+++ Live-Ticker +++

26. September 2021  
ab 17.30 Uhr  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

# Die Klarheit steckt im Detail

Über die Parteien der Gegenwart heißt es oft, dass diese sich kaum noch unterscheiden würden. Der genaue Blick in die Wahlprogramme zur Bundestagswahl zeigt jedoch zum Teil erhebliche Unterschiede. Fundstücke einer Spurensuche



|  |   |  |   |   |  |   |  |
|--|---|--|---|---|--|---|--|
| <p><b>Leitbild für Staat und Gesellschaft</b></p>        | <p>Vernunft statt Ideologie, Innovationen statt Verbote, Soziale Marktwirtschaft statt sozialistischer Umverteilung, Chancen statt Ängste, Respekt statt Bevormundung für Familien, christliches Menschenbild und gesellschaftliche Vielfalt statt vorgefertigter Lebensentwürfe für jeden Einzelnen.</p>               | <p><b>Wir wollen eine Gesellschaft</b>, die inklusiv und solidarisch ist und allen Bürger*innen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich macht. Ein moderner und starker Sozialstaat ist dafür die Grundlage und begegnet allen Menschen mit dem Respekt, den sie verdienen.</p>                               | <p>Im <b>Zentrum unseres Menschenbildes</b> stehen Freiheit und Verantwortung. (...) Gängelung und Indoktrination durch Staat oder gesellschaftliche Gruppen lehnen wir ab.</p>   | <p><b>Wir Freie Demokraten</b> setzen auf Freiheit und Verantwortung. Wir setzen auf die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft und wirtschaftliche Prosperität als Gegenmodell zum dirigistischen Staat, der sich im Klein-Klein verzettelt und sich als Erziehungsberechtigter der Bürgerinnen und Bürger aufführt.</p>         | <p><b>Mut zur Veränderung</b> (...) Wir stehen für eine gesellschaftliche Entwicklung, in der die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökologische Kräfte überwunden wird und die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht.</p>   | <p>In <b>kurzer Zeit eine klimaneutrale Gesellschaft</b> zu werden, ist eine epochale Aufgabe mit inspirierender Kraft. Wir wollen einen Aufschwung schaffen, der über das rein Ökonomische hinausgeht. Einen Aufschwung, der das ganze gesellschaftliche Leben in seiner Stärke und Vielfalt erfasst.</p>                    | <p><b>Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft</b>, in der Respekt vor der Freiheit eines jeden einzelnen Menschen herrscht, aber auch Respekt vor den Werten der Mehrheitsgesellschaft. Wir müssen der Vertiefung von Parallelgesellschaften vorbeugen.</p>  |
| <p><b>Wirtschaft und Finanzen</b></p>                    | <p><b>Wir werden</b> (...) ein umfangreiches Entfesselungspaket auf den Weg bringen, das Unternehmen von Steuern und Bürokratie entlastet sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt.</p>   | <p><b>Wie wir eine zukunftsfähige Wirtschaft fördern</b> Viele bahnbrechende Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte hätte es ohne eine aktive und vorausschauend handelnde Politik nicht gegeben. Die Politik muss die langen Linien und die Richtung beschreiben und sich als Innovationstreiber verstehen.</p>     | <p><b>Die AfD steht für eine marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik:</b> Schutz des Eigentums, Vertragsfreiheit, die Einheit von Handeln und Haftung, Berufsfreiheit und eine wettbewerbsfähige Wirtschaftsordnung sind elementare Bestandteile einer freiheitlichen und prosperierenden bürgerlichen Gesellschaft.</p>  | <p><b>Wir Freie Demokraten</b> fordern einen Entfesselungspakt für die deutsche Wirtschaft, in dem Maßnahmen zur Bürokratieentlastung gebündelt und vorangetrieben werden. Der stetig wachsende Bürokratiebeschlag belastet die (...) Unternehmen und bremst die wirtschaftliche Entwicklung aus.</p>                         | <p><b>Unsere Wirtschaft</b> muss in Deutschland, Europa und weltweit sozialer, demokratischer und umweltgerechter umgestaltet werden.</p>  | <p><b>Wir wollen den Erfolg</b> Deutschlands und der Unternehmen neben ökonomischen auch anhand sozialer, ökologischer und gesellschaftlicher Kriterien messen und die politischen Leitplanken wie Anreize und Wirtschaftsförderung entsprechend neu ausrichten.</p>  | <p><b>Ein starkes Unternehmertum</b> braucht ein starkes Umfeld. Die Wirtschaft blüht dort, wo sie die besten Rahmenbedingungen vorfindet. (...) Wir wollen durch pragmatische Vorschläge unsere Unternehmen stärken, um uns erfolgreich im internationalen Wettbewerb behaupten zu können.</p>                                |
| <p><b>Arbeit und Soziales</b></p>                        | <p><b>Mit unserem Modernisierungsjahrzehnt</b> sorgen wir dafür, dass Deutschland auch in Zukunft eines der verlässlichsten und stabilsten Sozialversicherungssysteme der Welt hat. Dabei gilt das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft, das der Gemeinschaft, auch den Schwächeren, ein Leben in Würde ermöglicht.</p> | <p><b>Unser Ziel ist Vollbeschäftigung</b> mit gerechten Löhnen. Unsere Antwort auf den Wandel der Arbeitswelt ist ein „Recht auf Arbeit“. Das bedeutet für uns, dass sich die Solidargemeinschaft dazu verpflichtet, sich um Jede*n zu kümmern und jeder*m Arbeit und Teilhabe zu ermöglichen.</p>                    | <p><b>Mindestlohn beibehalten</b> Der gesetzliche Mindestlohn ist mit dem Wesen der Sozialen Marktwirtschaft eng verbunden. Er korrigiert im Bereich der Entlohnung die Position der Niedriglohnpfänger als schwache Marktteilnehmer gegenüber den Interessen der Arbeitgeber.</p>  | <p><b>Jede und jeder Einzelne soll die Chance haben</b>, beruflich und privat aufzusteigen. Der moderne Sozialstaat muss ein Sprungbrett sein. Er muss ermutigen, Potentiale freisetzen und Anstrengung auch wirklich belohnen. Ziel muss es sein, dass Menschen möglichst schnell berufliche Fortschritte machen können.</p> | <p><b>Wir schaffen den Niedriglohnsektor ab</b> und stärken Tarifverträge. Wir schaffen einen Rechtsanspruch auf eine Vollzeitstelle für alle Beschäftigten. (...) Zusammengefasst wollen wir ein garantiertes Mindesteinkommen von 1.200 Euro in jeder Lebenssituation, in der es gebraucht wird.</p>           | <p>In <b>unserem reichen Land</b> arbeiten noch immer Millionen Menschen im Niedriglohnsektor mit schlechten Löhnen und in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. (...) Das wollen wir ändern. Den gesetzlichen Mindestlohn werden wir sofort auf 12 Euro anheben.</p>   | <p><b>Arbeit muss sich wieder lohnen</b> Wer Vollzeit arbeitet, muss genug verdienen, um ohne staatliche Hilfen leben zu können. Eine faire Entlohnung sorgt für die notwendigen Leistungsanreize. Der Mindestlohn ist vor diesem Hintergrund eine gute und wichtige Entwicklung.</p>  |
| <p><b>Steuer- und Abgabensystem</b></p>                  | <p><b>Wer sich anstrengt</b>, wer etwas wagt, soll auch dafür belohnt werden. Das ist praktizierte Leistungsgerechtigkeit. Wir wollen deshalb Spielräume, soweit sie sich eröffnen, nutzen, um die Menschen zu entlasten, die jeden Tag Leistung erbringen, damit sie mehr Netto vom Brutto haben.</p>                  | <p><b>Wir wollen die Steuern</b> für die Mehrheit senken. Wir werden eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranzieht.</p>         | <p><b>Grundsätzlich ist es das Ziel</b> der AfD, die Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland deutlich zu senken (laut OECD weltweit nur noch von Belgien übertroffen!).</p>   | <p><b>Wir Freie Demokraten</b> wollen eine Trendwende bei der Abgabenquote erreichen und die Abgabenbelastung für die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber wieder auf unter 40 Prozent senken.</p>  | <p><b>Wir sehen zwei Stufen einer gesonderten Reichensteuer vor:</b> 60 Prozent für Einkommen oberhalb der aktuellen Reichensteuergrenze von 260.533 Euro und 75 Prozent für Einkommen oberhalb von 1 Million Euro zu versteuerndem Einkommen.</p>   | <p><b>Angesichts der Corona-Krise</b> wird die Lage der öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren sehr angespannt sein. Daher müssen alle Veränderungen im Steuerrecht mindestens aufkommensneutral sein.</p>  | <p><b>Die Steuern und Sozialabgaben</b> für Arbeitnehmer*innen sind in Deutschland neben Belgien die höchsten der Welt. Diese Belastungen der Bürger*innen müssen reduziert werden. Deutschland muss für produktive Arbeitnehmer*innen interessant sein. Leistung und Arbeit müssen sich lohnen.</p>                           |
| <p><b>Energiewende, Umbau der Volkswirtschaft</b></p>    | <p><b>Wir setzen auf einen intelligenten</b> und diversifizierten Energiemix, der nachhaltig und sicher ist. Dazu gehört die Energiegewinnung aus Sonne und Wind genauso wie nachhaltige Biomasse, Wasserkraft und Geothermie im ländlichen Raum.</p>   | <p><b>Wir wollen dafür sorgen</b>, dass alle dazu geeigneten Dächer eine Solaranlage bekommen. In einem ersten Schritt sorgen wir dafür, dass auf öffentlichen Gebäuden und gewerblichen Neubauten Solar-Strom erzeugt wird. Unser Ziel ist eine Solaranlage auf jedem Supermarkt, jeder Schule und jedem Rathaus.</p> | <p><b>Das Ziel der Bundesregierung</b>, die CO<sub>2</sub>-Emissionen faktisch auf null zu senken, führt zu einem radikalen Umbau von Industrie und Gesellschaft (...) und bedroht unsere Freiheit in einem immer beängstigenderen Ausmaß. Die AfD lehnt dieses Ziel und den damit verbundenen Gesellschaftsumbau ab.</p> | <p><b>Wir Freie Demokraten</b> wollen erneuerbare Energien vollständig in den Wettbewerb überführen und die Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beenden. Gesetzlich vorgegebene Ausbaupfade für einzelne Technologien und staatlich garantierte Abnahmepreise lehnen wir ab.</p>                             | <p><b>Für eine klimaneutrale Gesellschaft</b> muss dem Ausstieg aus Atom und Kohle auch ein Ausstieg aus der Verbrennung von fossilem Erdgas folgen. (...) Strom- und Wärmenetze müssen in die öffentliche Hand überführt und demokratisch kontrolliert werden. Energiekonzerne werden vergesellschaftet.</p>    | <p><b>Wir wollen Klimaschutz</b> systematisch in unsere Rechtsordnung aufnehmen. Mit einer CO<sub>2</sub>-Bremsen machen wir Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe, indem wir Gesetze auf ihre Klimawirkung hin prüfen, die Vereinbarkeit mit den nationalen Klimaziele und dem CO<sub>2</sub>-Budget sicherstellen (...).</p>  | <p><b>Wir (wollen) die Energiewende</b> nicht den Stromkonzernen überlassen, sondern wollen die Bürger*innen, Unternehmen, regionalen Energie-dienstleister und Energieversorgungsunternehmen sowie die Landwirt*innen zu Akteuren bei dieser Entwicklung machen.</p>  |
| <p><b>Äußere Sicherheit / Internationale Politik</b></p> | <p><b>Deutschland muss als stärkste Wirtschaftsnation</b> Europas eine führende außen- und sicherheitspolitische Rolle einnehmen. Wir müssen mehr als bisher bereit sein, (...) alle Instrumente unserer Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik anzuwenden – auch militärische, wenn dies nötig ist.</p>        | <p><b>Die NATO ist und bleibt</b> ein tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft und für Europas Sicherheit unverzichtbar. Parallel dazu muss die EU sicherheits- und verteidigungspolitisch eigenständiger werden. (...) Unser Ziel bleibt eine europäische Armee als Teil der Friedensmacht Europa.</p>   | <p><b>Die Mitgliedschaft in der NATO</b> und eine aktive Rolle Deutschlands in der OSZE sind bis auf Weiteres zentrale Elemente unserer Sicherheitsstrategie. Die NATO muss aber wieder ein reines Verteidigungsbündnis werden.</p>   | <p><b>Wir Freie Demokraten</b> wollen den Aufbau einer europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle. (...) Ziel ist die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion als Zwischenschritt zu einer zukünftigen europäischen Armee.</p>   | <p><b>Wir lehnen die vom Bundestag</b> mandatierten Auslandseinsätze der Bundeswehr ab. (...) Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat.</p>   | <p><b>Deutschland soll bei der politischen</b> Entschärfung von Konflikten und in der zivilen Konfliktbearbeitung auf globaler Ebene eine treibende Kraft werden. Wir ergänzen den traditionellen Sicherheitsbegriff um die menschliche Sicherheit und rücken damit die Bedürfnisse von Menschen in den Fokus.</p>            | <p><b>Ein starkes Europa in der NATO</b> kann den USA auf Augenhöhe begegnen. Wir wollen eine starke NATO, um schlagkräftig auf die Herausforderungen des Cyberkriegs und des internationalen Terrorismus sowie der gemeinsamen Landes- und Bündnisverteidigung reagieren zu können.</p>                                       |
| <p><b>Rente</b></p>                                      | <p><b>Die Rente ist mehr als ein Einkommen im Alter.</b> Sie ist Lohn für Lebensleistung. (...) Wer ein Leben lang gearbeitet oder Kinder erzogen hat, muss mehr haben als jemand, der nicht gearbeitet hat, und er sollte nicht auf Sozialhilfe angewiesen sein.</p>   | <p><b>Wir wollen die gesetzliche Rente stärken</b> und stehen für eine dauerhaft stabile Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent. (...) Wir lehnen eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ab.</p>  | <p><b>Es braucht einen ausgewogenen Ansatz</b>, der die Belange aller Betroffenen einbezieht. Der drohenden Überlastung der Beitragszahler muss durch einen höheren Steuerzuschuss in der Rentenfinanzierung entgegen gewirkt werden, versicherungsfremde Leistungen sind aus Steuermitteln zu begleichen.</p>            | <p><b>Wir Freie Demokraten</b> wollen die Altersvorsorge nach dem Baukastenprinzip organisieren. So können Bausteine aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge je nach Lebenslage flexibel kombiniert und an moderne Lebensläufe angepasst werden.</p>  | <p><b>Wir treten für eine gesetzliche Rente ein</b>, die den Lebensstandard wieder annähernd sichert – in Ost und West gleichermaßen. Dafür wollen wir die Rentenkürzung zurücknehmen und die Regelaltersgrenze wieder senken. Das Rentenniveau wollen wir sofort auf 53 Prozent anheben.</p>                    | <p><b>Die gesetzliche Rentenversicherung</b> wollen wir schrittweise zu einer Bürger*innenversicherung weiterentwickeln, in die perspektivisch alle einbezogen werden, damit alle gut abgesichert sind.</p>   | <p><b>Wir wollen die gesetzliche, betriebliche und freiwillige</b> Vorsorge so aufstellen, dass wieder ein möglichst hoher Rentenanspruch sichergestellt wird und ein weiteres Absinken des Rentenniveaus der Vergangenheit angehört. (...) Als vierte Säule soll der Staat den Erwerb und den Bau von Immobilien fördern.</p> |
| <p><b>Migration und Zuwanderung</b></p>                  | <p><b>Migration ist</b> (...) nur dann eine Chance, wenn sie geordnet erfolgt und sich an klaren Regeln orientiert. Das gilt für die Einwanderung von Fachkräften ebenso wie für die Aufnahme von Schutzsuchenden und Geflüchteten. Eine Zuwanderung in die Sozialsysteme lehnen wir ab.</p>                            | <p><b>Integration ist eine permanente</b> gesellschaftliche, wie auch staatliche Aufgabe. Wir möchten allen Menschen, die neu zu uns kommen, den Anspruch auf Integrations- und Teilhabeangebote gewährleisten.</p>  | <p><b>Wir fordern die Ausarbeitung</b> eines umfassenden migrationspolitischen Ansatzes nach japanischem Vorbild mit dem Primärziel der Interessenwahrung der Deutschen und bereits zugewandener Bürger, die sich zur kulturellen Identität Deutschlands bekennen.</p>  | <p><b>Deutschland ist ein Einwanderungsland.</b> Wie alle klassischen Einwanderungsländer braucht es daher klare Regeln für Einwanderung nach eigenen Interessen, gebündelt in einem Einwanderungsgesetzbuch. Zugleich gilt es, die humanitären Verpflichtungen gegenüber Schutzbedürftigen zu erfüllen.</p>                  | <p><b>Unser Ziel ist ein grundlegender Politikwechsel</b> – in Richtung globale Bewegungsfreiheit, gleiche Rechte für alle und einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft.</p>  | <p><b>Nach fünf Jahren Aufenthalt</b> in Deutschland sollen alle einen Antrag auf Einbürgerung stellen können, auch für anerkannte Geflüchtete gilt ein beschleunigtes und vereinfachtes Einbürgerungsverfahren. (...) Die Ausrufung „sicherer“ Herkunfts- oder Drittstaaten lehnen wir ab – auch auf europäischer Ebene.</p> | <p><b>Die unkontrollierte Zuwanderung</b> nach Deutschland im Zuge der Flüchtlingskrise, aber auch der enorme Fachkräftemangel in mehreren Branchen machen deutlich, dass wir klare Regeln für die Einwanderung brauchen. Wir wollen deshalb (...) ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild.</p>                       |
| <p><b>Europa und Europäische Union</b></p>               | <p><b>Wir wollen europäische Kooperation</b> und Integration statt nationalistischer Abschottung. Nur so werden wir Deutschland und Europa widerstandsfähiger machen: bei Pandemien, ökonomischen Krisen, terroristischen Bedrohungen und Cyberangriffen.</p>   | <p><b>Wir setzen uns dafür ein</b>, dass aus dem Wiederaufbaufonds und der in der Krise gestärkten europäischen Solidarität ein dauerhafter Integrationsfortschritt wird. Wir werden innere Handlungsblockaden der EU abbauen und die äußere Handlungsautonomie fortentwickeln.</p>                                    | <p><b>Wir halten einen Austritt Deutschlands</b> aus der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig.</p>  | <p><b>Wir Freie Demokraten</b> wollen nach Abschluss der Konferenz zur Zukunft Europas einen Verfassungskonvent einberufen. Dieser Konvent sollte einer dezentral und föderal verfassten Union eine rechtsverbindliche Verfassung mit einem Grundrechtekatalog und starken Institutionen geben.</p>                           | <p><b>Die Verträge von Maastricht und Lissabon</b> haben den Neoliberalismus in die Grundlagen der Union eingeschrieben. Wir wollen neue Verträge, um die EU sozialer, gerechter und ökologischer zu machen. (...) Die EU-Verträge müssen geändert werden, um der EZB die Staatsfinanzierung zu ermöglichen.</p> | <p><b>Wir wollen dafür Sorge tragen</b>, dass die EU mit einem nachhaltigen Investitionsfonds ein Instrument für eine dauerhafte, eigene Fiskalpolitik erhält. (...) Unser Fixstern für die Weiterentwicklung der Europäischen Union ist die Föderale Europäische Republik mit einer europäischen Verfassung.</p>             | <p><b>Der Nationalstaat</b> (...) ist zu klein, um die globalen Probleme alleine zu lösen. Er ist aber zu groß, um für die Bürger*innen Heimat sein zu können. Deshalb fordern wir ein Europa der Regionen, in dem die Bundesländer und ihre Kommunen wesentliche Entscheidungen vor Ort selbst treffen können.</p>            |
| <p><b>Vertriebene und Aussiedler</b></p>                 | <p><b>Vertriebene und Aussiedler</b> wertschätzen Wir bekennen uns zur Geschichte aller Deutschen – auch derer, die ein besonders schweres Kriegsfolgenschicksal erleiden mussten. Das kulturelle Erbe der Heimatvertriebenen und Aussiedler ist ein selbstverständlicher und wertvoller Teil unserer Identität.</p>    | <p><b>Keine Aussagen</b> zu diesem Thema.</p>  | <p><b>Brauchtum und Gedenken</b> Brauchtum wirkt identitätsstiftend und gemeinschaftsbildend. Deshalb wollen wir unser Brauchtum und unsere Mundarten pflegen, wozu lokale Kulturvereine einen wichtigen Beitrag leisten. Das Leid der Heimatvertriebenen darf nicht vergessen werden.</p>                                | <p><b>Keine Aussagen</b> zu diesem Thema.</p>   | <p><b>Keine Aussagen</b> zu diesem Thema.</p>  | <p><b>Keine Aussagen</b> zu diesem Thema.</p>   | <p><b>Wir wollen die deutschen Minderheiten</b> in Ländern wie Belgien, Polen, der Slowakei, Tschechien, Ungarn, Russland und Rumänien bei der Kulturarbeit unterstützen und ihnen partnerschaftlich zur Seite stehen. Somit gibt man den deutschen Minderheiten den nötigen Rückhalt und stärkt ihre Position.</p>            |
| <p><b>Quellen / Weitere Informationen:</b></p>           | <p><b>Das Programm für Stabilität und Erneuerung.</b> Gemeinsam für ein modernes Deutschland <a href="http://www.cdu.de">www.cdu.de</a> oder <a href="http://www.csu.de">www.csu.de</a></p>   | <p><b>Aus Respekt vor deiner Zukunft.</b> Das Zukunftsprogramm der SPD. Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben. <a href="http://www.spd.de">www.spd.de</a></p>   | <p><b>Deutschland. Aber normal.</b> Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag <a href="http://www.afd.de">www.afd.de</a></p>  | <p><b>Nie gab es mehr zu tun.</b> Wahlprogramm der Freien Demokraten <a href="http://www.fdp.de">www.fdp.de</a></p>   | <p><b>Zeit zu handeln!</b> Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit <b>Die Linke</b> <a href="http://www.die-linke.de">www.die-linke.de</a></p>  | <p><b>Deutschland. Alles ist drin.</b> Bundestagswahlprogramm 2021 von Bündnis 90/Die Grünen <a href="http://www.gruene.de">www.gruene.de</a></p>   | <p>Freie Wähler: Stabilität, Sicherheit, Freiheit. <b>Die Kraft der Mitte</b> Wahlprogramm BTW 2021 <a href="http://www.freiewaehler.eu">www.freiewaehler.eu</a></p>   |

## ● MELDUNGEN

## Warnung vor US-Verfassung

**Washington** – Die National Archives and Records Administration (NARA), das Nationalarchiv der USA, weist Interessierte an dort gelagerten historische Dokumenten neuerdings darauf hin, dass manche Texte „rassistische, sexistische, behindertenfeindliche, frauenfeindliche und fremdenfeindliche Meinungen und Haltungen“ zum Ausdruck brächten oder anderweitig „diskriminierend und ausgrenzend“ seien. Laut dem US-Nachrichtenportal „The National Pulse“ wird dabei inzwischen auch explizit vor der „schädlichen Sprache“ in den zentralen Gründungsdokumenten der USA gewarnt, zu denen neben den Schriften von George Washington und Thomas Jefferson auch die US-Verfassung einschließlich der ersten zehn Zusatzartikel, der Bill of Rights, gehört. **W.K.**

## EU im Dienste von LGBT

**Brüssel/Warschau** – Im Streit um „LGBT-freie Zonen“ droht mehreren polnischen Regionen der Verlust von Mitteln aus dem Corona-Wiederaufbaufonds der EU. Bereits in den Jahren 2019 und 2020 hatten fünf polnische Regionalparlamente Resolutionen verabschiedet, die sich gegen die LGBT-Ideologie richten. Im Zusammenhang mit den „LGBT-freien Zonen“ hatte die EU-Kommission am 14. Juli dieses Jahres ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet und Warschau eine zweimonatige Frist zur Stellungnahme gesetzt. Anfang September hat die EU-Kommission den Druck erhöht, indem sie erklärte, die Mittel aus dem Corona-Hilfsfonds für die fünf Regionen einzufrieren und die Auszahlung an Bedingungen knüpfen zu wollen. Für Polen sind insgesamt 57 Milliarden Euro aus dem EU-Wiederaufbaufonds vorgesehen. Eine Kürzung dieser Mittel durch die EU-Kommission droht auch für den Fall, dass die polnische Regierung an ihrer Reform des Justizwesens festhält. **N.H.**

## Cruise-Missiles getestet

**Pjöngjang** – Nordkorea hat nach eigenen Angaben einen gänzlich neuen unbemannten „Marschflugkörper von langer Reichweite“ getestet. Prototypen der „strategischen Waffe von großer Bedeutung“ seien vorletztes Wochenende abgefeuert worden und hätten nach rund zwei Stunden Flug Ziele in 1500 Kilometern Entfernung getroffen, meldete die staatliche Zentrale Koreanische Nachrichtenagentur (KCNA). Die hierzu von der Zeitung „Rodong Sinmun“ abgedruckten Fotos zeigen Cruise-Missiles ähnlich den westlichen. Aus den diesbezüglichen Verlautbarungen Pjöngjangs geht indirekt hervor, dass die Lenkflugkörper auch Kernsprengköpfe tragen könnten. Die einschlägigen UN-Resolutionen verbieten der Demokratischen Volksrepublik Korea zwar, ballistische Raketen zu erproben, enthalten aber keine Regelungen hinsichtlich Versuchen mit horizontal in Bodennähe fliegenden Lenkwaffen. Südkorea hat die Tests inzwischen bestätigt. **W.K.**

## BUNDESTAGSWAHL

## Auslandsdeutsche fühlen sich vergessen

In anderen Ländern spielen Staatsangehörige im Ausland bei den politischen Wahlen eine wichtigere Rolle

VON BODO BOST

**W**ie viele Auslandsdeutsche bei der letzten Bundestagswahl von 2017 ihre Stimme abgegeben haben, ist nicht ermittelbar. Das liegt daran, dass alle Auslandsdeutschen wegen des Wahlkreisprinzips bei Bundestagswahlen in ihrem letzten gemeldeten Wohnsitzort ihre Stimme abgeben müssen.

Auch gibt es keine exakte Statistik darüber, wie viele der im Ausland lebenden Deutschen grundsätzlich zur Stimmenabgabe bei der Wahl des Deutschen Bundestages berechtigt sind. Schätzungen gehen davon aus, dass drei bis vier Millionen deutsche Staatsbürger im Ausland leben, die meisten in EU-Staaten, gefolgt von Nordamerika.

## Kein digitales Wahlsystem

Davon haben sich laut dem Bundeswahlleiter für die letzte Bundestagswahl vor

vier Jahren knapp 113.000 in das Wählerverzeichnis eintragen lassen, in dem jeder Deutsche stehen muss, um mit Wohnsitz im Ausland in Deutschland wählen zu dürfen. Zuständig ist die Gemeinde, in der der Wahlwillige zuletzt in Deutschland gemeldet war. Diese muss dann rechtzeitig die Wahlunterlagen zuschicken, was sich in manchen abgelegenen Ländern als Problem erweist.

Manche Probleme ließen sich vermeiden, wenn es ein digitales Wahlsystem gäbe, aber auch an den Wahlen ist die Digitalisierung in Deutschland anscheinend vorbeigegangen. Viele Deutsche im Ausland fühlen sich einfach vergessen von der deutschen Politik.

Die in der Wahlrechtsregelung zum Ausdruck kommende Tradition des Misstrauens gegenüber Auslandsdeutschen steht in der Kontinuität der Behandlung der vier bis fünf Millionen deutschen Auswanderer des 19. Jahrhunderts. Diese verloren ihre deutsche Staatsangehörigkeit in den Einwandererländern automatisch,

wenn sie sich nicht alle zehn Jahre bei einer deutschen Auslandsvertretung meldeten, selbst dort, wo es gar keine solchen Vertretungen gab.

## Keine Auslandswahlkreise

Dabei ist das Bundeswahlgesetz in den vergangenen Jahrzehnten zumindest in einem Punkt großzügiger geworden. So durften zuerst nur die wählen, die zum Beispiel als Botschaftsangehörige eng mit Deutschland verbunden waren, dann die, die nicht länger als zehn Jahre außer Landes gelebt hatten. Und 1998 wurde diese Frist sogar auf 25 Jahre verlängert.

Allerdings gibt es nach wie vor die wichtige Einschränkung, dass, wer nicht in Deutschland ab dem 14. Lebensjahr mindestens drei Monate ununterbrochen gelebt hat, nicht wählen darf, selbst wenn er in Deutschland geboren wurde.

Die Tatsache, dass Auslandsdeutsche ihre Stimme im Wahlkreis des letzten deutschen Wohnsitzes abgeben müssen, lässt die Stimme untergehen, denn sie ist

dort unkenntlich. In Italien, Rumänien, der Türkei und Frankreich ist das anders. Denn dort werden die Stimmen der im Ausland Wohnenden eigens ausgezählt und sichtbar gemacht. Manche Länder wie Frankreich und Italien haben sogar eigene Auslandswahlkreise.

Zum weiteren Vergleich: In Rumänien haben die Stimmen der Auslandsrumänen, die in ihren Botschaften und Konsulaten wählen dürfen, den Auslandsdeutschen Klaus Johannis zum Präsidenten gewählt. Im Lande selbst hatte er eine Mehrheit knapp verfehlt. Ähnlich war es bei dem Türken Recep Tayyip Erdoğan, der nur wegen der vor allem in Deutschland mehrheitlich radikal-islamisch eingestellten Auslandstürken zum Dauer-machthaber der Türkei geworden zu sein scheint. In der Türkei selbst hat er schon seit Längerem keine Mehrheit mehr hinter sich. Deshalb halten bei Wahlen in der Türkei einige Parteifreunde Erdogans mehr Wahlkampfauftritte in Deutschland ab als im eigenen Land.



Verdanken ihre Macht den Landsleuten im Ausland: Die Präsidenten Rumäniens und der Türkei, Klaus Johannis und Recep Tayyip Erdoğan (v.l.)

## KANADA

## Bücherverbrennung gegen „Rassismus“

Katholische Schulbehörde in Ontario organisierte die „Reinigungszeremonie“

Mit jahrelanger Verspätung hat CBC/Radio-Canada auf einen Vorgang aufmerksam gemacht, der Beobachter zu Vergleichen mit den Autodafés der Inquisition sowie der Bücherverbrennung der Nationalsozialisten veranlasst hat. Wie die staatliche Rundfunkgesellschaft Kanadas berichtete, soll die katholische Schulbehörde in Windsor in Südostkanadas Provinz Ontario bereits im Jahr 2019 fast 5000 Comics, Jugendbücher und auch Lexika mit vermeintlich rassistischem Gedankengut aus dem Bestand von Schulen entfernt haben. Laut CBC/Radio-Canada soll die für 30 französischsprachige Schulen im Südwesten Ontarios verantwortliche Behörde mit dem Projekt das Ziel verfolgt haben, eine Aussöhnung mit der indigenen Urbevölkerung zu fördern.

Für besondere Empörung sorgte in Kanada, aber auch in Frankreich, dass et-

wa 30 der aussortierten Bücher im Juni 2019 sogar einer Verbrennungsaktion zum Opfer gefallen sind. In einer „Reinigungszeremonie“ wurden etwa der Asterix-Comic „Die große Überfahrt“ (zu den Indianern) oder der „Tim und Struppi“-Comic „Tim in Amerika“ den Flammen übergeben.

Ursprünglich hatten die Verantwortlichen um die damalige Beraterin der Schulbehörde Suzy Kies sogar weitere Verbrennungszeremonien geplant. Diese sind dann aber offenbar wegen Corona unterblieben.

Wie aus einem Video hervorgeht, das Kies gedreht hat, wurde die Bücherverbrennung von einem beschwörenden Appell begleitet. Dabei hieß es: „Wir begraben die Asche von Rassismus, Diskriminierung und Stereotypen in der Hoffnung, in einem integrativen Land aufzuwach-

sen, in dem alle in Wohlstand und Sicherheit leben können.“

In einem Interview gab Kies weitere Details des damaligen Projekts „Redonnons à Mère Terre“ (Übergeben wir der Mutter Erde) preis: „Insgesamt schien es, dass annähernd 30.000 Bücher vom Conseil scolaire Providence als schädlich für die autochthonen Jugendlichen identifiziert wurden. Man hat versucht, eine Weise zu finden, um dieses Negative in etwas Positives umzuwandeln. Man dachte an diese Idee, die Bücher zu verbrennen, um die Asche als Dünger für die Bäume zu verwenden, die auf den Schulhöfen gepflanzt werden sollten.“

Weiter erklärte die Beraterin, indem man die Bücher verbrenne, „reduziert man sie auf die nährstoffreichen Bestandteile“. Man nehme also den Baum, der für die Herstellung des Buches benutzt wur-

de, „gibt ihn der Mutter Erde zurück, und schenkt sodann einem anderen Baum das Leben“, so die Darstellung von Kies.

Diese trat in der Vergangenheit als „Bewahrerin des Wissens der Ureinwohner“ auf und nahm für sich in Anspruch, mütterlicherseits selbst von Ureinwohnern abstammend zu sein. Im Zuge der Berichtserstattung von CBC-Radio-Canada über das Buchverbrennungsprojekt sind an Kies' Behauptung, sie habe eine indigene Abstammung, Zweifel aufgetaucht. Am 8. September teilte Kies ihren Rücktritt als Co-Vorsitzende der „Indigenous Peoples' Commission“, der Ureinwohner-Kommission der Liberalen Partei Kanadas, mit. Zur Begründung führte Kies an, sie wolle verhindern, dass ihre Geschichte benutzt werde, um Premierminister Justin Trudeau und ihrer gemeinsamen Liberalen Partei zu schaden. **Norman Hanert**

VON NORMAN HANERT

Als vergangenes Jahr Mario Draghi, der ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier das Bundesverdienstkreuz überreicht bekam, hätte der stärkste Protest eigentlich von der SPD und der Linkspartei kommen müssen. Zum einen haben beide Parteien die Frage der sozialen Gerechtigkeit zu einem Kernpunkt ihrer Programmatik gemacht. Zum anderen ist Ökonomen bereits seit drei Jahrhunderten Jahren bekannt, dass exzessive Gelddruckerei von Notenbanken die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft verstärkt.

Bereits zu Beginn des 18. Jahrhunderts hat sich der irische, in Frankreich lebende Bankier und Nationalökonom Richard Cantillon mit der Frage beschäftigt, welche Auswirkungen Inflation auf die Verteilungsgerechtigkeit hat. Hierzu analysierte Cantillon das Geldsystem des gebürtigen Schotten John Law.

Als Frankreich Anfang des 18. Jahrhunderts die Staatspleite drohte, verhin-derte Law dies zunächst, indem er 1716 die Wirtschaft mit Papiergeld überschwemmte. Zunächst führte das in Handel und Produktion zu einem Aufschwung. Allerdings kollabierte bereits 1720 Laws Kreditsystem. Diese erste große Finanzkrise des Geldsystems ruinierte Frankreich auf Jahrzehnte.

#### Cantillon-Effekt

Als Beobachter der damaligen Ereignisse kam Cantillon zu der Erkenntnis, dass die von Law losgetretene Geldflut die Menschen im Land in sehr unterschiedlichem Maß erreicht hat. Akteure, die der „Banque Royale“, der ersten offiziellen Zentralbank der Welt, nahestanden hatten und als erste Zugriff auf die aus dem Nichts geschaffene Geldmenge hatten, profitierten am stärksten. Diese Erstempfänger konnten ihren zeitlichen Vorsprung dazu nutzen, mit dem Geld Güter zu kaufen, deren Preise noch auf einem niedrigen Niveau lagen.

Die Geldflut sorgte schließlich schnell für Nachfrage und steigende Güterpreise. Weniger privilegierte Akteure, die zeitlich erst später oder gar keinen Zugriff auf das neue Geld hatten, blieb dann nur noch die Möglichkeit, die Güter zu inflationierten Preisen zu kaufen.

Im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen hat das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) untersucht, ob sich dieser sogenannte Cantillon-Effekt auch als Folge der Geldpolitik der EZB nachweisen lässt. In der Amtszeit des nun mit dem



Welche Folgen hat ihr Missbrauch? Gelddruckmaschine

Foto: pa

EZB

## Warnung vor Verzerrungen bei der Vermögensbildung

Das IW hat im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen die Folgen der Billiggeldpolitik der Europäischen Zentralbank untersucht

Bundesverdienstkreuz geehrten Draghi begann die EZB damit, in ganz großem Stil Anleihen aufzukaufen. Durch die verschiedenen Anleihekaufprogramme ist die Bilanzsumme der EZB seit der globalen Finanzkrise von 1,5 Billionen Euro auf mittlerweile etwa sieben Billionen gestiegen. Im März 2016 senkte die EZB zudem erstmalig ihren Leitzins auf null Prozent.

Insbesondere wegen der massiven Anleihekäufe der EZB haben einige Kommentatoren bereits vor einigen Jahren Parallelen zu den Praktiken Laws gezogen, der vor drei Jahrhunderten Frankreichs Staatsbankrott mit einer Flut von Papiergeld aufhalten wollte.

#### Entscheidende Frage

Laut der Untersuchung des IW hat die expansive Geldpolitik der EZB in Deutsch-

land bislang zu keiner Vergrößerung der Ungleichheit geführt. Allerdings warnen die Wirtschaftsforscher, dass mit dem Andauern der Billiggeldpolitik die Wahrscheinlichkeit von Verzerrungen bei der Vermögensbildung steige.

Aus Sicht der IW-Ökonomen hat es bislang in allen Vermögensklassen Gewinner und Verlierer gegeben. Auch Beziehern normaler Einkommen bot sich ein Zeitfenster, in dem sie noch vor dem starken Anstieg der Immobilienpreise das niedrige Zinsniveau nutzen konnten, um Vermögen zu erwerben. Ganz entscheidend für die Frage, wie sich die Geldflut ausgewirkt hat, war die Frage, ob Wohneigentum genutzt oder aber zur Miete gewohnt wurde.

Insgesamt bleibt der Befund, dass für einen Teil der Deutschen durch die Null-

und Negativzinsen der Aufbau von Vermögen zunehmend schwieriger geworden ist. Gerade ärmere Haushalte müssen mittlerweile sehr hohe Immobilienpreise schultern, während sie für ihr Kapital auf risikoarme Anlageformen angewiesen sind, die kaum Renditen bringen.

Nicht nur die Beobachtungen, die Cantillon um 1720 zu den Auswirkungen der steigenden Geldmenge auf die Vermögensverhältnisse gemacht hat, sind bis heute lehrreich. Der Bankier hatte auch richtig erkannt, dass Laws System so lange funktioniert, wie die Papiergeldflut nur im Finanzsektor die Aktienpreise in die Höhe treibt. Sobald die Bürger aber anfangen, mit dem Papiergeld Edelmetalle wie Gold und Silber sowie echte Waren zu kaufen, schwand das Vertrauen in die Kaufkraft.

BERLIN

## Was der Mietendeckel gebracht hat

Ifo-Institut und DIW analysierten ein Jahr Erfahrungen: Neumieter im Nachteil

Die gesetzliche Mietobergrenze war in der Bundeshauptstadt Berlin etwas mehr als ein Jahr in Kraft, bis das Bundesverfassungsgericht im März den sogenannten Mietendeckel stoppte. Seitdem suchen gerade Mietendeckel-Befürworter händelnd nach einer rechtssicheren Lösung, um das politische Prestigeprojekt doch noch durchzusetzen. Vor der anstehenden Bundestagswahl versuchen vor allem SPD und Linkspartei, in den Ballungsgebieten eine Mietpreis-Regulierung zu erkämpfen.

Dabei kommen gleich mehrere Untersuchungen zu dem Schluss, dass staatliche Eingriffe gar nicht die erhoffte Wirkung entfalten. Das Ifo-Institut stellte beispielsweise fest, dass sich in der Dekkel-Zeit zwar die Berliner Miet- und Kaufpreise für betroffene Immobilien schwächer entwickelt haben als in anderen deutschen Großstädten, dass dafür aber

das Angebot an Mietwohnungen im regulierten Segment gesunken ist. „Die Wachstumsraten bei den Kaufpreisen in Berlin lagen seit dem dritten Quartal vergangenen Jahres um fünf bis neun Prozentpunkte unter der Kontrollgruppe“, so Ifo-Präsident Clemens Fuest. Dagegen stiegen Miet- und Kaufpreise bei nichtgedeckelten Immobilien in Berlin stärker als in anderen Metropolen.

#### Skepsis unter Experten

Auch andere Experten sind skeptisch. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) betont zwar, dass es noch nicht abzusehen sei, „ob sich die Lage am angespannten Berliner Mietmarkt durch den Mietendeckel langfristig verbessert oder verschlechtert hat“. „Erste negative Effekte“, so das größte deutsche Wirtschaftsforschungsinstitut mit Sitz in Berlin, „lassen sich aber jetzt schon ablesen:

Die Zahl der angebotenen Wohnungen sinkt drastisch und die Preise im Umland steigen signifikant. Haushalte, die eine neue Bleibe suchen, finden nur schwer etwas und können auch nicht ins Umland ausweichen.“ So zeigt ein Blick auf das Umland eine möglicherweise fatale Wirkung. Durch die Beschränkungen in Berlin sind die Mietpreise in Potsdam um rund zwölf Prozent gestiegen.

Ob sich die Lage am angespannten Mietmarkt im Großraum Berlin durch den Mietendeckel verbessert oder verschlechtert habe, sei eine Frage der Perspektive, heißt es. Alteingesessene Berliner, die bereits zur Miete wohnen, hätten erst einmal von den neuen Beschränkungen profitiert, da auch bereits bestehende Verträge an die neuen Regeln angepasst werden mussten. Für „neue“ Mieter zeige sich aber, dass der Markt immer enger werde.

Peter Entinger

#### ● MELDUNGEN

## Chinas Fuß in Afghanistan

**Peking/Kabul** – China erstrebt „freundliche und kooperative Beziehungen“ zu den Taliban, so Peking, während Letztere wissen ließen, dass die Volksrepublik ihr „wichtigster Partner“ sei und Afghanistan „eine grundlegende und außergewöhnliche Chance“ für die Zukunft biete, wenn China bereit sei, „zu investieren und unser Land neu aufzubauen“. Afghanistan ist sehr reich an Bodenschätzen. Deren Wert wird auf bis zu drei Billionen US-Dollar geschätzt. Neben Kupfer, Kobalt und Kohle verfügt das Land am Hindukusch über reichliche Öl- und Gasvorkommen sowie große Lithium-Lagerstätten. W.K.

## „Suezkanal auf Schienen“

**Kairo/München** – Die Siemens-Tochter Siemens Mobility GmbH will gemeinsam mit dem auch als Al Mokawloon Al Arab bekannten ägyptischen Baukonzern und Generalunternehmer The Arab Contractors Osman Ahmed Osman & Co. sowie Orascom Construction S.A.E. eine elektrifizierte Hochgeschwindigkeitsstrecke für den Passagier- und Güterverkehr in Ägypten bauen. Laut dem Chief Executive Officer bei der Siemens AG, Roland Busch, soll dadurch ein 1800 Kilometer langer „Suezkanal auf Schienen“ entstehen. Dessen Fertigstellung ist für das Jahr 2027 geplant. Eine Teilstrecke von 660 Kilometern soll dann von Alexandria am Mittelmeer in die Hafenstadt Ain Sukhna am Roten Meer führen. Die anderen Abschnitte sind als Verbindungen zwischen Kairo, Assuan, Luxor, Safage und Hurghada geplant. Der Auftragswert beläuft sich auf etwa 4,5 Milliarden US-Dollar (zirka 3,8 Milliarden Euro), von denen der Anteil von Siemens Mobility etwa drei Milliarden beträgt. Neben Siemens Mobility hatten sich auch zwei chinesische Konsortien und der französische Alstom-Konzern um den lukrativen Auftrag beworben. Durch das Projekt könnten in Ägypten bis zu 15.000 neue Arbeitsplätze entstehen. W.K.

ANZEIGE

**Drei Gründe, warum Sie jetzt AfD wählen sollten:**

- ✗ Für unsere Kinder und Enkel.** Familie bedeutet Geborgenheit. Doch immer weniger junge Menschen trauen sich heute noch Familien zu gründen – zu groß sind da die Zukunftskosten, zu gering ist die Unterstützung der Politik. Wir halten den Familien den Rücken frei – mit umfangreichen Familienleistungen und einer familienfreundlichen Steuerpolitik. Damit sich junge Paare zuversichtlich für Kinder entscheiden können. Für unsere Zukunft.
- ✗ Für unsere Sicherheit.** Allorts sehen wir die Folgen der unkontrollierten Zuwanderung. Unsere Städte werden teurer und gleichzeitig verwahrlosten ganze Bezirke. Viele Bürger fühlen sich nicht mehr sicher auf deutschen Straßen. Die innere Sicherheit hat für uns allerhöchste Priorität. Wir stärken Rettungsdiensten, Polizei und Justiz den Rücken – mit angemessener Besoldung, modernster Ausrüstung und einem konsequenten Migrationsrecht. Für unsere Sicherheit.
- ✗ Für unsere Arbeitsplätze.** Wir alle wollen mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Dazu brauchen wir sichere Arbeitsplätze und verlässliche Infrastruktur. Noch ist Deutschlands Industrie robust. Doch mehren sich die Sorgen vor dem wirtschaftlichen Niedergang. Die Lockdown-Politik der Bundesregierung hat einen Scherbenhaufen hinterlassen. Selbstständige, kleine Unternehmen und der Mittelstand spüren es bereits am eigenen Leib. Zusammen mit der Wirtschaft kämpfen wir für jeden Arbeitsplatz. Für unseren Wohlstand.

**Deutschland. Aber normal.**

Herausgeber: AfD Bundesverband, Schillstraße 9, 10785 Berlin.

## KOMMENTARE

## Auf finsternen Pfaden

HANS HECKEL

Martin Walser brachte es 1998 in der Frankfurter Paulskirche auf den Punkt, als er den „Missbrauch der (NS-)Vergangenheit zu aktuellen Zwecken“ geißelte. Der Schriftsteller erntete dafür einen Sturm der Entrüstung, der sich bisweilen ganz und gar nach einem Aufschrei der Ertrappten anhörte.

Der Missbrauch der NS-Geschichte als Waffe gegen Andersdenkende ist schon an sich abscheulich. Er gebiert aber noch etwas anderes, das zu selten ins Blickfeld rückt: Nämlich die völlige Ignoranz gegenüber tatsächlichen Reminiszenzen an die NS-Barbarei, die nur deshalb keinen Aufruhr auslösen, weil sie nicht „gegen Rechts“ missbrauchbar sind, da sie etwa von links kommen.

Der späte Bericht über eine Bücherverbrennung in Kanada 2019 geschah auf Initiative einer Funktionärin der (links) Liberalen Partei von Premier Justin Trudeau (siehe Seite 6). Die Ähnlichkeit mit den finsternen Aktionen der Nationalsozialisten im Jahre 1933 sticht derart ins Auge, das es den Betrachter

schütteln muss. Es sollte ein „Reinigungsritual“ sein, das noch dazu mit pathetischen Sprüchen begleitet wurde, ganz so wie vor fast 90 Jahren in Deutschland.

Das relative Desinteresse, das solche abgründige Vorgänge erfahren, ist keineswegs bloßer Geschichtsvergessenheit oder Gleichgültigkeit geschuldet. Es folgt vielmehr einem Konzept, das sich im Euphemismus des „Antifaschistischen Schutzwalls“ für den Todesstreifen, mit welchem die Kommunisten Deutschland teilten, manifestiert hat.

Mit dem Vorwand des Kampfes gegen den „Faschismus“ oder neuerdings auch „Rassismus“ und anderes sollen die Zersetzung des Rechts und der Freiheit, der Bürger- und Menschenrechte sowie der Demokratie gerechtfertigt werden. Dass man dergestalt exakt auf den Pfaden der NS-Bewegung marschiert, wird hinter der dreisten Behauptung versteckt, dass man angeblich für das Gute eintrete. Doch manchmal wird die Wahrheit so offensichtlich, dass sie selbst der Blindeste nicht mehr übersehen kann – wie nunmehr in Kanada.

## Kämpfen für Frankreich?

MANUEL RUOFF

Nach dem Rückzug aus Afghanistan ist das Engagement in Mali das derzeit gefährlichste der Bundeswehr. Warum sind deutsche Soldaten dort? Es gelte radikal-islamische Separatisten zu bekämpfen, um damit die Bildung eines Islamischen Staates und damit einer Brutstätte des internationalen Terrorismus auf dem Territorium der Republik Mali zu verhindern. Soweit das Narrativ, um es neudeutsch zu formulieren.

Wenn diese offizielle Begründung für den Bundeswehreininsatz in Mali der Wahrheit entspräche, müssten Frankreich, die Bundesrepublik, ja das ganze christlich geprägte Abendland froh und dankbar sein, dass Mali mit russischen Söldnern darüber verhandelt, sich in den Kampf gegen die radikal-islamischen Separatisten einzubringen. Man müsste sich freuen, dass eine Regierung in einem Entwicklungsland selbst etwas unternimmt, um sich gegen radikal-islamische Kämpfer zu wehren, statt diese undankbare Aufgabe dem Westen beziehungsweise der sogenannten internationalen Gemeinschaft zu überlassen.

Statt mit Erleichterung reagieren Paris und Berlin jedoch in höchstem Maße aggressiv auf die Verhandlungen zwischen der Regierung in Mali und den russischen Söldnern. Frankreich wie die Bundesrepublik drohen mit Truppenabzug.

Das legt den Schluss nahe, dass es Paris und Berlin gar nicht um den Kampf gegen den islamischen Terrorismus geht, sondern um die Fortsetzung der traditionellen Vorherrschaft Frankreichs in dessen ehemaliger Kolonie mit anderen Mitteln. Dieses zuzugeben brächte jedoch die Pariser Regierung in den Ruch, imperialistische Außenpolitik zu betreiben, und setzte die Bundesregierung dem Vorwurf aus, deutsche Steuergelder und deutsche Soldaten französischem Imperialismus zu opfern.

Nichts offenbart die mangelnde Seriosität der gegenwärtigen EZB-Politik mehr, als dass die Geldschwemme, mit der bisher mehrere Billionen Euro vor allem in die südeuropäischen Märkte gepumpt wurden, stoisch weiterbetrieben wird, nachdem die Inflationsrate der Eurozone im August 2021 nicht nur das Zweiprozentziel, sondern die Dreiprozentmarke erreichte und kundige Bundesbanker eine Steigerung in Richtung fünf Prozent im Herbst für nicht ausgeschlossen halten. Zwar hat der EZB-Rat in seiner letzten Sitzung Anfang September eine Verringerung der Anleihekäufe in Aussicht gestellt, diese dürfte aber in der Höhe eher kosmetischer Natur sein und am Generalziel, die Verschuldungsbereitschaft der Südländer gegenüber dem Sparwillen der Nordstaaten der Eurozone zu bevorzugen, nichts ändern.

WOLFGANG MÜLLER-MICHAELIS

Whatever it takes“ war der Kampfruf, mit dem der damalige Präsident Mario Draghi 2012 eine Wende in der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) einleitete. Hörte sich diese Parole schon damals nicht gerade als Chancen und Risiken abwägende und Stabilität fördernde politische Zielsetzung an, ist ihr Ergebnis nach fünf Jahren zu jenem Desaster gediehen, das Kritiker ihr schon zu Beginn attestiert hatten. Das liegt nicht zuletzt an der Doppelzüngigkeit, mit der diese als Geldpolitik getarnte Hyperintervention in die Kapitalmärkte betrieben wurde: Offiziell mit der Gefahr einer Deflation gerechtfertigt, die bis zum Erreichen einer zweiprozentigen Inflationsrate andauern sollte, tatsächlich aber auf das Ziel gerichtet, eine markante Reduzierung der Zinslasten der überschuldeten Südstaaten der Eurozone zu erreichen.

Das legt den Schluss nahe, dass es Paris und Berlin gar nicht um den Kampf gegen den islamischen Terrorismus geht, sondern um die Fortsetzung der traditionellen Vorherrschaft Frankreichs in dessen ehemaliger Kolonie mit anderen Mitteln. Dieses zuzugeben brächte jedoch die Pariser Regierung in den Ruch, imperialistische Außenpolitik zu betreiben, und setzte die Bundesregierung dem Vorwurf aus, deutsche Steuergelder und deutsche Soldaten französischem Imperialismus zu opfern.

Den Versuch des Bundesverfassungsgerichts, mit seinem „ultra vires“-Urteil

vom 5. Mai 2020 andeutungsweise eine derartige Kontrollfunktion auszuüben, indem nach der Verhältnismäßigkeit der unmaßigen Geldpolitik zu den durch sie ausgelösten Kollateralschäden gefragt wurde, konterte die EU-Kommission mit einem Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland. Dabei haben bereits 2019 acht ehemalige europäische Notenbankgouverneure in einem Memorandum nachgewiesen, dass die Intervention der EZB in die europäischen Geldkreisläufe als marktwidrige und enteignungsgleiche Eingriffe in die Einkommensverteilung der EU-Bürger anzusehen ist.

Es ist nicht allein der rigorose Geldmengenwuchs als solcher, der über Staatspapierkäufe erzeugt wurde und den Geldmärkten Null- und Minuszinsen bescherte, der zu nicht hinnehmbaren Einkommenseinbußen der weniger begüterten Teile der Menschen in Europa führt. Die in die EZB-Bilanzen genommenen Schuldpapiere der überschuldeten Staaten

Europa sich markant weiter öffnete: auf der einen Seite das Hineinpumpen von Billionen an EZB-Geld in die Finanzmärkte, samt Kurssprüngen an den Aktienmärkte und Feuerwerk bei den Immobilienpreisen – auf der anderen die Enteignung der Kleinsparer, steigende Mieten und eine sich hochschaukelnde Inflation auf den Verbrauchermärkten. Es bleibt das Geheimnis des deutschen Finanzministers und Kanzlerkandidaten der SPD, wie die auf europäischer Ebene mitgetragene Geldpolitik des sozialen Ungleichgewichts mit der im Wahlprogramm seiner Partei genau entgegengesetzten Zielsetzung auf einen Nenner gebracht werden soll.

„Fair Play“ in Wahlkampfzeiten erfordert aber auch den Hinweis, dass es Bundeskanzlerin Angela Merkel 2016 in der Hand gehabt hätte, es zu dieser Zuspitzung auf den europäischen Finanzmärkten mit ihren fatalen sozialen Folgen gar nicht erst kommen zu lassen, wenn sie die ihr damals gegebene Option der Besetzung der EZB-Spitze mit Bundesbankchef Jens Weidmann gezogen hätte. Mindestens dies kann gesagt werden, dass es mit ihm, der dem Ludwig-Erhardschen Credo des Maßhaltens verpflichtet ist, diesen alle Grenzen sprengenden Aufkauf von Staatschuldpapieren und einen so dauerhaft auf der Null-Linie verbleibenden Zinssatz nicht gegeben hätte. Weidmann wäre von den Vertretern Österreichs, der Niederlande, Belgiens und Lettlands im EZB-Rat in seiner Haltung bestärkt worden, das „Über-die-Verhältnisse-Leben“ der Südeuropäer nicht länger mit dem Aufkauf ihrer Schuldpapiere in dem inzwischen erreichten Ausmaß zu honorieren.

Warum auch sollten, wie ihnen dies zurzeit zugemutet wird, der deutsche Busfahrer und die holländische Krankenschwester für Schulden haften, deren Ursache maßgeblich in deutlich komfortableren Sozialstandards der Südländer als den eigenen liegen? Mit Rentenhöhen, die eher 80 Prozent als 50 Prozent des Arbeitseinkommens erreichen und mit einem Renteneintrittsalter, das eher bei 60 Jahren als bei den der demographischen Entwicklung geschuldeten 70 Jahren liegt.

Das man über diesen Zusammenhang unterschiedlicher Sozialstandards in Europa und geldpolitischer Ansätze der EZB in der Presse so wenig erfährt, ist gerade in Wahlkampfzeiten genauso bedenklich wie die mangelnde Berichterstattung darüber, dass es mit Friedrich Merz wenigstens einen deutschen Spitzenpolitiker gibt, der wiederholt erklärt hat, dass er die EZB-Geld- und Währungspolitik zu einem Schwerpunktthema seines wirtschafts- und finanzpolitischen Programms zu machen beabsichtigt, sofern er in dieser Funktion einer zukünftigen Bundesregierung angehört.

Siehe auch die Analyse auf Seite 7.



Leitete eine historische Umverteilung von unten nach oben ein: Der frühere EZB-Präsident Mario Draghi

Foto: paz

## EZB-GELDPOLITIK

## Enteignungsgleiche Eingriffe

## Die Nullzinspolitik der EZB hat zu einer beispiellosen Umverteilung „von unten nach oben“ geführt

in schwindelerregenden Höhen von inzwischen 3,7 Billionen Euro liegen dort nicht einfach so herum, sondern die europäische Notenbank hat die Bürger der Eurozone ungefragt in die Haftung für Kreditausfälle genommen, mit Deutschland als dem bei Weitem größten Anteilseigner und damit größtem Gläubiger der EZB.

## Scholz schweigt

Es ist nicht bekannt, dass sich der für Währungs-, Geld- und Finanzpolitik zuständige deutsche Finanzminister Olaf Scholz zu diesem gewichtigen Vorgang seines Geschäftsbereichs jemals öffentlich geäußert hätte. Kein Wort hat er über die kalte Enteignung von Millionen Kleinsparern in Höhe mehrerer hundert Milliarden Euro verloren, die darüber hinaus seit Jahren empfindliche Einbußen in ihrer Altersversorgung hinnehmen mussten und müssen.

So hat die von Scholz mitgetragene Nullzinspolitik der EZB zu einer beispiellosen Umverteilung „von unten nach oben“ geführt, indem auf der Gegenseite der Wechsel der Großanleger von den Banken an die Börse und in die Immobilienmärkte die Einkommens- und Vermögensschere zwischen Arm und Reich in

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

## Komponierender Märchenonkel

Vor 100 Jahren starb in Neustrelitz Engelbert Humperdinck, kurz nachdem seine Oper „Hänsel und Gretel“ dort aufgeführt wurde

VON MARTIN STOLZENAU

Das ursprüngliche Reithaus in Neustrelitz diente ab 1775 als Komödien- und Redoutenhäuser, erhielt 1779 den Titel Mecklenburgisch-Strelitzsches Hoftheater, diente danach dauerhaft als Spielstätte und wurde 1919 nach der Abdankung des Großherzogs in Landestheater Neustrelitz umbenannt.

An diese Spielstätte kam vor 100 Jahren Wolfram Humperdinck. Der einzige Sohn des Komponisten Engelbert Humperdinck hatte gerade in Leipzig sein Studium der Musik und Regie abgeschlossen, als er in Neustrelitz den Posten des Opernspielers erhielt. Der Aufsteiger inszenierte am Landestheater Carl Maria von Webers Erfolgs-Oper „Der Freischütz“ und konnte bereits zu den Proben den herbeigeeilten Vater begrüßen. Engelbert Humperdinck, der von den Folgen eines Schlaganfalls von 1912 gezeichnet war, erlebte noch die Premiere des Stückes und verstarb kurz danach an den Folgen des nächsten Schlaganfalls am 27. September 1921 in Neustrelitz.

Humperdinck senior gelang mit seiner spätromantischen Märchenoper „Hänsel und Gretel“ der internationale Durchbruch. In ihr ist volksliedhafte Melodik in reicher Instrumentation mit Elementen der Leitmotivik seines Idols Richard Wagner verbunden. Seinen späteren Schöpfungen blieb ein vergleichbarer Erfolg versagt. Daran änderte auch seine Zusammenarbeit mit dem Regie-Titanen Max Reinhardt nichts. Größeren Anklang fanden außer „Hänsel und Gretel“ vor allem seine reizvollen Kinderlieder, die bis heute überall zum verbreiteten Repertoire gehören.

### Broterwerb beim Stahlbaron

Eigentlich sollte der am 1. September 1854 in Siegburg bei Köln geborene Engelbert



Dauerbrenner in den Opern: Programmzettel zur Aufführung von „Hänsel und Gretel“ am Landestheater Neustrelitz von 1921

Humperdinck auf Wunsch seines Vaters, einem Gymnasialoberlehrer und Seminardirektor, Architektur studieren. Doch ab 1872 ging er am Kölner Konservatorium seiner musikalischen Begabung nach. 1876 sicherte ihm der Preis der Frankfurter Mozart-Stiftung eine zeitweilige finanzielle Unabhängigkeit. Humperdinck übersiedelte nach München, wo er bei Theodor Lachner sowie Josef Gabriel Rheinberger Unterricht nahm und von der „Ring“-Aufführung fasziniert war. Er wurde zum Anhänger Wagners, folgte seinem Vorbild 1881 nach Bayreuth, wurde dessen Assistent und erschloss sich die Kompositionsweise des Meisters.

Allerdings bemühte sich Humperdinck im Anschluss lange Zeit erfolglos um eine Kapellmeisterstelle. Auch die Bewerbung um den Posten des Universitätsmusikdirektors in Bonn schlug fehl. Letztlich blieben dem Talent nur Notlösungen des Broterwerbs bis hin zur Anstellung als musikalischer Gesellschafter des Stahlbarons Alfred Krupp.

Das Jahr 1887 sorgte für Licht am Ende des Tunnels. Humperdinck wurde Lehrer der Konservatorien in Köln sowie Frankfurt am Main, etablierte sich als Musikkritiker für die „Bonner Zeitung“, für das „Mainzer Tageblatt“ sowie die „Frankfurter Zeitung“ und widmete sich der Um-

arbeitung des zunächst als „Liederspiel“ konzipierten Stoffes von „Hänsel und Gretel“ zur Volloper. Zwischendurch kam es 1892 in Siegburg zur Heirat mit Hedwig Taxer, einer Fabrikantentochter.

### Humperdinck-Museum in Siegburg

Ein Jahr später wurde „Hänsel und Gretel“ unter der Leitung seines damals noch jungen Komponistenkollegen Richard Strauss am Hoftheater von Weimar uraufgeführt. Sie bescherte ihm sichere Einkünfte, Weltruhm und Stellenangebote. Nach weiterem kompositorischen Schaffen auf seinem bei Boppard erworbenen Landgut nahm er 1900 eine Berufung an

die Akademie der Künste in Berlin an. Er erhielt eine Professur, wurde Vizepräsident und in der Nachfolge von Max Bruch Leiter der Theorie- und Kompositionsklasse. Dazu kamen die Ehrendoktorwürde und die Mitgliedschaft in einigen Akademien. Parallel entstanden neue Tonschöpfungen.

Nach vielen Reisen, bei denen er in New York auch die 50. Aufführung von „Hänsel und Gretel“ erlebte, erlitt er 1912 einen ersten Schlaganfall. Davon konnte er sich nie wieder richtig erholen. Doch die Freude über die Anstellung seines Sohnes in Neustrelitz bewog ihn 1921 zur Reise in die vormalige Residenz, wo er den Premierenerfolg Wolframs noch erlebte und anschließend an den Folgen des zweiten Schlaganfalls starb.

Zu seinem in Frankfurt am Main aufbewahrten Nachlass gehören neben den Originalpartituren auch seine Tagebücher und sein Briefwechsel mit den Familien von Richard Wagner, Hugo Wolf sowie Gustav Mahler. Von seinen vier Kindern machte Sohn Wolfram als Regisseur und Intendant Karriere. Er glänzte nach dem Tod des Vaters mit Inszenierungen von Wagneropern, hatte Gastverpflichtungen in Wien, Paris und New York und leitete nach 1945 das Archiv des Stadtmuseums Siegburg, das in Humperdincks Geburtshaus untergebracht ist. Dabei handelt es sich um die ehemalige Lateinschule der Stadt, in welcher der Vater eine Dienstwohnung besaß und in der seine Ehefrau mit dem Baby niederkam. Heute wird in dem Stadtmuseum außerdem eine Humperdinck-Dauerausstellung gezeigt.

Das Landestheater Neustrelitz wiederum erlebte 1924 und 1945 zwei Brände, wurde zweimal wiederaufgebaut und gilt heute neben den Bühnen in Schwerin und Rostock in Mecklenburg-Vorpommern als bedeutendste, die zuletzt auch durch die Schlossgarten-Festspiele deutsche Bekanntheit erlangte.

### AUSSTELLUNG

## Gelungener Befreiungsschlag

Athener Benaki-Museum zeigt das „Vorher und Nachher“ der griechischen Unabhängigkeit vor 200 Jahren

Es muss nicht immer die Antike sein. Dieses Jahr feiert Griechenland den 200. Jahrestag seiner modernen Geschichte: das Jahr 1821, den Beginn der griechischen Revolution, die zur Befreiung vom osmanischen Joch führte, wie die Osmanen Herrschaft auf dem Balkan allgemein genannt wird, und zur Unabhängigkeit. Ein Prozess, der von Europas Philhellenen euphorisch verfolgt und zum Teil unter persönlichem Einsatz im Befreiungskampf begleitet wurde.

Unter der Schirmherrschaft von Katerina Sakellariopoulou, der Präsidentin der Hellenischen Republik, wird in dem spektakulären Neubau des Athener Benaki-Museums in der Pireos-Straße 138, dem größten privat geführten Museum Griechenlands, dazu noch bis zum 7. November die Jubiläumsausstellung „1821 Vorher und Nachher“ gezeigt. Es ist die erste internationale Ausstellung über Griechenlands moderne Geschichte in diesem gewaltigen Ausmaß und Umfang.

In Zahlen heißt das: Mit insgesamt 1200 Objekten, von Gemälden und Skulpturen über historische Dokumente bis hin zu persönlichen Erinnerungsstücken der

Protagonisten, wird auf 2500 Quadratmetern Griechenlands nationale Emanzipation von 1770 bis 1870 aufgeblättert. Dazu ist ein monumentaler Katalog von 1218 Seiten mit über 1200 farbigen Abbildungen erschienen, der von den Herausgebern als Enzyklopädie des modernen Griechenland bezeichnet wird.

Die Sonderausstellung füllt das gesamte Ausstellungsgebäude und ist in drei Abschnitte gegliedert. Beginnend im zweiten Stock wird die Vorgeschichte erklärt, die zur Revolution führte. Der erste Stock ist dem Unabhängigkeitskrieg von 1821 bis 1829 selbst gewidmet, seinen Helden und nicht zuletzt Ioannis Kapodistrias

(1776–1831), dem ersten Präsidenten der ersten Hellenischen Republik. Das Erdgeschoss informiert über die ersten Jahrzehnte des nachfolgenden unabhängigen Königreichs, auf das sich nach Kapodistrias' Ermordung Großbritannien, Frankreich und Russland 1832 geeinigt hatten. Es beginnt mit der Krönung Ottos, Sohn des bayerischen Königs Ludwig I., der von 1832 bis 1862 als erster König in Griechenland regierte.

Die Ausstellung endet 1870 mit den Anfangsjahren seines Nachfolgers Georg I. aus dem Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, der von 1863 bis zu seiner Ermordung 1913 auf dem griechischen Königsthron saß.

Um sich die Ausstellung anzusehen, muss man nicht unbedingt nach Athen reisen. Auf der Internetseite des Museums werden YouTube-Videos zum Thema vorgestellt und Ausstellungsexponate erklärt. Dieses allerdings nur auf Griechisch und Englisch. Doch allein schon das Anschauen dieses verkürzten Einblicks lohnt sich.

Helga Schnehagen



Moderne Griechen heute und damals: Blick in die Ausstellung

### MELDUNGEN

## Ostdeutsche Artothek

**Düsseldorf** – Das Gerhart-Hauptmann-Haus in der Düsseldorfer Bismarckstraße 90 setzt vom 24. September bis 17. Dezember mit „Sammlung neu entdeckt“ zeitgenössische Arbeiten von Thomas Koester (Fotografie) und Jan Stieding (Malerei) in den Kontext mit Künstlern wie Käthe Kollwitz aus dem deutschen Osten und deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa. [www.g-h-h.de](http://www.g-h-h.de) *tws*

## Picassos Werk in Ost und West

**Köln** – Das Museum Ludwig fragt vom 25. September bis 30. Januar 2022 in der Ausstellung „Der geteilte Picasso“ nach dem Bild des Künstlers „in der BRD und der DDR“. Mit 150 Exponaten wird gezeigt, wie unterschiedlich das Publikum im kapitalistischen Westen und im sozialistischen Osten Picassos Kunst aufgenommen hat. Internet: [www.museum-ludwig.de](http://www.museum-ludwig.de) *tws*

Benaki-Museum: [www.benaki.org](http://www.benaki.org)

RUSSLAND

# Eine vertane historische Chance auf eine gesamteuropäische Friedensordnung

Vor 20 Jahren machte der russische Präsident Wladimir Putin in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag Deutschland, Europa und dem Westen ein Angebot, auf das sie nicht eingingen

VON ALEXANDER RAHR

Am 25. September jährt sich zum 20. Mal der Auftritt des damals gerade zum Präsidenten aufgestiegenen Wladimir Putin vor dem Deutschen Bundestag. Im heutigen Vergleich war das eine völlig andere Zeit. Zwei Wochen zuvor hatte die Welt den fürchterlichen islamischen Terrorangriff auf die USA erlebt. Putin schlug den Amerikanern sogleich eine internationale Koalition für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus vor. Im Bundestag wiederholte er seine Offerte: Statt die NATO immer weiter bis an die russischen Grenzen zu erweitern, sollte der Westen zusammen mit Russland gemeinsam gegen den Terror vorgehen.

In Deutschland regierte damals Gerhard Schröder. Er hatte sich zu diesem Zeitpunkt schon mit Putin angefreundet. Der Bundeskanzler organisierte diesen ersten Auftritt eines russischen Präsidenten vor einem deutschen Parlament. Die Zeiten standen auf Entspannung. Putin erhielt tosenden Applaus aller Abgeordneter, als er den Kalten Krieg für beendet erklärte. Deutschland sollte, aufgrund einer langen gemeinsamen Kulturgeschichte, Russlands treuer Anwalt im Westen werden. Schröder und andere westliche Politiker überlegten damals ernsthaft, Russland eine Art Assoziierung mit der NATO und der EU anzubieten.

## Eine völlig andere Zeit

Putin hielt, als besondere Geste in Richtung seines Gastgeberlandes, seine Rede auf Deutsch. Es lohnt sich, seine Aussagen rückblendend im Wortlaut nachzulesen.

Der russische Präsident präsentierte sich im Reichstag als überzeugter Liberaler. Über das Ende des Kommunismus sagte er:

„Unter der Wirkung der Entwicklungsgesetze der Informationsgesellschaft konnte die totalitäre stalinistische Ideologie den Ideen der Demokratie und der Freiheit nicht mehr gerecht werden.“

Wladimir Putin fordert auch noch 20 Jahre nach seiner Rede vor dem Bundestag einen „gemeinsamen Raum von Lissabon bis Wladiwostok“

Der Geist dieser Ideen ergriff die überwiegende Mehrheit der russischen Bürger. Gerade die politische Entscheidung des russischen Volkes ermöglichte es der ehemaligen Führung der UdSSR, diejenigen Beschlüsse zu fassen, die letzten Endes zum Abriss der Berliner Mauer geführt haben. Gerade diese Entscheidung erweiterte mehrfach die Grenzen des europäischen Humanismus, sodass wir behaupten können, dass niemand Russland jemals wieder in die Vergangenheit zurückführen kann.“

Zehn Jahre später nannte derselbe Putin den Zerfall der Sowjetunion die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahr-



Am 25. September 2001 vor dem Deutschen Bundestag: Wladimir Putin (ganz rechts)

Foto: ddp images

hunderts. Er warf dem Westen vor, den Zerfall der Sowjetunion mutwillig herbeigeführt zu haben, um Russland als Konkurrenten auszuschalten. Darauf, dass die Völker der Sowjetunion ihre Freiheit gewannen, stößt im heutigen Russland niemand mehr an. Putin sieht den Westen als Gegner, der einen Regime-Sturz in Russland, wie in der Ukraine, verfolgt.

Was wollte Putin vom Westen? Er sagte im Reichstag:

„Ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbstständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotentialen Russlands vereinigen wird.“

Fairerweise muss gesagt werden, dass Putin immer noch für dieses Denken steht. Anders als westliche Politiker fordert er auch nach 20 Jahren einen „gemeinsamen Raum von Lissabon bis Wladiwostok“. Im gegenwärtigen Westen setzt sich dagegen eine andere Konzeption durch: die Konsolidierung eines gemeinsamen transatlantischen Raumes von Vancouver bis Donezk, also die Idee eines amerikanischen Europa mit der Ukraine, aber ohne Russland, das nach Asien – Richtung China – abgedrängt werden soll.

In seiner Rede forderte Putin eine Entspannungspolitik:

„Eine der Errungenschaften des vergangenen Jahrzehnts war die beispiellos niedrige Konzentration von Streitkräften und Waffen in Mitteleuropa und in der baltischen Region. Russland ist ein freundlich gesinntes europäisches Land. Für unser Land, das ein Jahrhundert der Kriegskatastrophen durchgemacht hat, ist der stabile Frieden auf dem Kontinent das Hauptziel.“

## Tosender Applaus

Und 20 Jahre später? Zwischen NATO und Russland herrscht wieder ein Kalter Krieg.

Polen und die Balten fühlen sich nach dem russisch-georgischen Krieg, der Okkupation der Krim und dem bewaffneten Konflikt in der Ostukraine bedroht. Die NATO hat ihrerseits, trotz gegenteiliger Versprechungen, ihre Militärpräsenz bis an die russische Westgrenze ausgedehnt. Die Drohkulisse zwischen NATO und Russland ist beängstigend. Auf beiden Seiten finden massive Militärmanöver statt, von Entspannungspolitik keine Spur, statt Abrüstungsgesprächen kommt es überall zur Aufrüstung, zum Krieg im Cyberspace.

## Nicht beim Wort genommen

Putins Auftritt vor dem Bundestag hat bei vielen deutschen Politikern Skepsis hinterlassen. Putin schien das zu spüren, als er mahnte:

„Wir sprechen von einer Partnerschaft. In Wirklichkeit haben wir aber immer noch nicht gelernt, einander zu vertrauen. Trotz der vielen süßen Reden leisten wir weiter heimlich Widerstand. Mal verlangen wir Loyalität zur NATO, mal streiten wir uns über die Zweckmäßigkeit ihrer Ausbreitung.“

In der Retrospektive dürfte folgende Frage entscheidend sein: Wenn die NATO-Osterweiterung die Mutter aller Konflikte mit Russland ist – warum war der Westen vor 20 Jahren von solchem überschwänglichen Eifer getrieben, alle ehemaligen Ostblockstaaten, die sich Moskau gegenüber unversöhnlich zeigten, in solch einer Windeseile in das Verteidigungsbündnis aufzunehmen? Hätten verantwortliche Politiker im Westen nicht Putin beim Wort nehmen müssen und – parallel zur NATO-Erweiterung – eine sicherheitspolitische Partnerschaft mit Moskau eingehen sollen? Dann wäre die heutige europäische Sicherheitsarchitektur in keiner Schiefelage.

Letzten Endes hatte die Rede Putins keine Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen. Missverständnisse, Misstrauen, Missmut im Westen über fehlenden russischen Demokratiewillen oder deutsche Oberleh-

rerhaftigkeit ließen die latenten Konflikte stetig eskalieren. Während Putin darauf beharrte, dass Russland im Tschetschenienkrieg gegen den islamischen Terror kämpfte, der den Westen genauso bedrohte wie Russland, warf der Westen ihm Völkermord an den Tschetschenen vor. Als Putin daran ging, den übermächtigen Oligarchen, die sich in den 1990er Jahren durch krumme Geschäfte Anteile an strategischen Energieunternehmen und TV-Medien verschafft hatten, diese wieder wegzunehmen und eine staatliche Vertikale in der Landespolitik zu errichten, bezichtigte der Westen ihn der Diktatur. Die Gängelung der Opposition, zahlreiche un-aufgeklärte Morde an bekannten Kremlgegnern sowie die Einschränkung von Minderheitenrechten in Russland führten in den darauffolgenden Jahren zur einseitigen Aufkündigung der bilateralen Modernisierungspartnerschaft durch Deutschland.

## Putins Evolution ist eine Reaktion

Es gibt nicht wenige Stimmen in Deutschland, die behaupten, Putin habe die Deutschen mit seiner Reichstagsrede hinter Licht führen wollen. Andere Stimmen sagen mit Recht: Die heutige Konfrontation hätte vermieden werden können, wenn Deutschland und die Europäische Union wenigstens auf einige der Vorstellungen Putins eingegangen wären, also ihn beim Wort genommen hätten. Andere behaupten, Putin 2001 und Putin 2021 wären zwei völlig unterschiedliche Politiker. Anfangs mag Putin ein Westler gewesen sein. Doch heute sei er zu einem erklärten Gegner des Westens geworden, für den nationale Interessen wichtiger sind als Demokratie und Menschenrechte. Auch wenn westliche Experten die Aussage absurd finden: Putins Evolution ist den Fehlern des Westens im Umgang mit Russland geschuldet.

Mit dem Weggang von Schröder, Jacques Chirac und Silvio Berlusconi von der politischen Bühne verlor Putin nach dem Ende seiner ersten Legislaturperiode sei-

ne wichtigsten Mitstreiter für die Verwirklichung seines proeuropäischen Kurses. Merkel veränderte die deutsche Russlandpolitik insofern, als sie mit den Russland-kritischen Ansichten der neuen EU- und NATO-Mitgliedstaaten sympathisierte. Außerdem machte sie Menschenrechte und liberale Werte zur Priorität ihres Umgangs mit Russland. In der Ukraine-Krise 2014 und in der Causa Nawalny kam es fast zum Bruch der deutsch-russischen Beziehungen. Trotzdem verstand Merkel wie kein anderer westlicher Gegenwarts-politiker, dass ein strategischer Dialog mit Moskau unumgänglich für die europäische Friedenspolitik war.

## Putin verlor wichtige Mitstreiter

Möglicherweise erinnert sich die Bundeskanzlerin doch ab und zu an die Rede Putins. Die Projekte Nord Stream 1 und Nord Stream 2 unterstützte sie vollkommen und rettete damit die 50 Jahre währende europäisch-russische Erdgasallianz – gegen unerbittliche Widerstände seitens der USA und der Mitteleuropäer. Als die USA 2008 Georgien und die Ukraine in die NATO holen wollten, legte Merkel ihr Veto ein – um Russland mit einer dritten NATO-Osterweiterung nicht weiter zu reizen. Anders als Merkel betrachteten die USA Russland als eine nicht mehr ernst zu nehmende Regionalmacht.

Es ist an der Zeit, das vergangene Vierteljahrhundert unter einer historischen Retrospektive zu betrachten. Nach dem Ende der UdSSR blieben die USA als einzige Weltmacht übrig. Es entsprach der geschichtlichen Logik, dass die Weltordnung des 21. Jahrhunderts auf den Normen und Interessen der Führungsmacht USA entstand. Westeuropa und Mitteleuropa vereinigten sich. Praktisch wurde das alte Reich Karls des Großen, der uralte Traum von der europäischen Einheit verwirklicht. Aber Russland wurde dabei vergessen. Unerfreulich aus westlicher Sicht war das Aufkommen von China und Russland als Rivalen des Westens. China unterwarf sich Schritt für Schritt den asia-

Der Westen erstrebt ein amerikanisches Europa mit der Ukraine, aber ohne Russland, das nach Asien – Richtung China – abgedrängt werden soll

tischen Kontinent wirtschaftspolitisch, und Putin begann in seiner imperialen Tradition ein anderes Sicherheitsmodell auf postsowjetischem Raum aufzubauen. Da weder die USA noch die EU irgendeine Bereitschaft zeigten, ihren globalen Gestaltungsanspruch mit den aufstrebenden Mächten zu teilen, und Russland wie China auf ihre globalen Ambitionen nicht verzichteten, war der Zusammenstoß der Interessensphären nur eine Frage der Zeit. Insofern hinterlässt die Putin-Rede 2001 im Bundestag einen bitteren Beigeschmack und das Gefühl einer vertanen historischen Chance auf eine gesamteuropäische Friedensordnung.

## BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

# Das Verfassungsorgan, dem die Bundesbürger vertrau(t)en

Vor 70 Jahren nahmen die rot gewandeten Hüter  
des Grundgesetzes in Karlsruhe ihre Arbeit auf

VON WOLFGANG KAUFMANN

Sicherheitslücken in der Software von Computern und Mobiltelefonen sind Schwachstellen, die sowohl von kriminellen Hackern als auch von staatlichen Stellen ausgenutzt werden können. Deshalb blockieren Letztere die Schließung solcher „Hintertüren“. Dass sie damit die Telekommunikationssicherheit aller Bürger gefährden, nehmen sie billigend in Kauf.

Um dieser Praxis ein Ende zu setzen, zogen der Chaos Computer Club Stuttgart und die Einkaufsgesellschaft für Internetdienstleister ISP Service eG 2018 vor das Bundesverfassungsgericht (BVerfG). Doch das hat nun die Klage als unzureichend begründet zurückgewiesen. Andererseits verdonnerte Karlsruhe die Bundesregierung jedoch dazu, alsbald zu entscheiden, wie der „Zielkonflikt zwischen dem Schutz informationstechnischer Informationssysteme vor Angriffen Dritter mittels unbekannter IT-Sicherheitslücken einerseits und der Offenhaltung solcher Lücken zur Ermöglichung einer der Gefahrenabwehr dienenden Quellen-Telekommunikationsüberwachung andererseits grundrechtskonform aufzulösen“ sei.

## Novum ohne große Tradition

Dieser Fall zeigt exemplarisch zwei wesentliche Merkmale der Tätigkeit des obersten deutschen Gerichtshofes auf Bundesebene und Hüters des Grundgesetzes. Zum einen muss er sich mit immer neuen Problemlagen von grundsätzlicher verfassungsrechtlicher Relevanz auseinandersetzen. Zum anderen geht er gerne klaren Entscheidungen aus dem Wege. Letzteres resultiert nicht zuletzt aus dem nach wie vor nicht endgültig definierten Selbstverständnis des Bundesverfassungsgerichts, das ein Novum in der deutschen Geschichte ist.

Zwar sprachen bereits das Reichskammergericht und der Reichshofrat ab 1495 beziehungsweise 1518 auch Recht zwischen den Staatsorganen, doch ein echtes Verfassungsgericht gab es erst in der Weimarer Republik mit dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich. Der besaß allerdings nur eingeschränkte Kompetenzen. Letztlich erstreckte sich seine Zuständigkeit lediglich auf Ministeranklagen und Verfassungsstreitigkeiten auf Reichs-Länder-Ebene.

Nach dem kompletten Aus für die Verfassungsgerichtsbarkeit während der nationalsozialistischen Diktatur bestand Einigkeit unter den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates, den sogenannten Müttern und Vätern des Grundgesetzes, dass nunmehr eine juristische Institution geschaffen werden müsse, die dafür Sorge, dass staatliche Machtäußerungen verfassungskonform seien. Daraus resultierte der Artikel 93 im Grundgesetz über die Zuständigkeiten des Bundesverfassungsgerichts, der am 12. März 1951 nach einem relativ langen parlamentarischen Verfahren durch das Bundesverfassungsgerichtsgesetz ergänzt und konkretisiert wurde.

## Lehre aus der NS-Zeit

Am 4. Mai 1951 richtete der Bundesjustizminister Thomas Dehler in den Räumen des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe eine „Kopfstelle“ für die organisatorischen Vorarbeiten zur Etablierung des Bundesverfassungsgerichts ein. Fünf



Feierstunde im Kleinen Haus des Badischen Staatstheaters in Karlsruhe anlässlich der Eröffnung des Bundesverfassungsgerichts: Bundespräsident Theodor Heuss, BVerfG-Präsident Hermann Höpker-Aschoff und Bundeskanzler Konrad Adenauer (v.l.)

## Kurzporträts



Seine 1952 wiederholt öffentlich geäußerte scharfe Kritik am Bundesverfassungsgericht kostete Bundesjustizminister **Thomas Dehler** 1953 das Amt



Der vormalige enge Mitarbeiter von Theodor Heuss **Hermann Höpker-Aschoff** war von dessen Gründung bis zu seinem Tode 1954 Präsident des BVerfG



**Stephan Harbarth** ist seit vergangenem Jahr Präsident des BVerfG. Vorher war der Christdemokrat als Anwalt tätig und saß von 2009 bis 2018 im Bundestag

Monate später, am 7. September 1951, nahm dieses seine Arbeit auf. Die erste Entscheidung der Richter unter dem Vorsitz des vormaligen preußischen Finanzministers Hermann Höpker-Aschoff stammt vom 9. September 1951. Damals urteilte der Zweite Senat über die Neugliederung der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, woraufhin die Volksabstimmung über die Gründung eines südwestlichen Bundeslandes zunächst verschoben werden musste.

Mit einem feierlichen Akt offiziell eröffnet wurde das Bundesverfassungsgericht allerdings erst etwas später. In Anwesenheit des Bundespräsidenten Theodor Heuss und des Ministerpräsidenten des Landes Württemberg-Baden, in dem Karlsruhe damals lag, Reinhold Maier, eröffnete Bundeskanzler Konrad Adenauer am 28. September 1951 das Gericht. Das

Datum ging als „Tag der Eröffnung“ in die Annalen des Gerichts ein.

## Meilensteine der Tätigkeit

Den Eröffnungsfeierlichkeiten folgte am 22. November ein erstes Rechtsgutachten für den Bundespräsidenten zum Thema der Mitwirkung des Bundesrats an Steuergesetzen. Als weitere wichtige Meilensteine in der mittlerweile 70-jährigen Geschichte des Bundesverfassungsgerichts gelten die Status-Denkchrift vom 27. Juni 1952, mit der das Gericht seine Stellung als Verfassungsorgan verdeutlichte, das erste Parteiverbotsverfahren, in dessen Verlauf die Sozialistische Reichspartei (SRP) am 23. Oktober 1952 für verfassungswidrig erklärt wurde, das Elfes-Urteil vom 16. Januar 1957, aus dem hervorgeht, dass die Bundesbürger sich mit Verfassungsbeschwerden gegen freiheitsbeschränkende Rechtsnormen zur Wehr

setzen können, das Lüth-Urteil vom 15. Januar 1958, das die große Bedeutung der Meinungsfreiheit unterstrich, das Urteil zum Grundlagenvvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR vom 31. Juli 1973, durch das alle Verfassungsorgane den Auftrag erhielten, auf die deutsche Wiedervereinigung hinzuwirken, das Urteil über das Volkszählungsgesetz vom 15. Dezember 1983 mit seiner Stärkung des Rechts der Bürger auf informationelle Selbstbestimmung, der Brokdorf-Beschluss vom 14. Mai 1985, der die Wichtigkeit der Versammlungsfreiheit hervorhob, die Bestätigung der Rechtmäßigkeit des Einigungsvertrages vom 23./24. April 1991, das Maastricht-Urteil vom 12. Oktober 1993 über die Legitimität der Verlagerung eigenstaatlicher Kompetenzen an die supranationale Europäische Union sowie das Urteil über die Zulässigkeit der bewaffneten Auslandseinsätze der Bundeswehr vom 12. Juli 1994.

Bislang genoss das Bundesverfassungsgericht stets großes Vertrauen im Volk. In Umfragen rangierte es regelmäßig vor den anderen Staats- und Verfassungsorganen. Ob das in Zukunft so bleiben wird, muss sich zeigen. Immerhin ist die Person des derzeitigen Gerichtspräsidenten Stephan Harbarth ungewöhnlich umstritten. Darüber hinaus schmetterte Karlsruhe 2020/21 zahlreiche Anträge zur Aufhebung von staatlicherseits verordneten Grundrechtseinschränkungen unter dem Vorwand der Corona-Bekämpfung ab. Deshalb titelte die „Neue Zürcher Zeitung“ am 7. September mit Blick auf das Bundesverfassungsgericht: „Vom Gegenspieler der Regierung zu Merkels verlängertem Arm?“

## NADSCHIBULLÄH

## Der Aschraf Ghani der Sowjets

Während der afghanische Kommunikationsminister von 2018 bis 2020, Sayed Ahmad Shah Sadaat, heute in Leipzig lebt und für den Essenslieferanten Lieferando arbeitet, trafen es viele andere ehemalige Mitglieder der vom Westen gestützten Führung in Kabul, die nach dem Abzug der US-Streitkräfte von den Taliban hinweggefegt wurde, deutlich besser. Hamid Karzai, von 2001 bis 2014 erster Präsident der Islamischen Republik Afghanistan, residiert wieder in der Hauptstadt des Staates am Hindukusch, wo er wie der von 2014 bis 2020 amtierende afghanische Regierungschef Abdullah Abdullah mit den Gotteskrieger über die politische Zukunft seiner Heimat verhandelt. Und Karzais Nachfolger Mohammad Aschraf Ghani, der sich am 15. August 2021 in die Vereinigten Arabischen Emirate absetzte und dabei 169 Millionen US-Dollar mitgenommen haben soll, genießt nun ein luxuriöses Asyl in dem Golfstaat.

Ähnlich glimpflich fiel der Machtwechsel in Afghanistan nach dem Rückzug der sowjetischen Interventionsgruppen im Februar 1989 für die vorangegangenen Präsidenten der Demokratischen Republik Afghanistan von 1979 bis 1986 sowie 1986 bis 1987, Babrak Karmal und Hadschi Mohammed Tschamkani, aus. Den Alkoholiker Karmal kostete im Moskauer Exil 1996 ein Leberkrebsleiden das Leben und sein Nachfolger starb ebenfalls unbehelligt 2012 in der paschtunischen Provinz.

Nur Tschamkanis Nachfolger Mohammed Nadschibulläh musste für seine Taten während der sowjetischen Besatzungszeit und danach büßen. Der studierte Mediziner und vormalige



Vor 25 Jahren getötet: Mohammed Nadschibulläh Foto: pa

Chef des extrem brutal agierenden Staatlichen Nachrichtendienstes (KhAD) konnte sich über den Abzug der sowjetischen Schutzmacht hinaus noch bis 1992 halten. Nach seiner Ablösung durch seinen bisherigen Stellvertreter Abdul Rahim floh er ins Hauptquartier der Vereinten Nationen in Kabul. Dort blieb das ehemalige Staatsoberhaupt, bis die Taliban im afghanischen Bürgerkrieg obsiegt und in die Hauptstadt einmarschierten.

Vor 25 Jahren, am 27. September 1996 zerrten die Glaubenskrieger Nadschibulläh ungeachtet aller internationalen Proteste aus dem UN-Gebäude und folterten, kastrierten und erschossen ihn. Danach hängten sie den Leichnam an einer Betonplattform für Verkehrspolizisten vor dem Präsidentenpalast auf. W.K.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Anfang August titelten viele Zeitungen hierzulande: „Forscher schlagen Alarm! Golfstrom-Wandel bedroht Klima in Europa“, „Der Golfstrom schwächelt – mit fatalen Folgen für das Klima“ oder „Atlantik-Strömung kurz vor Abbruch. Verschärft sich die Klima-Lage jetzt noch mehr?“ Wonach dann auch stets der Hinweis folgte, dass dieses Phänomen „mit dem menschengemachten Klimawandel in Verbindung“ stehe.

Auslöser für die Kassandrarufer war ein gerade erschienener Aufsatz von Niklas Boers vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) im Fachmagazin „Nature Climate Change“ mit dem Titel „Observation-based early-warning signals for a collapse of the Atlantic Meridional Overturning Circulation“ (Auf Beobachtungen beruhende Frühwarnsignale für einen Zusammenbruch der Atlantischen Meridionalen Umwälzzirkulation). Dieses meist nur abgekürzt AMOC genannte Strömungssystem, zu dem auch der Golfstrom gehört, resultiert aus dem Sog, der entsteht, wenn warmes Oberflächenwasser aus den Tropen in solchen Bereichen des Nordatlantiks wie der Labradorsee oder dem Europäischen Nordmeer kälter und somit dichter wird und dadurch zum Meeresboden absinkt.

#### System ist nicht vollkommen stabil

Veränderungen der AMOC gelten ebenso wie der Schwund des Grönland-Eises oder des Amazonas-Regenwaldes als „Kippelemente des Erdklimas“. Ihre Abschwächung oder gar ihr vollständiger Kollaps würde zumindest überproportional dramatische Folgen zeitigen. So beispielsweise extreme Kälteperioden in manchen Regionen Nordamerikas und Europas sowie Störungen der saisonalen Monsunregen, welche einen Großteil der Weltbevölkerung mit Wasser versorgen. Und nach Meinung mancher Forscher wie Johan Rockström vom Stockholm Resilience Centre könnte der Ausfall der AMOC dann sogar einen Dominoeffekt auslösen und das gesamte globale Klima verändern.

Tatsächlich nahm die Stärke der AMOC in den vergangenen Jahrzehnten ab, wofür Boers unter anderem schmelzendes Meereis und wachsende Süßwasserzuflüsse in die Ozeane durch größere Niederschlagsmengen verantwortlich macht. Allerdings stellt sich die Frage, ob die AMOC und damit auch der Golfstrom deshalb vor dem Kollaps stehen, wie der Potsdamer Klimaforscher den Pressemeldungen zufolge verkündet haben soll.

Als Antwort ist zunächst ein Blick auf die Methodik von Boers nötig. Dessen Prognose beruht auf theoretischen An-



Subtropisches Flair dank dem warmen Golfstrom: Der Hafen von St Ives im südwestenglischen Cornwall

Foto: Mauritius

#### WELTKLIMA

## Steht der Golfstrom vor dem Kollaps?

Angeblich stehen wir vor einem folgenreichen „Kipp-Punkt“ – Doch der nähere Blick offenbart: Die Datenlage ist viel zu dünn für derart weitreichende Warnungen

nahmen über dynamische Systeme, wie die AMOC eines ist: Wenn diese sich kurz davor befinden, in einen anderen Zustand umzukippen, gibt es auffällige Schwankungen bei wichtigen Parametern, welche für die sogenannte „Kritische Verlangsamung“ stehen. Das muss man sich so vorstellen: Dynamische Systeme sind nie vollkommen im Gleichgewicht, können aber dennoch stabil sein. Wie, wenn eine Kugel im Innern einer beweglichen Schale hin und her rollt. Instabil wird das Ganze erst, wenn die Schräglage der Schale so groß ist, dass die Kugel herauszufallen droht. Als „Kritische Verlangsamung“ würde dann ein Zustand gelten, bei dem sich die Kugel immer öfter dem Schalenrand nähert und immer seltener zum Schalenboden zurückkehrt.

Und dies sei bei der AMOC möglicherweise im übertragenen Sinne der Fall, meint Boers: Acht signifikante „AMOC-Indizes, ... die auf Beobachtungsdaten der Meeresoberflächentemperatur und des Salzgehalts aus dem gesamten Atlantik-

becken basieren“, legten nahe, „dass sich die AMOC im Laufe des letzten Jahrhunderts von relativ stabilen Bedingungen zu einem Punkt nahe einem kritischen Übergang entwickelt haben könnte.“

#### Grobkörnige Momentaufnahmen

Boers' Prognose fiel also keineswegs so eindeutig aus, wie die meisten Medien hierzulande behaupteten. Und mit dieser Vorsicht war der Physiker auch gut beraten, denn die Klimaforscher und Ozeanologen wissen bislang noch sehr viel weniger über die Atlantische Meridionale Umwälzzirkulation als die Panikmacher wahrhaben wollen. Wann beispielsweise begann denn nun die Abschwächung der AMOC? Um 1850, wie manche vermuten, oder doch eher 1950, wie andere sagen? Und stimmt eigentlich die Annahme der Wissenschaftler des PIK, dass die AMOC in den vergangenen 1000 Jahren nie kraftloser gewesen sei als heute?

Immerhin werden systematische direkte Messungen im Bereich der atlanti-

schen Zirkulation erst seit 2004 durchgeführt. Ebenso weiß niemand wirklich genau, was innerhalb des verzweigten Strömungssystems in den verschiedenen Meerestiefen tatsächlich im Einzelnen passiert. Jüngere Untersuchungen der Arbeitsgruppe von Tillys Petit von der School of Earth and Atmospheric Sciences des Georgia Institut of Technology, deren Ergebnisse im November 2020 in den „Geophysical Research Letters“ veröffentlicht wurden, erbrachten jedenfalls das Ergebnis, dass die Verhältnisse in der Labrador-See eine sehr viel geringere Rolle spielen als bisher angenommen.

Der springende Punkt ist allerdings, ob die aktuell eher unterdurchschnittliche Intensität der AMOC noch im Rahmen des Normalzustands des Zirkulationssystems liegt oder nicht, denn Schwankungen innerhalb desselben sind keineswegs schon Grund zur Sorge. Diese gab es während der derzeitigen Stabilitätsphase nach dem Ende der jüngsten Kaltzeit in reichlichem Maße, ohne dass

daraus ein „Umkippen“ beziehungsweise „Kollaps“ resultierte.

Modellrechnungen von Mitarbeitern des Max-Planck-Institutes für Meteorologie in Hamburg um Johann Jungclauss zufolge würde auch eine Abschwächung der AMOC im Verlaufe des 21. Jahrhunderts um 30 bis 40 Prozent keinen Zusammenbruch der Umwälzbewegung auslösen. Aber letztlich helfen selbst die besten Klimasimulationen hier nicht weiter, weil einfach zu viele Basisdaten hinsichtlich der zentralen Parameter fehlen, obwohl in jüngster Zeit auch Satelliten zur Verfolgung der Meeresströmung eingesetzt wurden.

Alles, was die Klimaforscher und Ozeanologen bislang liefern konnten, waren diverse, zu verschiedenen Zeiten gemachte grobkörnige Momentaufnahmen vom Zustand der AMOC. Und diese erlauben keine Aussagen darüber, ob der angeblich vom Menschen gemachte Klimawandel das Umwälzsystem irgendwie nennenswert beeinflusst.

#### SKANDINAVIEN

## Finnland soll (auch) englischsprachig werden

Schielen auf ausländische Fachkräfte: Helsinkis Bürgermeister möchte Englisch zur dritten offiziellen Sprache erklären

Die skandinavischen Länder gelten seit Langem als am offensten für Englisch, an vielen Hochschulen der Region werden bereits alle Studienfächer ausschließlich auf Englisch unterrichtet. Jetzt gibt es in Helsinki, der Hauptstadt Finnlands, einen Vorstoß, Englisch auch zur dritten offiziellen Sprache des Landes zu machen, damit Ausländer nicht mehr länger von der nur schwer zu lernenden finnischen Sprache abgeschreckt würden.

Finnisch gehört als einzige Amtssprache Skandinaviens nicht zur germanischen Sprachgruppe, sondern zur finnisch-ugrischen, die mit dem Indogermanischen nichts zu tun hat. Finnisch ist verwandt mit dem Ungarischen, entsprechend abschreckend wirkt diese isolierte Sprache auf Ausländer bei der Arbeitssu-

che. Indes: Seit der Einführung von Englisch an den Unis hat sich zwar der Anteil ausländischer Studenten in allen Ländern Skandinaviens stark erhöht, aber nur wenige bleiben nach Studienabschluss im Lande und versuchen eine Stelle zu finden, weil sie dafür einheimische Sprachkenntnisse benötigen.

Das hat auch der neue Bürgermeister von Helsinki, Juhana Vartiainen, gemerkt und in der Zeitung „Helsingin Sanomat“ gefordert, Englisch zur dritten Amtssprache in Finnland zu erheben. Der Vorschlag stieß bei den schwedischsprachigen Finnen auch auf Kritik. So bezeichnete Björn Månsson, Ratsmitglied der Schwedischen Volkspartei und Vorsitzender des Helsinkier Ausschusses für Zweisprachigkeit, den Vorschlag als Bedrohung der verfassungs-

mäßigen Rechte der schwedischsprachigen Bevölkerung. Denn zehn Prozent der Finnen sind schwedischsprachig.

#### Einst dominierte Schwedisch

In den Augen von Vartiainen erkennen die Politiker zu langsam, wie sehr Finnland qualifizierte ausländische Arbeitskräfte benötige, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Beschäftigte des öffentlichen Sektors müssen Finnisch und Schwedisch beherrschen. Vartiainen meint, dass die Sprachanforderungen für Stellen im öffentlichen Dienst zu starr seien, um ausländische Talente anzulocken, vor allem in Bereichen, in denen Arbeitskräftemangel herrsche. Fast 40 Prozent der ausländischen Absolventen finnischer Hochschulen verlassen das Land innerhalb eines Jahres

nach ihrem Abschluss – eine höhere Rate als in vielen anderen europäischen Ländern. Viele derjenigen, die das Land verlassen, geben Sprachbarrieren und einen schwierigen Arbeitsmarkt als Hauptgründe an. Schätzungen zufolge haben bis zum Jahr 2030 30 Prozent der Bevölkerung Helsinkis eine andere Muttersprache als Finnisch oder Schwedisch. Gegenwärtig stellen englische Muttersprachler die fünftgrößte Gruppe in der Hauptstadtregion dar.

Von den Einwohnern Helsinkis sprechen 75 Prozent Finnisch und fünf Prozent Schwedisch als Muttersprache. Die restlichen 20 Prozent entfallen auf andere Sprachen. Offiziell ist Helsinki zweisprachig mit Finnisch als Mehrheits- und Schwedisch als Minderheitssprache. Im

Alltag dominiert aber das Finnische als Verkehrssprache auch zwischen den Sprechern verschiedener Sprachen. Bis Ende des 19. Jahrhunderts war das im 16. Jahrhundert unter schwedischer Herrschaft gegründete Helsinki (schwedisch Helsingfors) mehrheitlich schwedischsprachig: Noch 1850 sprachen fast 90 Prozent der Einwohner Schwedisch als Muttersprache. 1870 sprachen von den Einwohnern Helsinkis, das bis 1917 zum Zarenreich gehörte, noch 57 Prozent Schwedisch, 26 Prozent Finnisch, zwölf Prozent Russisch und zwei Prozent Deutsch als Muttersprache. Marschall Mannerheim (1867–1951), der Nationalheld und Staatsgründer Finnlands, sprach als Baltendeutscher zwar Deutsch, Russisch und Schwedisch, aber kein Finnisch. *Bodo Bost*

**NÖRDLICHES OSTPREUSSEN**

## Ärger um öffentliche Toiletten

Trotz Touristenansturm haben die Urlaubsorte keine ausreichende Infrastruktur geschaffen

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Die meisten Besucher des Königsberger Gebiets wollen gerne wieder Urlaub in der Region buchen. Aber es gibt ein Thema, das sich als heikler Punkt für die Urlauber erweist, und zwar die Toiletten, oder besser gesagt, ihr Zustand und ihre schlechte Zugänglichkeit.

Einige bekannte Blogger haben sich diesem Thema mit ausführlichen Berichten im Internet gewidmet, und das Nachrichtenportal „Klops“ hat eine Online-Umfrage unter seinen Lesern durchgeführt. Fast dreitausend Menschen nahmen an der Abstimmung teil.

Die anonyme Umfrage förderte unerwartete und amüsante Details zutage. 40,3 Prozent der Touristen verrichten ihre Notdurft direkt ins Meer. Weitere 25 Prozent begeben sich auf die Suche nach Bio-Toiletten, etwas mehr als zehn Prozent verstecken sich hinter Felsen und Bäumen, der Rest sucht sich ein Café oder hält bis nach Hause durch. Einige führen sogar tragbare Toiletten mit.

**Die Mehrzahl nutzt das Meer**

Die Zugänglichkeit zu öffentlichen Toiletten ist in den Urlaubsorten sehr unterschiedlich. In Pillau [Baltiysk] gibt es 15 mobile Toiletten in unmittelbarer Nähe des Strandes, in der Stadt gibt es insgesamt 23 öffentliche Toiletten, die alle kostenlos zur Verfügung stehen. Es ist wahrscheinlich der einzige Ort der Region, an dem man sich in Bezug auf die Toiletten-situation mehr oder weniger wohl fühlen kann.

In und um Rauschen wurden fünf Bio-Toiletten in der Nähe der Strände eingerichtet. Drei davon befinden sich nicht in Rauschen selbst, sondern in Georgenswalde [Otradnoje], das zur Stadtverwaltung von Rauschen gehört, und im Gebiet der Bucht von Klein Kuhren, das zehn Kilometer vom Ferienort entfernt liegt. Das bedeutet, dass für Tausende von Urlaubern nur zwei Toiletten erreichbar sind: eine am Ende des neuen Teils der Promenade und eine in der Nähe der Seilbahn. Die Nutzung kostet umgerechnet etwa 35 Eurocent. Im



Zu wenige Toiletten: Schlangestehen ist in den Urlaubsorten der Ostsee an der Tagesordnung

Foto: J.T.

Stadtzentrum gibt es noch sechs weitere Toiletten.

In Cranz gibt es 15 öffentliche Toiletten, die erst in diesem Jahr nach wiederholten Anfragen von Touristen in Betrieb genommen wurden. Die Nutzung der Toiletten kostet dort ebenfalls 35 Eurocent. In der Stadt gibt es nur eine kostenlose Toilette, und zwar beim Café „Am!Bar“ am Ende der Promenade in der Nähe der Windrose. Am Strand von Palmnicken [Jantarnij] gibt es fünf Toiletten.

Am prekärsten ist die Situation jedoch auf der Kurischen Nehrung. Das zeigen die zahlreichen empörten Reaktionen von Urlaubern. Der Direktor des Nationalparks, Anatoli Kalina, reagierte auf die Beschwerde von Touristen ablehnend. „Sie müssen verstehen, dass der Nationalpark

ein föderales, besonders geschütztes Naturgebiet ist, das vielen Einschränkungen unterliegt. Und wenn die Leute anfangen, Bänke und Toiletten von uns zu fordern, sollten sie daran denken, dass dies kein Freizeitpark ist. Feste Toiletten können in dem Gebiet nicht aufgestellt werden, da es nicht möglich ist, in einem Naturschutzgebiet Kläranlagen zu bauen.“

**Kaum Komfort im Nationalpark**

Diese Ansicht verwundert, wenn man bedenkt, dass in den letzten Jahren Dutzende von Einzelhandelsgeschäften, Cafés und Restaurants rund um die wichtigsten Touristenattraktionen des Nationalparks entstanden sind. Warum es da nicht möglich sein sollte, Bänke und Toiletten bereitzustellen, ist völlig unklar. In den letz-

ten zehn Jahren haben sich weder die Infrastruktur noch der Komfort im Nationalpark entwickelt.

Der litauische Teil der Kurischen Nehrung ist ebenfalls ein Nationalpark und ein besonders geschütztes Gebiet, was seine Verwaltung jedoch nicht daran hindert, komfortable Bedingungen für den Aufenthalt dort zu schaffen.

In der Nähe einiger Parkplätze auf der Kurischen Nehrung gab es früher hölzerne Toiletten, die an Waldhütten erinnerten. Jetzt gibt es blaue Bio-Toiletten aus Plastik. Die Touristen beklagen, dass diese selten gereinigt werden und entsprechend schon von Weitem stinken. Die meisten Urlauber ziehen es daher vor, sich unter einem Baum an der frischen Luft oder in den Wellen der Ostsee zu erleichtern.

**MELDUNGEN**

## Sanddorn aus Insterburg

**Insterburg** – Ein Obstbaubetrieb bei Insterburg hat in diesem Jahr die erste Sanddorn-Ernte von einer zwei Hektar großen Plantage eingeholt, die im Rahmen des Regionalprogramms „Wostok“ (Osten) zur Förderung der regionalen Landwirtschaft angelegt worden ist. Im nächsten Jahr will der Betrieb den Anbau auf sechs Hektar erweitern, damit ein gewinnbringender Absatz möglich ist. Im Rahmen des Projekts wurden auch neue Anpflanzungen von Johannisbeeren, Himbeeren, Brombeeren und Stachelbeeren angelegt. Sechs Kunden aus dem Königsberger Gebiet haben Interesse an den wertvollen Beeren gezeigt. Das Unternehmen hat ein zinsgünstiges Darlehen in Höhe von umgerechnet 182.000 Euro erhalten. Das Geld wurde für den Wiederaufbau des Hofes, den Kauf von Geräten und Spezialmaschinen sowie für Setzlinge verwendet. Das im Jahr 2019 gegründete Obstbau-Unternehmen will im kommenden Jahr weiter wachsen. MRK

## E-Autos in Königsberg

**Königsberg** – Im Königsberger Gebiet hat der Absatz von gebrauchten Elektrofahrzeugen im zweiten Quartal 2021 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 450 Prozent zugenommen. Der Durchschnittspreis für ein gebrauchtes E-Auto in der Region liegt bei umgerechnet knapp 31.000 Euro. Das beliebteste Modell war der Nissan Leaf. Nach wie vor werden viel weniger Elektroautos verkauft als herkömmliche Benzinfahrzeuge. Das stetige Wachstum der Verkäufe von Elektroautos beweist aber, dass das Interesse der Kunden an dieser Art von Fahrzeugen zunimmt. Andrej Klemeschew, der Präsident der Kant-Universität, hat vorgeschlagen, die gesamte Region auf Elektrofahrzeuge umzustellen, doch dafür müsste erst die Infrastruktur ausgebaut werden. Das Königsberger Werk Avtotor will 2023 sein erstes E-Auto in die Massenproduktion bringen. MRK

**KÖNIGSBERG**

## Ein neuer Homlin-Junge ziert die Schrötterstraße

Die Familie der Hausgeister ist mit der siebten Figur komplett – Alle befinden sich in der Nähe von Sehenswürdigkeiten

Der Legende nach handelt es sich bei Homlins um seltsame Hausgeister. Es wird angenommen, dass sie seit Langem in der Nähe der Menschen leben, Bernstein sammeln und daraus Gegenstände herstellen. Ursprünglich war geplant, sieben der bei den Einwohnern und Touristen gleichermaßen beliebten Darstellungen dieser mythischen Gestalten im Königsberger Stadtgebiet aufzustellen. Drei Jahre sind vergangen, seit der erste Homlin in Königsberg „angesiedelt“ wurde, und nun hat der siebte Homlin seinen Platz eingenommen, sodass die Familie Homlin jetzt komplett ist.

Die Idee zu dieser Art der Stadtverschönerung stammt von Natalja Schewtschenko, und Andrej Sledkow, der Bildhauer, der das Alexander-Newskij-Denk-



Ruht sich auf einer Mauer neben dem Privatmuseum aus: der neue Homlin Foto: J.T.

mal auf dem Wassilewskij-Platz in Königsberg entworfen hat, fertigt sie an.

Alle Homlin-Figuren wurden an beliebten Touristenattraktionen in der Stadt aufgestellt. Der Großvater der Hausgeisterfamilie war der erste Homlin. Er wurde 2018 auf der Honigbrücke in der Nähe des Doms platziert. Als nächste erschien die Großmutter im Stadtbild. Im Jahr 2019 haben sich der Enkel Witja vor dem Ozeanmuseum und die Enkelin Uljana in der Nähe des Tiergartens niedergelassen. In der Nähe des Museums der Schönen Künste sitzt ein Künstler-Homlin auf der Brücke.

Und nun wurde die Familie Homlin vor Kurzem um einen neuen schelmischen kleinen Jungen und seine Mutter erweitert. Das Kind wurde vor dem Pri-

vatmuseum Altes Haus in der Schrötterstraße „abgelegt“, seine Mutter neben dem Wrangelsturm aufgestellt.

Die Homlins haben sich bereits zu einer Art Maskottchen entwickelt. „Auf diese Weise wurde unser Konzept verwirklicht: Sieben Homlins zu sehen bedeutet, sieben der beliebtesten Orte im Königsberger Gebiet zu sehen“, so Schewtschenko.

Im vergangenen Jahr sagte die Leiterin der Stadtverwaltung, Jelena Djatlova, dass es „mehr Häuser, Denkmäler, Plätze, hochwertige Graffiti und viele Dinge geben sollte, die Komfort schaffen und zur Wiedererkennung der Stadt beitragen“. Daher ist es möglich, dass die Familie der Homlins weiterhin mit neuen Personen aktualisiert wird. J.T.

## Wir gratulieren...



## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Giebler, Gertraut**, geb. **Wietz**, aus Wehlau, am 30. September  
**Glas, Gertrud**, geb. **Aschendorf**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 28. September  
**Kusserow, Harry**, aus Groß Warnau, Kreis Lötzen, am 30. September  
**Schilling, Gernot**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 25. September

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Döbbling, Herta**, geb. **Kowalewski**, aus Lyck, Steinstraße 13, am 26. September  
**Falk, Gustav**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 29. September  
**Knothe, Frieda**, geb. **Brozio**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 26. September  
**Milkuhn, Renate**, geb. **Tomeschat**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 26. September  
**Peters, Ursula**, geb. **Krause**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 29. September  
**Tolkacz, Hildegard** von, geb. **Pa-jonk**, aus Lötzen, am 28. September

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Böttcher, Hildegard**, geb. **Kulesa**, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 27. September  
**Schmerl, Ella**, geb. **Glowatz**, aus Lyck, am 30. September

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Bräutigam, Wilhelm**, Landsmannschaft Kassel, am 30. September  
**Gross, Gudrun**, geb. **Hilger**, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 25. September  
**Lingat, Liesbeth**, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 24. September

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Annutsch, Walter**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 27. September  
**Buttgereit, Heinz**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 27. September

**Heske, Bruno**, aus Fedderau/Lokenen, Kreis Heiligenbeil, am 29. September  
**Niehus, Elfriede**, geb. **Radzik**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 24. September  
**Vogel, Ulrich**, aus Lyck, am 29. September

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Diebowski, Kurt**, aus Lyck, Bismarckstraße 52, am 27. September  
**Hein, Johanna**, geb. **Salamon**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 27. September  
**Krabs, Edith**, geb. **Schröter**, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 24. September  
**Kuhr, Waltraut**, geb. **Böhnke**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 24. September  
**Lasberg, Brunhilde** de, geb. **Noreike**, aus Kahlau, Kreis Mohrunen, am 24. September  
**Muczanski, Richard**, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 24. September  
**Opitz, Elsbeth**, geb. **Neumann**, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 29. September  
**Piaszenski, Bruno**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 24. September  
**Radau, Heinz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 27. September  
**Richter, Siegmund**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 25. September

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Bernhardt, Irmgard**, geb. **Saborowski**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 24. September  
**Boettger, Gerda**, geb. **Reinhold**, aus Pomehnen, Kreis Fischhausen, am 29. September  
**Czytrich, Otto**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 29. September  
**Janzon, Walter**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 25. September  
**Jung, Gerda**, geb. **Wenzel**, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 26. September  
**König, Christel**, geb. **Duchna**, aus Neidenburg, am 25. September  
**Meyer, Ingrid**, geb. **Huwe**, aus Treuburg, am 29. September  
**Päger, Ruth**, geb. **Fröhner**, aus Seegertswalde, Kreis Mohrunen, am 27. September  
**Schulze, Richard**, aus Ringlacken, Kreis Wehlau, am 24. September

**Werner, Gerda**, geb. **Beyer**, aus Wohren, Kreis Ebenrode, am 25. September  
**Woost, Edith**, geb. **Sebrowski**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 28. September

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Chitralla, Gerhard**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 24. September  
**Dyk, Herbert**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 81, am 28. September  
**Eschmann, Karl-Hermann**, Landsmannschaft Schwarzenbek, am 28. September  
**Grabley, Hildegard**, geb. **Wembdzio**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 26. September  
**Katke, Erika**, geb. **Sbresny**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 27. September  
**Kolberg, Erwin**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 29. September  
**Kowalzik, Hans**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 24. September  
**Morgalla, Liesbeth**, geb. **Wembdzio**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 26. September  
**Seelhorn, Otto**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 29. September  
**Tauferner, Gudrun**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 25. September

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Bercz, Eitel**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 27. September  
**Drochner, Edith**, aus Moptau, Kreis Wehlau, am 24. September  
**Eschment, Ingeborg**, geb. **Huse**, aus Wehlau, am 25. September  
**Fischkal, Siegfried**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 25. September  
**Gnewuch, Willi**, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 30. September  
**Katzenski, Adolf**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 24. September  
**Keywski, Gustav**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 24. September  
**Krause, Karl-Heinz**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 26. September  
**Nikschik, Richard-Ewald**, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 25. September  
**Petricke, Paul**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 24. September

**Schachtschneider, Helmut**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 28. September  
**Thiemann, Traute**, geb. **Ratzlaf**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. September  
**Walendy, Ulrich**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 29. September  
**Wannags, Hildegard**, geb. **Kulesa**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 25. September  
**Weinknecht, Klaus**, aus Lyck, Yorkstraße 35 II, am 30. September

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Altherr, Christa**, geb. **Börger**, aus Mohrunen, am 29. September  
**Alzuhn, Alfred**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 25. September  
**Bardl, Magot**, geb. **Witulski**, aus Neidenburg, am 29. September  
**Borris, Willi**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 29. September  
**Bott, Liesbeth**, geb. **Dohmann**, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 24. September  
**Damme, Käthe**, geb. **Jenzewski**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 26. September  
**Fellerneier, Brigitte**, geb. **Strehl**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 28. September  
**Joswig, Fritz**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 27. September  
**Kamann, Ernst**, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 24. September  
**Kussat, Erwin**, aus Kiekwieden, Kreis Ebenrode, am 26. September  
**Lackas, Christel**, geb. **Komossa**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 24. September  
**Naddig, Hans**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. September  
**Nagel, Elsbeth**, geb. **Meyrath**, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 29. September  
**Reisberg, Ewald**, aus Schwalgen-dorf, Kreis Mohrunen, am 28. September  
**Steinhagen, Johanna**, geb. **Wenzek**, aus Großseedorf, Kreis Neidenburg, am 29. September  
**Tullney, Irmgard**, geb. **Borchert**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 26. September  
**Wiemer, Ursula**, geb. **Manz**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 26. September  
**Will, Ingrid**, geb. **Springer**, aus Wehlau, am 27. September

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Daniel, Anneliese**, geb. **Buchholz**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 27. September  
**Dzimbitzki, Walter**, aus Gerswalde, Kreis Mohrunen, am 29. September

**Erdtmann, Erhard**, aus Starkenberg, Kreis Wehlau, am 27. September  
**Hellriegel, Edith**, geb. **Kieselbach**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 30. September  
**Horn, Erwin**, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, am 30. September  
**Jährling, Peter**, aus Gubitten, Kreis Mohrunen, am 27. September  
**Jeroschewski, Horst**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 26. September  
**Kaminski, Anita**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 30. September  
**Klingauf, Elli**, geb. **Lerbs**, aus Goldbach, Kreis Mohrunen, am 28. September  
**Langhans, Günter**, aus Groß Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 25. September  
**Mahler, Elsbeth**, geb. **Schirmer**, aus Wehlau, am 27. September  
**Malessa, Willy**, aus Balden, Kreis Neidenburg, am 30. September  
**Neugebauer, Brigitte**, geb. **Kootz**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 26. September  
**Niemann, Gisela**, geb. **Stenneke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 28. September  
**Runz, Alfred**, aus Ebenrode, am 27. September  
**Skirde, Werner**, aus Rudau, Kreis Ortelsburg, am 25. September  
**Stadie, Brigitte**, geb. **Loewner**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 29. September  
**Stoldt, Helga**, geb. **Geschke**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 24. September  
**Timmermeister, Irmgard**, geb. **Kobialka**, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 27. September  
**Thomann, Ilse**, geb. **Kewitz**, aus Heiligenbeil, am 25. September  
**Zagromski, Manfred**, aus Ortelsburg, am 28. September

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Bajohr, Bernhard**, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 28. September  
**Biebersdorf, Hans-Georg**, aus Ortelsburg, am 30. September  
**Breitenstein, Ursula**, geb. **Köder**, aus Tilsit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 28. September  
**Brosch, Siegfried**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 28. September  
**Görtz, Hartmut**, aus Wehlau, am 29. September  
**Hammermeister, Ruth**, geb. **Begett**, aus Klaukinen, Kreis Fischhausen, und aus Neidenburg, am 27. September  
**Joswig, Günther**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 26. September  
**Kowitz, Hans-Georg**, aus Gordeiken-Gut, Kreis Treuburg, am 26. September

ANZEIGE

Am 23.9.2021 wird unsere Schwester und Schwägerin

*Astrid Piccinini*  
aus Nikolaiken/Ostpreußen

90 Jahre alt

Wir wünschen Ihr weiterhin gute Gesundheit.

*Ingrid, Sigrid, Sonja, Roman*

Jetzt wohnhaft 41812 Erkelenz, Am Hufeisen 15, Telefon 02431/5122

**Kurtz, Erwin**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 30. September  
**Manzau, Klaus**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 28. September  
**Nelz, Ingrid**, geb. **John**, aus Töltenninken, Kreis Wehlau, am 30. September  
**Piechotka, Erika**, geb. **Hamann**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 29. September  
**Sickendiek, Karin**, geb. **Höwele**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 25. September  
**Springer, Helga**, aus Romau, Kreis Wehlau, am 30. September  
**Tysarzik, Manfred**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 24. September  
**Wrede, Ekkehard**, aus Wehlau, am 24. September

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Schürle, Dorothea**, geb. **Boenigk**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 24. September  
**Stobbe, Diethart**, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 27. September  
**Wichert, Christel**, aus Magotten, Kreis Wehlau, am 29. September

Wirken Sie mit an der Stiftung.

Fürst Pöppel Privatbank  
IBAN: DE66 7203 0024 3001 8349 83  
BIC: FURKDE33

»Zukunft für Ostpreußen!«

## Zusendungen für die Ausgabe 40/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 40/2021 (Erstverkaufstag 8. Oktober) **bis spätestens Dienstag, den 28. September**, an die Redaktion der PAZ:  
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

## Kontakt

Angela Selke  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: selke@paz.de

## Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.  
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,  
E-Mail: info@ostpreussen.de

## Termine 2021 der Landsmannschaft Ostpreußen

**24. bis 26. September:** Geschichtsseminar in Helmstedt  
**11. bis 17. Oktober:** Werkwoche in Helmstedt  
**16./17. Oktober:** 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)  
**5. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)  
**6./7. November:** Ostpreußi-

sche Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)  
**7./10. November:** Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt  
**Auskünfte** erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.  
Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen.  
Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.  
Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:  
Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen  
Buchstraße 4  
22087 Hamburg  
**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



### Bayern

**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

### Monatsversammlung

**Nürnberg** – Dienstag, 28. September, 15 Uhr, Haus der Heimat, Nbg.-Langwasser: Monatsversammlung.



### Bremen

**Vorsitzender:** Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718

### Entenessen

**Bremen** – Mittwoch, 29. September, 12.30 Uhr, Hotel Robben Grolander Krug, Emslandstraße 30, Bremen-Grolland: Entenessen der Frauengruppe für 20,50 Euro pro Tellergericht mit verbindlicher Anmeldung bei Frau Richter, Telefon (0421) 405515. Teilnehmen kann jeder, der geimpft, genesen oder getestet ist (3G-Regel).



### Hessen

**Vorsitzender:** Ulrich Bonk  
**Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

### Wolfskinder

**Kassel** – Donnerstag, 7. Oktober, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140: Geschichten von Wolfskindern, Vortragende sind Bernd Brandes und Manfred Schweinehagen.

### Alle Treffen abgesagt

**Wetzlar** – Alle Treffen der Ortsgruppe Wetzlar für dieses Jahr müssen abgesagt werden. Fragen beantwortet der Vorsitzende Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de

### Erntedankfeier

**Wiesbaden** – Sonnabend, 25. September und 2. Oktober, je 15 Uhr, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Erntedank (25. September), Treffen (2. Oktober).

### Tag der Heimat

**Wiesbaden** – Die Feststunde zum „Tag der Heimat“ wurde wieder zusammen mit dem „Tag der Vertriebenen“ am Gedenkstein des Bundes der Vertriebenen (BdV) und Landsmannschaften im Stadtteil Kohlheck begangen, weil die übliche Feier im Haus der Heimat coronabedingt nicht stattfinden konnte. Beide Gedenktage, eingeleitet von einem jungen Trompetentrio, standen in diesem Jahr unter dem Leitwort „Vertreibung und Deportation ächten – Völkerverständnis fördern“. Flucht und Vertreibung in der Welt gingen immer weiter, sagte BdV-Kreisvorsitzender Manfred Laubmeyer bei seiner Begrüßung der Besucher – darunter Stadträtin Gaby Wolf (SPD) und Helga Skolik (CDU) – und unterstrich damit, wie aktuell das Leitwort zum Tag der Heimat sei.  
Das meinte auch Bundestagsabgeordneter Ingmar Jung in sei-

ner Gedenkrede, bezugnehmend auf die schrecklichen Ereignisse mit dem „Scherbenhaufen“ in Afghanistan, wo Flucht und Vertreibung noch täglich anschaulich seien. Vordringlich sei nun, möglichst viele Menschen vor den befürchteten Maßnahmen der neuen Machthaber zu retten. Jung lobte die Leistung der Heimatvertriebenen nach dem Krieg und hob deren Versprechen in der „Charta der Heimatvertriebenen“ hervor, auf Rache und Vergeltung zu verzichten. „Ein Viertel der Bürger Hesses sind einst Vertriebene. Hesses wäre ohne sie nicht das, was es heute ist“, betonte der Abgeordnete unter dem Beifall der Besucher. Zuvor hatte die in Königsberg i.Pr. geborene Helga Kukwa im Namen der Landsmannschaften im BdV Wiesbaden der Kriegsoffer gedacht und aufgerufen, im Blick nach vorne den Weg der Hoffnung zu gehen.

Im lyrischen Teil der Gedenkstunde, zu dem die Sprecherinnen der Landsmannschaften Schlesien, Pommern, Sudetenland und Ostpreußen beitrugen, las die Königsbergerin die Gedichte „Mutter Ostpreußen“ von Agnes Miegel und „Ännchen von Tharau“ von Simon Dach. Mit der gemeinsam gesungenen Nationalhymne unter Begleitung des Trompetentrios endete die Gedenkfeier. *Dieter Schetat*



### Mecklenburg-Vorpommern

**Vorsitzender:** Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

### Landestreffen verschoben

**Landesgruppe** – Das 25. Landestreffen der Ostpreußen muss leider um ein weiteres Jahr auf den 24. September 2022 in Schwerin verschoben werden.



### Niedersachsen

**Vorsitzende:** Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

### Treffen

**Oldenburg** – Mittwoch, 13. Oktober, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 38, 26122 Oldenburg-Eversten: Erntedank-Nachmittag ohne den sonst üblichen Basar, dafür mit Lesung von Erhard Brüchert „Windlopers – vier historische Erzählungen“. Brüchert ist Oberstudienrat, Autor vieler Hörspiele, Theaterstücke und Bücher, stammt aus Pommern. Anmeldung telefonisch unter (0441) 2047676 erforderlich. *Gisela Borchers*

### Versammlungsbericht

**Oldenburg** – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg traut sich wieder! Unter Berücksichtigung aller Maß-

nahmen gegen eine Corona-Infektion trafen sich 30 Mitglieder und Interessierte nach Anmeldung zu einem ostpreußischen Nachmittag. Wir hatten ein Thema aus der Oldenburgischen Vertriebenengeschichte aufgegriffen: Ein Film wurde gezeigt über die hiesige Hindenburg-Kaserne, die von 1946 bis 1957 Wohnort und Lebensmittelpunkt vieler deutscher Vertriebenen war. Diesem Thema widmete der Film der Oldenburg-Film GbR breiten Raum mit vielen Zeitzeugen-Interviews, worin sich auch einige Anwesende mit ihren Erinnerungen wiederfanden. Der Film thematisierte auch den Anfang und das Ende der Kasernenanlage, wo heute neben vielen Gewerbebetrieben auch ein neugebautes Gefängnis steht. Leider trauten wir uns noch nicht, zu singen. So wurde das Ostpreußen-Lied vorgetragen. *Gisela Borchers*



### Sachsen

**Vorsitzender:** Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

### Lehrerfortbildung

**Chemnitz** – Donnerstag, 7. Oktober, Kirchengemeinde St. Matthäus Kirche Altendorf: Lehrerfortbildung. Die Fortbildung soll den Lehrern für ihren Unterricht Handwerkszeug an die Hand geben zum Beispiel Erlebnisberichte in den Schulen und sechs Wanderausstellungen. Die Rollups sind schon jetzt im Internet unter Beauftragter der Vertriebenen und Spätaussiedler in Sachsen Jens Baumann zu sehen. Auch die Klassenstudienfahrten zu unserer Begegnungsstätte nach Knappenrode werden thematisiert.

### Erntedankfeiern

**Limbach-Oberfrohn** – 25. September, 14 Uhr, Esche-Museum, Sachsenstraße 3, 09212 Limbach-Oberfrohn: Erntedankfest. Die Landsleute und viele liebe Gäste sind dazu recht herzlich eingeladen. Die vorgeschriebenen Anordnungen und hygienischen Maßnahmen werden streng eingehalten. Mit Einschränkungen oder gar Absagen in der Coronazeit ist zu rechnen.

**Reichenbach** – Sonntag, 3. Oktober, 11 Uhr: Erntedankfest mit Chöretreffen.



### Schleswig-Holstein

**Vorsitzender:** Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

### Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

### Abgesagt

**Flensburg** – Sonntag, 3. Oktober: kein gemeinsamer Gottesdienst. Daher werden unsere Mitglieder gebeten, den Gottesdienst ihrer Heimatgemeinde zu besuchen.

### Wrukenessen

**Flensburg** – Mittwoch, 13. Oktober, 12 Uhr, Eckener Straße, TSB-Heim: Wrukenessen zum Tag der Heimat mit anschließendem Vor-



Der Kalender „Ostpreußen und seine Maler“ erfreut sich seit Jahren großer Beliebtheit. Die Bilder ostpreußischer Maler verzaubern jeden Betrachter der 50 mal 35 Zentimeter großen Kalendermonatsblätter. Für das Jahr 2022 hat sich Type & Art dem Thema „Alltag in Ostpreußen“ angenommen. Das Januarkalenderblatt zeigt Eduard Bischoffs „Pferdemarkt in Neidenburg“. Durch erhöhte Druck-, Papier- und Verarbeitungskosten musste der Kalenderpreis auf 25,50 Euro angehoben werden. Der Subscriptionspreis bis Ende September beträgt 23 Euro. Zu bestellen ist der Kalender bei **typeart satz&grafik GmbH**, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 557378-0, Fax(0231) 557378-20, E-Mail: info@typeart-dortmund.de *Foto: Type & Art*

trag. Anmeldung bitte bis zum 5. Oktober wie gewohnt an Frau Kunde unter Telefon (0461) 91170 oder Herrn Legies unter Telefon (0461) 32006.

### DRK-Suchdienst-Bericht

**Felensburg** – Am 8. September trafen sich über 30 Landsleute, um den Vortrag des Flensburger Stadtarchivars Schwensen zu hören, der über „75 Jahre DRK-Suchdienst“ vortrug.

Der Suchdienst war im Frühjahr 1945 durch zwei junge deutsche Offiziere in Flensburg gegründet worden und wuchs bald zu einer äußerst erfolgreichen Organisation an, der aus dem ganzen deutschen Reich Suchanfragen zugeschickt wurden.

Die Bearbeitung erfolgte in mühsamer Handarbeit durch ehrenamtliche Kräfte, die Daten sammelten und Heimkehrer wie Flüchtlinge und Vertriebene befragten. In kurzer Zeit wurden weit über eine Million Verschollene und Kriegsgefangene gemeldet, sodass die Arbeit kaum zu schaffen war. Die Einrichtung wurde als Suchstelle der Britischen Zone nach Hamburg verlegt, da Flensburg an der Peripherie Deutschlands zu ungünstig lag. Dort arbeiteten 500 Angestellte, in der zusätzlichen Niederlassung der US-amerikanischen Besatzungszone in München waren es 600, die auch die französische Zone abdeckten. Die Sowjets beteiligten sich mit Anfragen aus ihrer Besatzungszone leider nur unregelmäßig.

Im Laufe der Jahre entstand eine zentrale Namenskartei, die 1950 als fast 40-bändiges Werk gedruckt und Ende der 50er Jahre durch eine Bildliste ergänzt wurde. Bis heute arbeitet der Suchdienst weiter, da noch immer Anfragen von Hinterbliebenen oder deren Nachfahren kommen.

Schwensen zeigte auch zwei kurze Filme, einen über die Arbeit des Suchdienstes im Allgemeinen und einen anderen über die Suche verlorener Kinder nach ihren Eltern oder Angehörigen. Dieser letzte Film ging sehr ans Herz, und es grenzt an ein Wunder, dass von rund 300.000 verlorenen Kindern etwa 295.000 wieder mit ihrer Familie vereint werden konnten. Die Zahl von rund 5000 Kindern, die nicht zugeordnet werden konnten, bedrückt dennoch sehr.

*Michael Weber*

ANZEIGEN

Und die Meere rauschen  
den Choral der Zeit,  
Eiche steh'n und lauschen  
in die Ewigkeit.

Die Kreisgemeinschaft Fischhausen e. V.  
trauert um

**Klaus Lunau**  
\* 15. Juni 1930 † 12. September 2021  
Cranz Langenhagen

Wir müssen Abschied nehmen von unserem Freund, dem ehemaligen Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Fischhausen e. V. sowie dem ehemaligen Ortsvertreter von Cran. Für seinen unermüdeten Einsatz vor Ort sind wir ihm zu großem Dank verpflichtet. Wir werden sein Andenken immer in Ehren halten.

**Wolfgang Sopha**  
**Kreisgemeinschaft Fischhausen e. V.**

Weise mir, Herr, deinen Weg,  
daß ich wandle in deiner Wahrheit;  
erhalte mein Herz bei dem einen,  
daß ich deinen Namen fürchte.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer lieben Mutter, Schwiegermutter und Oma

**Ruth Staaks**  
geb. Losch  
\* 18. April 1936 † 7. September 2021  
Wilkenhof/Ostpreußen Hildesheim

**Heidi Friedrich geb. Staaks und Markus mit Jan und Henrik Dieter Staaks**

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet am Samstag, dem 2. Oktober 2021, um 12.00 Uhr auf dem Südfriedhof in 31141 Hildesheim statt.

Aus Gottes Hand empfang ich Leben.  
Aus Gottes Hand gestaltete ich mein Leben.  
In Gottes Hand gebe ich mein Leben zurück.  
(Augustus)

Fernab seiner geliebten Heimat Ostpreußen,  
ging ein langer Lebensweg zu Ende.

Wir trauern um unseren lieben Ehemann und Vater, einen tapferen und aufrichtigen Menschen, der in unserer Mitte friedlich eingeschlafen ist.

**Manfred Hofer**  
Zahnarzt  
\* 14.10.1927 † 29.08.2021

In Liebe und Dankbarkeit

**Dorothea Hofer  
Martina Hofer  
Stefan Hofer  
Thomas Hofer**

Wer ihn kannte, weiß was wir verloren haben.  
Witzhelden, den 4.9.2021



## ERINNERUNGORT

# Kind einer lebendigen Patenschaft

Das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen wird 40 Jahre alt

Da gibt es so viel! Was wollen Sie denn wissen?“ Der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, Wolfgang Freyberg, könnte tagelang von Ausstellungen berichten, die im oder vom Kulturzentrum Ostpreußen erstellt oder gezeigt wurden. An die Ausstellungseröffnung „Wilhelm Voigt aus Tilsit – Der Hauptmann von Köpenick“ erinnert sich Freyberg besonders gern, war doch der Berliner Schauspieler Jürgen Hilbrecht als Hauptmann zu Gast. Die Veranstaltung „Vor 60 Jahren: Als die Bomben fielen...“ mit dem Historiker Jörg Friedrich zog so viele Besucher an wie noch nie zuvor. Ebenfalls ein großer Erfolg war die Ausstellung „800 Jahre Deutscher Orden in seiner Residenz Ellingen“, zu deren Eröffnung der Historiker Udo Arnold und der Hochmeister des Deutschen Ordens zugegen waren.

Bevor in Ellingen das Kulturzentrum Ostpreußen seine Türen öffnen konnte, vergingen drei Jahre der Vorbereitung. Am 16. September 1978 übernahm der Freistaat Bayern die Patenschaft für die Landsmannschaft Ostpreußen (LO). Weil die LO für ihre kulturellen Exponate aller Art nicht genügend Platz hatte, und diese Lage sich noch zuspitzen würde, falls Heimatstuben aufgegeben werden müssten, sollte ein Ort mithilfe des Patenlandes Bayern gefunden werden. Das Deutschordensschloss aus dem 18. Jahrhundert, das unter der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen steht, im mittelfränkischen Ellingen wurde zum Sitz des neuzuschaffenden Kulturzentrums Ostpreußen. Zunächst wurden Räumlichkeiten im Erdge-

schoß des Westflügels hergerichtet. Aber die Fläche von 350 Quadratmetern für ein Büro, einen Verkaufsraum mit Lager und einer Bibliothek reichten schon bald nicht mehr aus. So wurden die beiden Obergeschosse für das „Schau-fenster“ Ostpreußens, wie Freyberg den Museumsteil des Kulturzentrums liebevoll nennt, renoviert, wodurch eine Gesamtfläche von 1500 Quadratmetern genutzt werden kann und auch wird.

Nach drei Jahren Vorbereitungen war es soweit: Das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen wurde mit vielen Ehrengästen, darunter auch der damalige Staatsminister für Arbeit und Soziales des Freistaates Bayern, Fritz Pirkel, feierlich eröffnet. „Es war ein glasklarer Herbsttag, strahlendblauer Himmel mit wenigen weißen Wölkchen. Die Bajuwaren sagten ‚ein typisch bayerischer Himmel‘, die Preußen meinten: ‚Es ist Kaiserwetter‘. Kein Wunder, denn SKH Prinz Louis Ferdinand von Preußen war auch einer der Ehrengäste.“ So beschreibt Silke Osman, damals noch Silke Steinberg, als Redakteurin des „Ostpreußenblattes“ bei der Eröffnung dabei, ihre Erinnerungen an den 25. September 1981 in Ellingen.

Das Kulturzentrum ist nicht in irgendeinem Gebäude, sondern im barocken Deutschordensschloss zu Hause. Das klingt imposant und ist es auch. Ellingen wurde seit dem Jahr 1216 sechs Jahrhunderte vom Deutschen Orden geprägt, bis dieser 1805 enteignet wurde. Danach ging das Schloss in den Besitz der Fürstenfamilie von Wrede (bis in die 1930er Jahre) über, die auch heute nicht nur mit dem Schloss, sondern auch mit dem Kulturzentrum verbunden ist, ist doch die



Fränkische Heimstatt für ostpreußisches Kulturgut: Der Westflügel des Ellinger Deutschordensschlosses beherbergt seit 1981 das Kulturzentrum Ostpreußen  
Foto: Kulturzentrum Ostpreußen

Vorsitzende des Fördervereins Kulturzentrum Ostpreußen Katharina Fürstin v. Wrede.

Bereits gleich nach der Eröffnung wurden zahlreiche Sonderausstellungen auf die Beine gestellt, darunter zählen „250 Jahre Trakehnen“ (1982), „Ostpreußens Orden und Ehrenzeichen“ (1984).

Seit dem 1. Februar 1985 leitet Freyberg das Kulturzentrum Ostpreußen und ist noch heute sein Direktor. Im Juni 2020 gab der PAZ ein Interview, in dem er auf die Frage, weshalb Ostpreußen denn gleich zwei Museen habe, antwortete: „Als das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen 1981 ins Leben gerufen

wurde, hat es das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg unter diesem Namen und in diesem Gebäude noch gar nicht gegeben. Auch die Trägerschaft beider Häuser war damals noch getrennt. Das Kulturzentrum ist ein Kind der Patenschaft des Freistaats Bayern für die Landsmannschaft Ostpreußen.“

Der Ausstellungsbereich für die Dauer- und Wechselausstellungen bildet eine der drei Abteilungen und wird durch das Archiv und die Bibliothek ergänzt. „Eine besondere Stärke unserer Arbeit sind die Wanderausstellungen, aber auch Dauerausstellungen zu vielfältigsten ostpreußischen Themen, die wir inzwischen auch auf Polnisch, Russisch und Litauisch haben“, freut sich Freyberg.

So wurde der Anfrage des polnischen Bürgermeisters von Stuhm entsprochen und eine Ausstellung zur Geschichte dieser Stadt entwickelt. „Diese Ausstellung“, berichtet der Direktor weiter, „war die Initialzündung für unsere ganze Arbeit mit polnischen Kultureinrichtungen.“ Die Arbeit im russischen Teil Ostpreußens sei viel leichter gewesen: „Sie waren froh, Material an die Hand zu bekommen“, erinnert sich Freyberg und schwärmt von der Aufbruchstimmung in den frühen 90er Jahren, als er zum ersten Mal nach Königsberg reiste.

Zu sehr vielen Ausstellungen, die nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland gezeigt werden, sondern auch östlich der Neiß,

gibt es Broschüren, Hefte und Kataloge, oft sind sie zweisprachig. Zu einem echten Verkaufsschlager, verrät Freyberg, zählt der zweisprachige Katalog über die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen im Jahre 1920 als Folge des Versailler Vertrags.

In Ostpreußen wird gern gefeiert und im Kulturzentrum Ostpreußen ebenfalls. So gibt es nicht nur Feste zu Ostern, sondern auch zu anderen Jubiläen. Doch leider verhindert Corona eine Feier in diesem Jahr. Waren zum 30. Bestehen des Kulturzentrums neben dem ganztägigen freien Eintritt und einem umfangreichen Rahmenprogramm der Vortrag von Professor Frank-Lothar Kroll zu „Mythos Friedrich – Preußens größter König in der deutschen Erinnerungskultur“ und Klaus Weigels Vortrag zu Ernst Wiechert geboten, so ist an diesem Wochenende nur der reguläre Museumsbetrieb möglich. Dafür, so verrät der Direktor, wird gerade ein Heft erstellt, das auf 40 Jahre Kulturzentrum Ostpreußen zurückblickt. Vermutlich wird es Ende des Jahres zu erwerben sein.

Wer nun Lust bekommen hat, sich vom ostpreußischen „Schau-fenster“ selbst ein Bild zu machen, kann das während der Öffnungszeiten Dienstag bis Sonntag von 10 bis 12 Uhr und 13 bis 17 Uhr, und zwar in den Monaten April bis September tun. In den Monaten Oktober bis März öffnet das Kulturzentrum Ostpreußen in der Schloßstraße 9, 91792 Ellingen in Bayern dienstags bis sonntags von 10 bis 12 Uhr und von 13 bis 16 Uhr.

Die zahlreichen Publikationen können über die Internetseite [www.kulturzentrum-ostpreussen.de](http://www.kulturzentrum-ostpreussen.de) bestellt werden. CRS

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:  
Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-03-R



## Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser  
ostpreußisches  
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

KONRAD THEODOR PREUSS

# Viele Quellen führen zu Wissen

Der in Preußisch-Eylau geborene Wissenschaftler zählt zu den Mitbegründern der modernen Ethnologie

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am Oberlauf des Río Magdalena im südkolumbianischen Departamento del Huila befindet sich das einstige Zentrum der San-Agustín-Kultur, die von etwa 3300 v. Chr. bis 1530 n. Chr. existierte und im Zeitraum zwischen 200 vor und 700 nach Christi monumentale Steinfiguren mit beeindruckenden Götter- und Dämonendarstellungen von bis zu vier Metern Höhe hervorbrachte. Zu den ersten Wissenschaftlern, die hier Ausgrabungen vornahmen, zählte Konrad Theodor Preuss. Dabei weilte der gebürtige Ostpreuße zwar nicht als Archäologe in San Agustín, sondern als Völkerkundler, doch gehörte es zu seinem fachlichen Credo, vielerlei Quellen zu nutzen, wenn es um die Erforschung der Glaubens- und Vorstellungswelt mittelamerikanischer Völker ging. Das machte Preuss zu einem Mitbegründer der modernen Ethnologie.

Der spätere Lateinamerika-Experte kam am 2. Juni 1869 in Preußisch Eylau auf die Welt und studierte in Königsberg und Berlin Geographie, Geschichte und Völkerkunde. Seine Ausbildung schloss er 1894 mit einer Promotion über „Die Begräbnisarten der Amerikaner und Nordasiaten“ ab. Damit beschränkte Preuss erstmals den Weg der Amerikanistik und Vergleichenden Religionswissenschaft, den er zeitlebens nicht mehr verlassen sollte. Entscheidenden Anteil daran hatte seine Anstellung am Königlichen Museum für Ethnologie in Berlin-Dahlem, wo der Nachwuchswissenschaftler 1900 zum Assistenten des Begründers der deutschen Mexikanistik



Der Ethnologe Konrad Theodor Preuss mit zwei seiner Ausgrabungsfunde: Links eine tierische Steinfigur mit gekrümmten Fingern, rechts eine männliche Figur mit Hammer, Meißel und animalen Reißzähnen. Die Deutsche Digitale Bibliothek hat sich zum 100. Jubiläum mit Preuss und seiner Forschung auseinandergesetzt und dabei auch die Tonaufnahmen online gestellt



und Erforschers der Maya-Schrift Eduard Seler aufstieg. Deshalb führte seine erste Forschungsreise fast zwangsläufig in die mexikanische Sierra Madre Occidental. Dort erkundete Preuss von 1905 bis 1907 die Sitten, Gebräuche und Mythen der Cora und Huicholes. Dabei hielt er sich monatelang bei indigenen Gruppen auf und studierte eingehend deren Sprache. Nach der Rückkehr wurde der fachlich nunmehr bereits hoch angesehene Forscher 1908 Nachfolger Seler als Kustos der Amerika-Abteilung sowie 1912 des Weiteren Professor an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität.

Mit der nächsten großen Expedition wollte Preuss ein neues Arbeitsfeld erschließen und sich zugleich auch von sei-

nem wissenschaftlichen Ziehvater Seler emanzipieren. Deshalb wählte er als Ziel Kolumbien aus. Am Anfang der Erkundungen standen die eingangs erwähnten Ausgrabungen in der Region von San Agustín, die vom 20. Dezember 1913 bis zum 30. März 1914 dauerten. In diesem Zeitraum entdeckte Preuss ein Dutzend bislang unbekannteste Steinskulpturen. Anschließend zog es ihn ins kolumbianische Amazonas-Gebiet und in die unwegsame Sierra Nevada de Santa Maria, wo er zunächst Feldforschungen beim Stamm der Uitoto und hernach auch bei den Kágaba durchführte. Dabei sammelte Preuss bis zum April des Jahres 1915 eine Unmenge von Material über diese Völkerschaften, darunter sogar Tonaufnahmen.

Da inzwischen der Erste Weltkrieg ausgebrochen war, konnte der Ethnologe zunächst nicht in die Heimat zurückkehren. Die Wartezeit in dem Städtchen La Esperanza nutzte er zur Aufarbeitung seiner Aufzeichnungen und Vorbereitung von Publikationen. Hierzu zählten vor allem die je zwei Bände von „Religion und Mythologie der Uitoto“ und „Forschungsreise zu den Kágaba Beobachtungen, Textaufnahmen und sprachliche Studien bei einem Indianerstamme in Kolumbien, Südamerika“, die zwischen 1921 und 1927 erschienen. Ansonsten sorgte Preuss, der ab 1919 wieder in Berlin weilte, auch noch für die Übersendung von insgesamt 35 kleineren Statuen aus San Agustín an das Museum in Dah-

lem. Dabei umging er das Ausfuhrverbot der kolumbianischen Regierung kurzerhand dadurch, dass er die kulturhistorisch wertvollen Objekte fälschlicherweise als „Mineralien“ deklarierte.

Ab 1920 bekleidete Preuss den Posten des Direktors der nord- und mittelamerikanischen Abteilung, den er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1934 innehatte. In dieser Eigenschaft veröffentlichte er nicht nur seine Forschungsberichte, sondern auch andere Standardwerke wie „Tod und Unsterblichkeit im Glauben der Naturvölker“ (1930), „Der religiöse Gehalt der Mythen“ (1933) und „Lehrbuch der Völkerkunde“ (1937). Darin vertrat er konsequent die Ansicht, dass es keinen grundsätzlichen Unterschied im Denken und Fühlen von primitiven Naturvölkern und hochentwickelten Kulturvölkern gebe. In diesem Zusammenhang setzte er sich auch kritisch mit dem Konzept des mythischen beziehungsweise magischen Denkens auseinander und postulierte aufgrund seiner eigenen Erfahrungen in Lateinamerika ein untrennbares Nebeneinander von prälogischen und rationalen Denkweisen. Ebenso widersprach Preuss den Thesen zum Hochgottglauben bei Naturvölkern, denen zufolge sich bereits in einfachen Naturreligionen eine „Uroffenbarung“ des christlichen Gottes ankündige.

Preuss blieb auch als Ruheständler Mitglied der Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte. Im Jahre 1938 wählte sie ihn zum Vorsitzenden. Unmittelbar nach dem Erhalt der entsprechenden brieflichen Nachricht erlag Konrad Theodor Preuss am Morgen des 8. Juni 1938 einem Herzanfall.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Intuitive Verzahnung im Isergebirge

Eine Künstlerkolonie wehrt sich gegen die These des totalen Bruchs von 1945

In 600 Metern Höhe erstreckt sich das Dorf Seiferschau [Kopaniec] im niederschlesischen Isergebirge, ganz in der Nähe des Riesengebirges. Etwa 400 Menschen leben heute dort. Trotzdem ist das Dorf landesweit bekannt. Seit der „Wende“ haben sich dort Künstler angesiedelt. Doch als Künstlerkolonie sehen sie sich nicht. Dafür würde im Moment zu wenig Gemeinsames geschaffen, sagt der Maler und Fotograf Leszek Róžański, der mit seiner Ehefrau Agata, einer Keramikünstlerin, als erster Künstler nach Seiferschau gezogen war und die Welle lostrat.

Noch in den Nullerjahren sei dies anders gewesen, sagt er. „Damals hatten wir den Verein Seiferschau gegründet und die Vereinigung ‚Neue Mühle‘ – als Fortführung der deutschen Künstlerkolonie St. Lukas in Schreiberhau [Szklarska Proęba]. In Seiferschau hatten wir Bühnenauftritte, Konzerte und Kunstworkshops durchgeführt. Das dauerte etwa sieben Jahre lang, bis sich einige von uns dann wieder in alle Welt verstreuten“, so Róžański, der mit seiner Ehefrau seit 2010 die Galerie Kozia szyja (Ziegenhals) betreibt. Der Name kommt vom nahegelegenen gleichnamigen Berg.

Die Brötchen für die betriebene Ferienwohnung verdient Leszek als Geschichtslehrer in der dörflichen Grundschule. „Ich hatte immer schon einen Faible für Geschichte. Als wir 1990 nach drei Jahren des Pendelns zwischen Breslau und Seiferschau endgültig hierher umgezogen, wurde mir eine Lehrerstelle angeboten“, so Róžański.



Kunst am Lattenzaun: Seifershaus Freiluftgalerie

Foto: C. W. Wagner

Die beiden Breslauer verbrachten ihre Ferien häufig in Seiferschau. „1987 erhielten wir einen Anruf eines polnischen 80-jährigen Seiferschauer mit dem Angebot, sein Grundstück mit zwei fast verfallenen Häusern zu kaufen. Wir haben damals noch studiert, hatten kein Geld und wussten noch gar nicht, was wir einmal machen wollen. Aber eines war uns klar

– solch ein Angebot kommt nicht so schnell wieder“, erinnert sich Róžański. Der Kaufpreis entsprach damals einem Farbfernseher, für die Kunststudenten viel Geld. Ihre Eltern griffen ihnen unter die Arme und sie kauften das Grundstück samt Ruinen. Die ersten drei Jahre verbrachten sie mit der Sanierung des Wohnhauses. Später konnten sie das bereits vor

dem Krieg durch einen Brand beschädigte Fachwerkhaus sanieren und darin die Galerie und Ferienwohnung einrichten.

Die Galerie lebt vom Tourismus und den Keramikworkshops, die Agata anbietet. Leszek erforscht neben dem Unterrichten und seiner Malleidenschaft die Geschichte der Gegend. Es hat ihn stets gewundert, dass das Lernprogramm seiner Grundschüler zum Beispiel nichts über den Dreißigjährigen Krieg beinhaltet und das Thema Schlesien im Mittelalter mit Kasimir dem Großen endet. So schafft Róžański Lernhilfen eben selbst.

Für ihn bildet 1945 keine Zäsur für Seiferschau, weil bereits 1945, noch während der Vertreibung der Deutschen, erste Polen ins Dorf kamen und sich durch das kurzzeitige Zusammenleben ihr Schicksal verzahnte. „Bis heute gebrauchen die älteren Anwohner die Bezeichnungen ‚Hexenplatz‘ nicht ‚Babia przełęcz‘ oder sie sprechen vom ‚Ramberg‘ und nicht von ‚Międzyzylesie‘“, sagte der Autor des polnischsprachigen „Kalendarium Seiferschau. Eine nicht komplette Zusammenstellung wichtiger und völlig unwichtiger Ereignisse“ und des Erzählungsbandes „Opowieści ostateczne“ (Endgültige Erzählungen). Letzteres ist ein Gemeinschaftswerk der Seiferschauer Künstler. Die damals zehnjährige Kalina, Tochter des Fotografen Jacek Jaško, hat das Buch illustriert, und auf einer beigefügten CD sind Vertonungen von Piotr Syposz zu hören.

Syposz ist ein Studienfreund der Róžańskis und lebt seit zwei Jahrzehnten

im Ort. Der Fotograf, Musiker und Instrumentenbauer kaufte und sanierte den Seiferschauer Gasthof zur Post aus dem 18. Jahrhundert und betreibt darin ein Atelier und Begegnungshaus vor allem für Mittelalterfreunde. Dass er nach Seiferschau zog, müsse höhere Macht sein, sagt er. „Leszek erzählte mir von einem wiederkehrenden Traum. Darin besteigen wir den Hohenstein. Nachdem ich dieses Haus kaufte, erfuhr ich, dass auch dieses zu deutscher Zeit ‚Hohenstein‘ genannt wurde. So ist Leszeks Traum in Erfüllung gegangen“, schmunzelt Syposz.

Er pflegte eine Freundschaft zur deutschen Alteigentümerin des Hauses Hohenstein, die kürzlich verstarb. Als sie zum ersten Mal das Atelier von Syposz betrat, musste sie staunen. „Sie rief: ‚Grüne Wände! Woher wusstest du, dass hier einst unser Billardraum war?‘ Ich wusste es nicht, es war Intuition“, so Syposz.

Man muss die Ateliers der Seiferschauer Künstler gar nicht betreten, um ihre Arbeiten zu sehen. Jaško hatte einst seine Bilder auf dem Lattenzaun des Dorfschulzen aufgehängt. Dort zwischen der Kirche und der einzigen Kreuzung im Ort sollten sie die Dorfbewohner und Touristen ansprechen. Der Lattenzaun hat längst seinen Besitzer gewechselt, doch er dient immer noch als Freilichtgalerie. Mittlerweile hängen darauf auch Arbeiten von Jaškos Freunden aus Seiferschau, Hirschberg [Jelenia Góra], Lauban [Lubań] und Bunzlau [Bolesławiec].

Chris W. Wagner

## HINTERPOMMERN

## Sommerreise durch Hinterpommern

Station Schneidemühl – einst Bahnknotenpunkt der Ostbahn und Luftschiffhafen



Malerisch im Grünen – der Küddowbogen in Schneidemühl

Foto: Kleczewski

VON BRIGITTE KLESCZEWSKI

Die Städte erreichten wir auf dieser Reise mit Bahn und Bus. Im Sommer 2021 fiel uns auf, dass heute mehr junge Polen, von uns aus gesehen die Enkel- oder Kindergeneration, Deutsch sprechen können. In den ersten Jahren traf dagegen der deutsche Nostalgietourist nur einige ältere Polen, die sich freuten, wieder auf Deutsch plaudern zu können.

Nach Schneidemühl gelangten wir per Bahn von Braunschweig aus über Berlin und Frankfurt/Oder. Erstaunlich war, dass an diesem Bahnknotenpunkt an der früheren Ostbahn kein Taxisstand zu finden war. Hilfe erfuhren wir jedoch in der Ca-

feteria des Bahnhofes. Im Hotel Gromada fühlten wir uns deshalb so wohl, weil wir während unseres gesamten Aufenthaltes fachkundig an der Rezeption beraten wurden. Besonders eine ältere Angestellte freute sich, ihr Wissen über ihre Heimatstadt Pila, so der polnische Name für Schneidemühl, weitergeben zu können.

**Goerdeler kam aus Schneidemühl**

Pila wäre schon vor der deutschen Besiedlung um 1380 ein slawisches Fischerdorf auf der Ostseite des Küddow-Flusses gewesen. Erstaunlich war, dass sie den Widerstandskämpfer und Juristen Carl Friedrich Goerdeler erwähnte. Goerdeler wurde 1884 in Schneidemühl geboren. Nach dem missglückten Attentat auf Hit-

ler am 20. Juli 1944 wurde der Widerstandskämpfer, der als Reichskanzler vorgesehen war, am 2. Februar 1945 von den Nationalsozialisten in Plötzensee gehängt.

Sie machte uns auch auf das größte Kruzifix Europas in der St. Antonius Kirche aufmerksam, das wir später besichtigten. Vom Fenster unseres Hotelzimmers sahen wir einen großen Schleifenbogen der Küddow, auf dem ein Schiffsrestaurant zu sehen war. Hier genossen wir am ersten Abend die beliebte polnische Jurek-Suppe aus einem großen Brötchen.

**Seit 1938 zu Pommern**

Schneidemühl wurde erst 1938 eine pommerische Stadt. Damals wurde der nördlich

gelegene Teil der früheren Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen zusammen mit den Kreisen Arnswalde und Friedeberg als neuer Regierungsbezirk der Provinz Pommern hinzugefügt. Aus der bisherigen Provinzhauptstadt wurde eine neue Hauptstadt eines Regierungsbezirks in Pommern. Die Regierungsgebäude und das Rathaus sind in der bei Kriegsende schwer zerstörten Stadt erhalten geblieben.

Um die Kirche der Heiligen Familie stehen noch einige Häuser aus der deutschen Zeit, die mit roten aus Lehm gebrannten Ziegeln bedeckt sind und kompliziert erbaute Dächer besitzen. Fledermausgauben bringen Licht in ihre Dächer.

Wir statteten der St. Antonius Kirche einen Besuch ab und sahen das sieben Meter hohe Kruzifix. Die Kirche wurde im Bauhausstil in den Jahren von 1928 bis 1930 von dem Architekten Hans Herkommer erbaut. Das Kruzifix schuf Berthold Müller aus Oerlinghausen.

Sehenswert ist das Distrikt Museum, das Unterkunft in einem Haus, erbaut um 1875 in italienischer Architektur, gefunden hat. Es soll jetzt das älteste Haus in Schneidemühl [Pila] sein. Von 1934 bis 1939 war es Sitz des Polnischen Konsulats. Beeindruckt hat mich hier eine Schau-Gruppe in einer Vitrine. Sie zeigt sozusagen das Ende der deutschen Stadt Schneidemühl durch drei Soldaten. Es sind ein russischer, ein deutscher und ein polnischer Soldat.

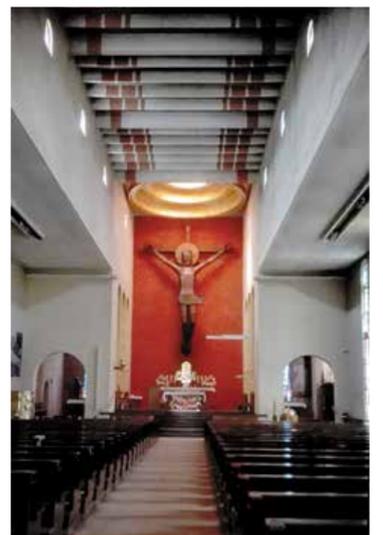
Immer wieder erstaunt mich, dass das blaue Großmütterchen Porzellan, ein beliebtes, alltägliches Geschirr aus meiner Kindheit, in den polnischen Museen liebevoll ausgestellt wird.

Unsere nächste Station ist Rummelsburg (Fortsetzung folgt).

● **Info** <http://www.schneidemuehl.net>  
Die Patenstadt ist Cuxhaven



Die Bauhauskirche „St. Antonius“ (oben) mit dem höchsten Kruzifix Europas (unten) Fotos Kleczewski



## IM STRELASUND

## Peter Kreeft beeindruckte den Schwedenkönig

Stralsunds Nautineum zeigt den Nachbau eines frühen Tauchgeräts aus Barth

Vorpommern besitzt in der Hansestadt Stralsund in Hafennähe ein modernes Meeresmuseum, das seit seiner Eröffnung zur Touristenattraktion gedieh und Besucher aus aller Welt anzieht. Seit 1999 gibt es auf der Insel Dänholm bei Stralsund mit dem Nautineum zusätzlich eine Außenstelle, die auf einer rund zwei Hektar großen Ausstellungsfläche ein vielgestaltiges Angebot bereithält. Das reicht von der Meeresforschung, Hydrographie und Fischerei, zeigt einen Überblick der bekannten Seewasserstraßen mit historischen Schiffswracks bis hin zu Zeesensbooten und Forschungstauchbooten.

Nach der jüngsten Wiedereröffnung der Außenstelle in Konsequenz der Corona-Pandemie zeigt das Nautineum eine neue Attraktion. Das ist der „originalgetreue Nachbau“ einer frühen „Tauchermaschine“, die der lange vergessene Tauchpionier Peter Kreeft aus Barth in Vorpommern vor über 200 Jahren entwickelt und dem damaligen Schwedenkönig vorgeführt hatte. Moderne Tauchhistoriker wiesen inzwischen nach, dass der Erfinder aus Barth damit die Entwicklung moderner Taucherausrüstungen auf den Weg brachte. Der Nachbau der Kreeftschen Erfindung ist jetzt im Nautineum zu besichtigen.

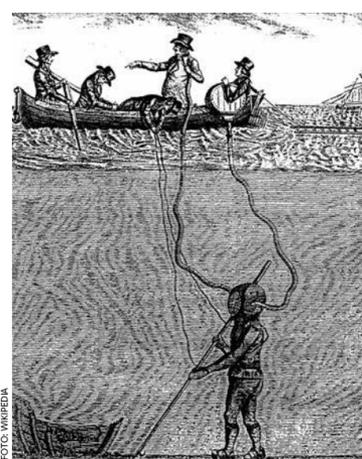
Der erste maßgebliche Erfinder der Tauchergeschichte war Marianus Jaco-

bus, der im 15. Jahrhundert einen Taucheranzug mit Helm beschrieb. Ihm folgte um 1500 Leonardo da Vinci mit einer Weiterentwicklung. Um 1797 erreichte dann Karl Heinrich Klingert aus Schlesien mit seinem Taucheranzug Aufsehen, der damit unter Wasser wirksam werden konnte und Peter Kreeft in Vorpommern zu eigenen Versuchen anregte.

Dank der Nachforschungen von Jens-Peter Clausen im Jahr 2010 konnten die Lebensdaten für den Erfinder aus Barth inzwischen konkretisiert werden. Demnach wurde Kreeft Anfang Februar 1739 in Wieck auf dem Darß geboren und danach am 9. Februar 1739 als „Sohn des Stoffer Kräfften von Wike“ in der Seemannskirche von Prerow getauft. Er heiratete 1766 Magdalena Elisabeth Tietzen aus Rostock, wurde 1780 Bürger der Stadt Barth und erlangte zunächst als Schiffer und Kaufmann größeren Wohlstand.

Interessant ist der Umstand, dass in der Seemannskirche von Prerow und in der St.-Petri-Kirche in Rostock zwei Votivschiffe mit dem Hinweis auf Peter Kreeft überliefert sind. Prerow war sein Hochzeitsort und Rostock der Herkunftsort seiner Frau.

Der Schiffer und Kaufmann wurde schon 1782 auch als Reeder geführt, kümmerte sich per Ausarbeitung einer neuen „Speiseordnung“ um die Verbesserung



Seinen Taucheranzug soll Kreeft zwischen dem 18. und dem 23. Juli 1800 dem König Gustav IV. Adolf von Schweden in Stralsund vorgeführt haben

der Verpflegung auf Schiffen und war offenkundig auch technisch sehr interessiert. Er beschäftigte sich wohl schon früh mit der Entwicklung einer Tauchhilfe. Klingerts Versuche inspirierten ihn nach 1797 zu einer Weiterentwicklung und eigenen Tests.

Diese Tests waren am Ende durchaus erfolgreich. Kreefts Helmtauchergerät besaß einen lederbezogenen Metallhelm

und eine große Sichtscheibe. Das ermöglichte die Verständigung zwischen dem Taucher sowie seinen Helfern über der Wasseroberfläche und bewährte sich bei Meeresgrundwanderungen sowie -untersuchungen sowie bei der Bergung der Ladung eines gesunkenen Schiffes. Kreeft sorgte damit für großes Aufsehen, weckte das Interesse von Gustav IV. Adolf, der damals als Schwedenkönig auch über Vorpommern gebot.

Im Juli 1800 führte er seine „Tauchermaschine“ in Stralsund der Öffentlichkeit vor, die den Monarchen stark beeindruckte. Darüber wurde ein Bericht verfasst, der große Bekanntheit erlangte, später allerdings in Vergessenheit geriet. Erst der Tauchhistoriker Michael Jung holte den Bericht aus dem Staub der Geschichte hervor und sorgte zuletzt für eine größere Verbreitung, die das öffentliche Interesse an dem Erfinder Peter Kreeft aus Barth weckte.

Jens Peter Clausen erkundete die konkreten Lebensdaten. Das Vineta-Museum in Barth sorgte für eine erste Ausstellung. Dazu gesellte sich der Nachbau der „originalgetreuen Tauchermaschine“, die jetzt im Nautineum auf der Insel Dänholm im Strelasund ausgestellt ist.

Der Erfinder und Tauchpionier Kreeft starb nach den Erkundungen Clausens im kirchlichen Sterberegister von St. Martin

und in den Einwohnerlisten Barth am 20. Januar 1811 in Barth, wo er auch seine letzte Ruhe fand. Sein Sohn Christoph fungierte zu dieser Zeit als Generalkonsul von Mecklenburg-Schwerin in London. Inzwischen wird Peter Kreeft zu den 50 berühmtesten Persönlichkeiten Pommerns gerechnet. *Martin Stolzenau*

● **Info** Auf der Seite [www.nautineum.de](http://www.nautineum.de) liest man: Das Nautineum auf dem Dänholm lädt nach einem Jahr Corona-bedingter Schließung wieder zum Entdecken der Ausstellung ein – mit einem der ältesten Tauchgeräte der Welt, Modellen von Fischereifahrzeugen und neuen maritimen Kunstwerken. Bereits zum Internationalen Museumstag im Frühjahr 2019 präsentierten die Historische Tauchergesellschaft e. V. und das Deutsche Meeresmuseum einen neuen, originalgetreuen Nachbau der sogenannten Kreeftschen Tauchmaschine. Damals testeten die Initiatoren die Taucherausrüstung öffentlichkeitswirksam in einem Tauchcontainer vor dem Ozeaneum. Nun erweitert der Nachbau das Thema „Geschichte des Tauchens“ anschaulich in der Dauerausstellung des Nautineums. Das Vorbild fertigte vor rund 200 Jahren der Barther Kaufmann und Reeder Peter Kreeft an, um die Ladung eines gesunkenen Schiffes zu bergen.

# „Wer auf Vernunft setzt, wird maßlos enttäuscht“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ihre Zeitung erweitert meinen Horizont und trägt zu meiner Meinungsbildung abseits des Mainstream-Journalismus bei“

Michael Kümmel, Bremen



Ausgabe Nr. 36

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## ARGUMENTE GEGEN IMPFUNG ZU: SPAHN DEFINIERT ENDPUNKT (NR. 36)

Die hier wiedergegebene Meinung, dass ein weiteres Testen der Geimpften nicht weiter durchzuhalten sei, blendet vollkommen aus, dass es durchaus ernst zu nehmende Argumente gegen eine Impfung gibt. Zudem wird geflissentlich verheimlicht, dass es bereits eine Reihe von Impftoten gibt. Allein in meinem Bekanntenkreis sind bereits zwei Personen infolge der Impfung verstorben. Sind die Geimpften wirklich besser geschützt?

Ilona Dubalski-Westhof, Radevormwald

## REALER RENTENVERLUST ZU: WIRKLICH NUR EIN TEMPORÄRES PROBLEM? (NR. 36)

Gut erklärt (Thema über Inflation, d. Red.), aber bei der Rente ist etwas ergänzungsbedürftig: Seit 14 Jahren gab es im Durchschnitt 1,4 Prozent Rentensteigerung pro Jahr bei gleichzeitiger Inflation von zwei bis zu sechs Prozent real. Wollte die Politik diesen Kaufkraftverlust ausgleichen, müssten sofort 40 Prozent Rentenanpassungen vorgenommen werden.

Beispiel: 830 Euro Rente vor 14 Jahren sind heute 1000 Euro monatlich. Falls man in die Private Krankenversicherung (PKV) gezwungen wurde: AXA erhöhte in diesen Jahren pro Jahr durchschnittlich um neun bis zehn Prozent. Das heißt damals Abzug für PKV zirka 38 Prozent, heute gehen 58 Prozent der Rente an die PKV. Das ist so gewollt, da die Zahler mit den Beiträgen Milliarden Euro Körperschaftsteuern, Dividenden mit der Kapitalertragssteuer, Gewerbesteuern und – weitgehend unbekannt – sowie eine Zwangsabgabe aller PKV an die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) mitzahlen. Schätzung: mindestens 20 Milliarden Euro pro Jahr. Das waren mal die „Überschüsse“ der GKV.

Eine noch dümmere Politik zulasten Millionen Menschen mit meist schwachen Renten ist nicht vorstellbar. Die Hilfs-

losigkeit von Politik zeigt sich in so seltenen Sprüchen (Olaf Scholz): Die Renten sollen stabil bleiben. Wo? Natürlich durch Nichterhöhungen in der Beitragskasse. Wo die Rentner mit schwindender Kaufkraft bleiben, ist egal.

A. W. Scheer, Schneverdingen

## DIE ZUKUNFT SIEHT DUNKEL AUS ZU: EPOCHALE ZEITENWENDE (NR. 34)

Nach meinem Gefühl hat der gesamte Westen wieder einmal restlos versagt. Die Fehleinschätzungen sind aber leider keine Seltenheit. Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es nur noch Niederlagen. Ob in Asien oder Afrika – überall falsche, strategische Einschätzungen. Mit diesem Desaster in Afghanistan hat das Vertrauen in unsere Demokratie sehr gelitten, ja es hat sogar schweren Schaden verursacht. Wir nehmen zur Kenntnis: Diese Regierung hat gestern Fehler gemacht, sie macht heute Fehler, und wir wissen nicht, welche sie morgen machen wird. Die Zukunft sieht dunkel aus.

Durch die Dramatik in Afghanistan und Kabul wird nun deutlich, was das deutsche Volk im Zweiten Weltkrieg mitgemacht hat, von der Regierung aber heruntergespielt wird. Über 14 Millionen Menschen mussten flüchten oder wurden ausgewiesen, dabei kamen über vier Millionen ums Leben. Die auf der Flucht in Richtung Westen waren, kamen in den Bombenhagel der Alliierten hinein. Das hatte nichts mit Kriegsführung gegen die Nationalsozialisten zu tun. Hier sollte das deutsche Volk vernichtet werden.

Insbesondere Russland kümmert es gar nicht, was der Westen will. Der frühere Botschafter der Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland, Walentin Falin, sagte einmal: Es gibt auf der ganzen Welt keine funktionierende Demokratie ... Und deswegen brauchen wir bei uns nichts ändern. „Rette sich wer kann!“ Das habe ich als elfjähriger Flüchtling aus Ostpreußen schon einmal gehört.

Siegfried Petrikowski, Steinwiesen

## PRIVATE PANZERFÜHRER ZU: PANZER-VERKAUF IN DIE USA (NR. 33)

Die Meldung (über einen verurteilten Sammler von Weltkriegswaffen, d. Red) treibt mir die Zornesröte auf die Stirn. In Linz am Rhein gibt es einen Baumdienst, dessen britischer Inhaber einen 52 Tonnen schweren englischen Centurion-Kampfpanzer nicht etwa in einem Untergeschoss seines Anwesens versteckt, sondern öffentlich – ausdrücklich als Publikums-magnet bezeichnet – zur Schau stellt. Selbstverständlich gibt es in diesem Fall weder ein Verfahren wegen eines Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz noch eine Geld- oder gar Freiheitsstrafe.

Wie sagte einst Georg Christoph Lichtenberg? „Um sicher Recht zu tun, braucht man sehr wenig vom Recht zu wissen. Allein um sicher Unrecht zu tun, muss man die Rechte studiert haben.“

Wilhelm Kreuer, Lelkowo/Polen

## SCHLECHTE KINDERSTUBE ZU: BRATWURST MIT OLAF (NR. 32)

Es reicht leider, leider nicht, den Impfgegnern zu sagen, dass der etwaige Schaden einer Corona-Infektion ihr eigener sei. Würden Einsicht und Vernunft bei allen Menschen siegen, könnte es auch mit einem ehrlichen Sozialismus klappen. Wer auf die Vernunft der Menschen baut, wird maßlos enttäuscht.

Schauen Sie sich Parks und Treffpunkte von vielen Menschen an. Sie sind am Morgen danach Müllkippen.

Peter Karstens, Eckernförde

## RESPEKTLOSER UMGANGSTON ZU: ALLES PER „DU“ – DISTANZ UND RESPEKT BLEIBEN AUF DER STRECKE (NR. 30)

Mein Mann und ich haben die 70 schon ein Stück überschritten und haben mit

den angeblichen heutigen Umgangsformen so unsere Probleme. Jeder Mensch hat das Recht auf respektvolle Umgangsformen. Dass die nicht immer so gehandhabt werden, zeigt sich im alltäglichen Miteinander aber immer wieder. Doch dieser neue Trend, alle seien auf scheinbar gleicher Augenhöhe, lässt auf eine total vernachlässigte oder schlechte Kinderstube schließen.

Zum ersten Mal bewusst erlebte ich diesen Umgangston im Urlaub in Österreich. Eine blutjunge Bedienung fand nach meinem Hinweis auf die Anrede „Du“: „Das ist heute so“. Es handelte sich wohlgerne noch nicht mal um eine gewöhnliche Kneipe. Mittlerweile bekommen wir per Mail und auch per Post Mitteilungen, in denen wir unaufgefordert mit „Du“ angeschrieben werden.

Die Werbeanzeigen der Medien, in denen der Zuschauer und Leser mit „Du“ tituliert wird, bringen mich nicht sonderlich aus der Ruhe, denn viele davon sind auf einem so niedrigen Niveau von Wort und Bild angesiedelt, dass man sich nicht angesprochen fühlen muss.

Dennoch empfinde ich es als extrem niveaulos, wie in unserer Kultur die Traditionen und der zwischenmenschliche Umgang verwahrlosen. Ein deutlicher Hinweis dazu ist auch die Anrede älterer Menschen in Heimen und Krankenhäusern mit „Oma“ und „Opa“, die ebenso auch noch mit „Du“ angesprochen werden, ohne in einem verwandtschaftlichen Verhältnis zum Personal zu stehen.

Die Wertigkeit eines Menschen zeigt sich doch schon im Strafvollzugsgesetz. Da steht geschrieben „Der Gefangene ist mit ‚Sie‘ anzusprechen“, also eine bindende Vorschrift. Ich bin der Meinung, dass, wenn ich es möchte, mit jemandem per „Du“ zu kommunizieren, dann werde ich dies entsprechend ausdrücken. Es mag wohl sein, dass der Umgangston und die Anrede in anderen Ländern nicht so gehandhabt werden, aber noch ist Deutschland, meine Heimat, nicht abgeschafft, und ich habe die Hoffnung, dass dies nicht auch noch zu meinen Lebzeiten passiert.

Ehrentraud Netolitzky, Hornbach

ANZEIGE

## Melatonin als Basis für Ihre Gesundheit

■ Melatonin ist ein uraltes Molekül, das über Milliarden Jahre zurückverfolgt werden kann. Von Anfang an schützte es alle Lebensformen vor der Zerstörung durch freie Radikale. Doch im Laufe der Evolution übernahm dieses lebenswichtige Hormon immer komplexere Aufgaben. Heute ist es ein unverzichtbarer Grundbaustein für unsere Gesundheit. Produziert wird Melatonin in der winzigen Zirbeldrüse in der Mitte unseres Gehirns – und von dort gelangt es überall in den Körper und wirkt als Taktgeber für die inneren Uhren, nach denen sich alle Abläufe in unserem Körper richten.

### Taktgeber und Grundbaustein der Gesundheit

Melatonin wirkt an den wichtigsten Schaltstellen unseres Körpers: in den Zellen, im Hormonsystem, im Nervensystem, im Immunsystem, im Verdauungstrakt, im Gehirn und im Herz-Kreislauf-System. Überall ist Melatonin zur Stelle und sorgt für Ordnung, reguliert und legt die Basis, auf der unsere körperliche, seelische und geistige Gesundheit aufbauen – vorausgesetzt, es ist genügend vorhanden. Das ist jedoch bei den meisten Menschen nicht der Fall.

Die renommierte Gesundheitsexpertin Brigitte Hamann erläutert in gut verständlicher Weise, was Melatonin in unserem Körper bewirkt, wo es uns unterstützt und wo es sogar unentbehrlich ist.

Brigitte Hamann: Melatonin  
Paperback • 160 Seiten • durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 984 200 • 12,99 €



**KOPP VERLAG**

Telefon (0 74 72) 98 06 10  
Telefax (0 74 72) 98 06 11  
info@kopp-verlag.de  
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!  
Versandkostenfreie Lieferung  
innerhalb Europas

## NORDFRIESLAND

## Ein deutsches Klein-Amsterdam

Schleswig-Holstein: Vor 400 Jahren wurde das von holländischen Glaubensflüchtlingen geprägte Friedrichstadt gegründet

VON MARTIN STOLZENU

Wenn von der Einwanderung von Glaubensflüchtlingen aus anderen Ländern Europas im 17. und 18. Jahrhundert nach Deutschland die Rede ist, findet vor allem die Einwanderungspolitik der brandenburgischen Kurfürsten und preußischen Könige in dieser Zeit Berücksichtigung. Mit dem „Chur-Brandenburgischen Edict“ vom 29. Oktober 1685 wurde durch den Großen Kurfürsten eine kleine Völkerwanderung befördert.

Die Palette der Einwanderer in die Territorien der Hohenzollern reichte von niederländischen Handwerkern, die in ihrer Heimat wegen ihrer nichtkatholischen Konfession von der spanischen Herrscherfamilie verfolgt wurden, über jüdische Kaufmannsfamilien sowie Verfolgte aus Böhmen und Salzburg bis zu den als Hugenotten bezeichneten Reformierten aus Frankreich. Die religiöse Toleranz der Hohenzollern wurde von wirtschaftlichen Hoffnungen begleitet. Der Zuzug finanzkräftiger Berufsgruppen sollte die eigene Wirtschaftskraft steigern.

**Remonstranten für den Herzog**

Eine zweite größere Einwanderungsgruppe ließ Reichsgraf Nikolaus Ludwig von Zinzendorf ab 1721 in der Lausitz ansiedeln. Der pietistisch erzogene Gutsherr nahm protestantische Glaubensflüchtlinge aus Böhmen und Mähren in seinem Besitz auf und begründete damit die Herrnhuter „Brüderkolonie“, die seiner Vorstellung von einer „pietistischen Seelensammlung“ entsprach, bald als „Brüderunität“ deutschlandweite Verbreitung fand und in der Folge per Missionsarbeit weltweit tätig wurde.

Dahinter verblasst in der öffentlichen Wahrnehmung eine dritte Welle von



Grachtentour in Friedrichstadt: Der Mittelburggraben mit Giebelhäusern am Marktplatz

Foto: imago images/imagebroker

Glaubensflüchtlingen, die allerdings schon in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts nach Nordfriesland strömte. Das waren die Remonstranten, eine nach eigenen Glaubensgrundsätzen lebende Abspaltung der Calvinisten, die Herzog Friedrich III. von Schleswig-Holstein-Gottorf (1597–1659) auf Anraten von Willem van der Hove, seinem Berater in Wirtschaftsfragen, in sein Herzogtum holte. Die durchaus positiven Folgen sind bis heute vor allem in Friedrichstadt, einem „Klein-Amsterdam“, sichtbar.

Der religiös tolerante und wirtschaftlich ambitionierte Herzog gründete auf einer Insel zwischen den Flüssen Eider und Treene eine neue Stadt, die nach ihm Friedrichstadt benannt und zur neuen Heimat der holländischen Remonstranten wurde. Der Grundstein für das erste Haus wurde am 24. September 1621 gelegt. Das gilt als Gründungsdatum der Stadt. Daran wird bis heute per Gedenktafel erinnert.

Friedrichstadt war als Handelsstadt geplant, die über die Niederlande und

Spanien vom Welthandel Gewinne abschöpfen sollte. Parallel schickte Friedrich III. seine Gesandtschaft über Russland nach Persien, um auch über diesen Weg einen Fuß in den Welthandel zu bekommen. Doch beide ehrgeizigen Pläne scheiterten letztlich.

**Häuser im holländischen Stil**

Aber die Remonstranten nahmen das Friedrichstädter Angebot unter Führung von Adolph van Wael, dem vormaligen Bürgermeister von Utrecht, in ihrem Sin-

ne erfolgreich wahr. Sie bauten Häuser im holländischen Stil, die wie das Doppelgiebelhaus in der Prinzenstraße und die Alte Münze am Mittelburgwall bis heute beeindruckend, brachten mit Handwerk und Handel das regionale Geschäftsleben auf den Weg, zahlten Steuern in die herzoglichen Kassen, bauten Kanäle, die das Bild einer Holländerstadt prägten, und weiteten die religiöse Toleranz weiter aus.

Sie erreichten vom Herzog, dass alle Konfessionen in der Stadt mit gleichen Rechten ausgestattet wurden, was den Zuzug beförderte. Zu den Remonstranten gesellten sich in der Folge Mennoniten, Lutheraner, Quäker, Mormonen, Juden, Katholiken und auch die Zeugen Jehovas, die über die Konfessionsgrenzen in erstaunlicher Eintracht zusammenlebten. Man wohnte Haus an Haus. Auch Ehen wurden untereinander geschlossen.

An der Weihe der neuen Synagoge 1847 nahmen Angehörige aus allen Glaubensrichtungen in Friedrichstadt teil. Das funktionierte bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten, die die Synagoge anzündeten. Das Feuer konnte gelöscht werden. Der Restbau wurde zum Wohnhaus ausgebaut, inzwischen mit Unterstützung der Deutschen Stiftung Denkmalschutz (DSD) rekonstruiert und wird als Kultur- und Gedenkstätte genutzt. Jetzt leben wieder fünf Glaubensgemeinschaften friedlich miteinander.

Heute ist die Stadt mit ihrem holländischen Erscheinungsbild eher eine Touristenattraktion. Dieses Stadtbild mit den typischen holländischen Häusern, der ebenfalls mit Mitteln der DSD sanierten Remonstranten-Kirche und Grachten wird tunlichst gepflegt, und es belegt eindrucksvoll, dass sinnvolle Zuzüge durchaus ein dauerhafter Gewinn für das Gemeinwohl sein können.

## ARCHITEKTUR

## Das Haus von der Stange

Luxusheim für Vertriebene – Im Freilichtmuseum Kiekeberg bei Hamburg steht jetzt ein Quelle-Fertighaus

Seit 2019 wird die Königsberger Straße zu einer immer attraktiveren Adresse. Es entstehen Häuser mit Gärten sowie Straßenlaternen, eine Litfaßsäule, Telefonzellen, Läden und eine Tankstelle – alles im Stil der 1950er Jahre. Dieser Retro-Look ist Teil des Projekts „Königsberger Straße. Heimat in der jungen Bundesrepublik“ im Freilichtmuseum am Kiekeberg vor den südlichen Toren Hamburgs und bei den Harburger Bergen. Das Projekt stellt die Unterkünfte vor, die damals für die Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten dringend benötigt wurden und die man auf dem Museumsgelände begehnen kann.

Vom 25. September an wird es an der Königsberger Straße eine neue Hausnummer geben: ein vollständiges Fertighaus aus dem Quelle-Katalog. Das Haus wurde 1966 in Winsen (Luhe) gebaut, in Teile zerlegt, zum Kiekeberg transloziert, dort wieder aufgebaut und im Zeitschnitt von 1979 eingerichtet. Es zeigt damit, wie die Eigentümerfamilie Ende der 1970er Jahre in ihm wohnte.

In der Nachkriegszeit, insbesondere von 1969 bis 1973, erlebten Fertighäuser eine Boom-Phase. Schon wesentlich früher, in der Kaiserzeit, wurden Wohnhäuser aus Fertigteilen gebaut. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg lasteten ihnen jedoch Makel und Vorurteile an: Diverse tatsächliche Baumängel und eine negative Berichterstattung in den Medien

schürten Ablehnung. Eine grundsätzliche Skepsis gegenüber neuen Bauformen war vermutlich auch ein Grund für die Zurückhaltung einiger Bauherren.

Hinzu kommen die direkten negativen Erlebnisse aus der Nachkriegszeit, als viele Vertriebene in Notunterkünften hausmussten. Die Fertighäuser wurden den Ruf nicht los, bessere Baracken zu sein.

Und doch gab es einige Vorteile, mit denen Quelle-Fertighäuser überzeugten: Allem voran waren sie kostengünstig, schnell zu errichten und insbesondere in

der Raumaufteilung auf die aktuellen Bedürfnisse von Familien zugeschnitten. Oftmals waren die Bauherren fortschrittlich orientiert und interessiert an moderner Architektur.

In Westdeutschland herrschte in den 1950ern eine akute Wohnungsnot: Über zwölf Millionen Flüchtlinge, Vertriebene und Evakuierte suchten nach dem Zweiten Weltkrieg eine Unterkunft. Schnelles und günstiges Bauen war stark nachgefragt. Zahlreiche kleine Unternehmen, oft Zimmereien, boten regional Häuser aus

Fertigteilen an. Als erstes Versandhandelsunternehmen (und als einziges mit selbst entwickelten Fertighäusern) bot die Quelle-Fertighaus GmbH ab 1962 Fertighäuser aus dem Katalog an.

Für die neuen Bauherren gab sie eine Fertighaus-Fibel heraus, die die verschiedenen Haustypen und ihre Vorteile anpries und regelmäßig aktualisiert wurde. Ein prominentes Argument war das Versprechen vom „Hausbau in fünf Tagen“ ab Kellerkante, das jedoch in der Praxis offenbar nur selten eingehalten wurde.

Das Quelle-Fertighaus steht nicht nur für eine neue Art der Fertigung und des Hausverkaufs, sondern auch für eine andere Lebensgestaltung: Die Wände sind zugunsten der 110 Quadratmeter großen Wohnfläche nicht gemauert, Wohn-, Wirtschafts- und Schlafbereich sind klar getrennt, große Fenster lassen viel Licht herein, der Garten ist als Zier- und Spielgarten angelegt und eine Garage ist Standard. Ein Quelle-Fertighaustyp konnte sogar mit Bootsgarage errichtet werden.

Das Quelle-Fertighaus ist für das Freilichtmuseum am Kiekeberg ein Schatz: Da das Eigentümerhepaar nur wenige behutsame Eingriffe in das ursprüngliche Haus vorgenommen hat, dient es als bleibendes Gedächtnis für die folgenden Generationen.

H. Tews



Ruckzuck wiedererrichtet: Das Quelle-Haus im Freilichtmuseum

Foto: FLMK

## MARITIMES

## Kleine Kraftprotze

Meist ziehen die großen „Pötte“ die Blicke von Hafenbesuchern auf sich. Das Hamburger Hafensemuseum widmet sich dagegen bis zum 31. Oktober den kleinen Kraftpakten: den Schleppern. Diese exquisite Entdeckungsreise in die faszinierende Arbeitswelt dieser Spezialschiffe bietet einen Einblick in die komplizierte Technik und die vielfältigen Einsatzbereiche der Schleppschiffahrt. Dabei zeigt sich auch, wie anspruchsvoll und gefährlich die Arbeit an Bord sein kann. Denn Schlepper ziehen und schieben Schiffe, Pontons, Offshore-Gerät und andere Lasten nicht nur in Häfen, sondern auch über Meere. (Australiastraße am Kleinen Grasbrook, [www.shm.de/de/hafenmuseum-hamburg](http://www.shm.de/de/hafenmuseum-hamburg)) *tws*



Kraftvoll: Hochseebergungsschlepper „Oceanic“ in stürmischer See

● Internet [www.kiekeberg-museum.de](http://www.kiekeberg-museum.de)

## ● FÜR SIE GELESEN

## Italien im Widerstand

Cesare Pavese, der als Begründer der modernen italienischen Literatur gilt, erzählt in seinem Roman „Der Genosse“ die Geschichte eines kleinen Diebs, der das Gitarrenspiel liebt. Eigentlich talentiert, zieht er es vor, mit seiner Geliebten von zweifelhaftem Ruf durch die Tanzlokale und Variété-Theater in Turin zu ziehen, anstatt mit dem Gitarrenspiel seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Als sein Weg ihn schließlich nach Rom führt, stößt er auf Menschen, die Flugblätter verteilen. Ganz allmählich nähert er sich den „roten“ Kreisen, dem Widerstand gegen den herrschenden Faschismus, an und befindet sich plötzlich inmitten des Widerstands.

Der studierte und promovierte Literaturwissenschaftler Pavese übersetzte zahlreiche Werke aus dem Englischen, darunter solche von William Faulkner, John Steinbeck und James Joyce. Wegen seiner antifaschistischen Haltung wurde er 1935 nach Kalabrien verbannt, wobei diese als eher ästhetisch denn weltanschaulich motiviert gilt. Maja Pflug hat den Roman nach der Erstausgabe von 1947 neu übersetzt. **MRK**



**Cesare Pavese:** „Der Genosse“, Diogenes Verlag, Zürich 2021, broschiert, 283 Seiten, 12 Euro

## ERZÄHLUNGEN



## Sehnsuchtsziel Balaton

Lange Zeit hatte der Plattensee den Ruf als „Badewanne Ungarns“, an dem während der Epoche des Eisernen Vorhangs deutsch-deutsche Begegnungen stattfinden konnten

**Erinnerungen** an die Vorwendezeit werden in den Novellen der Autorin, Kritikerin und Essayistin Noémi Kiss wach, die 1974 in der Nähe von Budapest zur Welt kam.

Ihre „Balaton“-Novellen spielen in den 1980er Jahren. Sie handeln von Ferien am geliebten Plattensee, von Abenteuern mit Freunden, Erlebnissen mit der Familie, einem Leichenfund und unvorsichtigen Badenden sowie von Menschen, die mit der sozialistischen Realität nicht zurechtkommen. Im Vordergrund steht die Sommerfreu-

de, doch der See schwemmt immer wieder Schicksale, Verbrechen, Geheimnisse und Lügen ans Tageslicht.

Die Novellen spiegeln die Stimmung einer angespannten, abwartenden Stille der 80er Jahre vor dem Umbruch wider. Ungarn ist damals ein beliebtes deutsch-deutsches Urlaubsziel. Durch den Mauerbau getrennte Familien können hier gemeinsam am Strand liegen, lange bevor Ungarn am 11. September 1989 seine Westgrenzen für DDR-Bürger öffnet.

Die Novellen beleuchten ebenso den Traum der Ungarn nach Freiheit. Obwohl das Leben in dem kleinen Land innerhalb der sozialistischen Staaten verhältnismäßig gut ist, streben auch sie in Richtung Westen.

Manuela Rosenthal-Kappi

**Noémi Kiss: „Balaton. Novellen“**, Europa-Verlag, München 2021, gebunden, 168 Seiten, 18 Euro

## GESCHLECHTERFORSCHUNG

## Wie die Gesellschaft mittels „Gender Studies“ manipuliert wird

Zwölf Natur- und Geisteswissenschaftler reflektieren kritisch über den Forschungszweig eines neuen Feminismus, der einer wissenschaftlichen Überprüfung der aufgestellten Thesen nicht standhält – Die Autoren kommen zu einem vernichtenden Urteil

VON WOLFGANG KAUFMANN

Mittlerweile existieren an fast jeder deutschen Universität weiblich dominierte Lehrstühle und Institute für Gender Studies, zu Deutsch Geschlechterforschung. Dabei ist höchst fraglich, ob es sich hierbei tatsächlich um eine seriöse Wissenschaft handelt. Immerhin negieren die Vertreter der Gender Studies ja die überragende Bedeutung von biologischen Gegebenheiten und pochen darauf, dass nicht die körperlichen Eigenschaften uns Menschen zu männlichen oder weiblichen Wesen machen, sondern die soziokulturelle Umgebung beziehungsweise das Aufwachsen in derselben, also die Sozialisation.

## Verleugnung biologischer Gegebenheiten

Das heißt, es wird behauptet, wir kämen alle als geschlechtliche Neutren auf die Welt und würden uns erst später in irgendeine Richtung entwickeln. Inwieweit dies auf Fakten beruht und inwieweit hier feministisches oder anderes politisch-ideologisches Wunschdenken im Spiel ist, untersuchen zwölf Natur- und Geisteswissenschaftler in ebenso kritischen wie reflektierten Beiträgen, welche in dem

Buch „Gender Studies – Wissenschaft oder Ideologie?“ versammelt sind, das von Harald Schulze-Eisentraut und Alexander Ulfig herausgegeben wurde. Die Autoren beleuchten ganz unterschiedliche Aspekte des Genderismus samt seiner Auswirkungen auf Gesellschaft und Politik.

## Hervorhebung eines altbekannten Phänomens

So thematisieren Hans-Peter Klein und Axel Mayer die ignorante Haltung der Gender Studies gegenüber den Erkenntnissen der biologischen Forschung. Dahingegen widmet sich Adorján Kovács der Gendermedizin und legt dar, dass die unterschiedliche Anfälligkeit der Geschlechter für bestimmte Krankheiten ein altbekanntes Phänomen ist, auf das nicht erst die Vertreterinnen der Gender Studies gestoßen sind.

Sabine Beppler-Spahl wiederum weist nach, dass der Genderfeminismus keine Befreiung der Frauen von geschlechtsspezifischen Zwängen anstrebt, sondern die Erringung der politischen Macht. Anschließend beschreibt Markus D. Meier die Art und Weise, wie die naturwissenschaftlich arbeitenden Biologen und die geisteswissenschaftlich aufgestellten Genderforscherinnen miteinander kommunizieren. In diesem Zu-

sammenhang zeigt er auch die monotone Redundanz und den moralischen Rigorismus, den die Letzteren in die Debatte einbringen. Im Nachgang hierzu enthüllt Alexander Ulfig, wie fleißig und gekonnt die Vertreter der Gender Studies Lobby- und Klientelpolitik betreiben.

Heike Diefenbach befasst sich ihrerseits besonders explizit mit der Frage, inwiefern die Gender Studies überhaupt die Ansprüche an wissenschaftliches Arbeiten erfüllen. Dabei kommt sie zu einem nachgerade vernichtenden Fazit: Die Genderforscherinnen würden sich gegen jegliche empirische Überprüfung ihrer Thesen sträuben – sofern diese so wieso nicht gleich so formuliert seien, dass solche Nagelproben unmöglich stattfinden könnten.

## Gendersternchen und ähnliches analysiert

Die letzten Aufsätze sind dann eher anwendungsorientierten Themen vorbehalten: Wolfgang Tischner bringt die Delegitimierung und Verächtlichmachung von Männlichkeit im heutigen Bildungssystem zur Sprache, während Dagmar Lorenz den auf Zensur hinauslaufenden Einfluss der Gender Studies auf die Literaturwissenschaften analysiert und Heinz-Dieter Pohl die feministische Linguistik aufs Korn nimmt. Der Letzteren

verdanken wir die immer mehr um sich greifende Sprachverhuzung mit all ihren „geschlechtsneutralen“ Formulierungen, Gendersternchen und ähnlichem Unsinn. Dabei stellt Pohl das Spannungsverhältnis zwischen natürlichem Sprachwandel und ideologisch motivierter Manipulation der Sprache in den Mittelpunkt, während Tomas Kubelik im Anschluss die absurden Auswüchse des „Gendersprechens“ und dessen politische Hintergründe beleuchtet.

Und zum Schluss schildert Harald Schulze-Eisentraut dann noch in einem äußerst lesenswerten Kapitel das organisatorische Zusammenspiel kirchlicher, politischer und universitärer Vertreter genderfeministischer Strukturen und Netzwerke, welche aktuell wie Pilze aus dem Boden schießen und nicht mehr und nicht weniger als eine grundlegende Transformation unserer Gesellschaft zum Ziel haben.

**Harald Schulze-Eisentraut/Alexander Ulfig (Hrsg.): „Gender Studies – Wissenschaft oder Ideologie?“** Deutscher Wissenschaftsverlag, Baden-Baden 2020, broschiert, 249 Seiten, 24,95 Euro



## ● FÜR SIE GELESEN

## Ironisches Lesevergnügen

Ingrid Noll ist für ihren sarkastischen Schreibstil bekannt. Ihre Krimis bestechen durch skurrile Handlungen, so auch in ihrem neuen Buch „Kein Feuer kann brennen so heiß“.

Der Titel ist die Anfangszeile eines Volkslieds, dessen Fortsetzung lautet: „die Liebe, von der niemand nichts weiß“. Die Protagonistin Lorina Miesebach wird von ihrer Familie wegen ihrer Ungeschicklichkeit gehänselt. Anerkennung findet sie, als sie ihren Dienst bei der reichen Hausherrin der Villa Alsfelder beginnt. Kost und Logi sind frei und sie verdient gut. Die gutmütige alte Frau schätzt an Lorina deren Zuverlässigkeit. Am Ende halten die beiden Frauen eng zusammen.

Ihr Verhältnis mit dem jungen Masqueur Boris, der Tag und Nacht im Haus einkehren kann, hält Lorina vor ihrer ChefIn geheim. Als der treulose Boris sie eiskalt abserviert, rächt die Versetzte sich bitterböse. Ein ähnliches Schicksal erleidet Christian, der Neffe der alten Frau, der es offensichtlich nicht abwarten kann, das Erbe seiner Tante anzutreten.

Obwohl der Spannungsbogen des Romans recht flach bleibt, ist man dennoch gespannt, wie es weitergeht. Nolls Ironie und flüssiger Stil bereiten Lesevergnügen pur. **MRK**



**Ingrid Noll: „Kein Feuer kann brennen so heiß“**, Diogenes Verlag, Zürich 2021, gebunden, 292 Seiten, 24 Euro



## ● AUFGESCHNAPPT

Reisen bildet, so heißt es in einer satzsaftigen bekannten Weisheit. Für die persönliche Stimmungslage ist das allerdings nicht immer von Vorteil, denn der Erkenntnisfortschritt kann auch deprimieren. So etwa eine Beobachtung aus einem Zugfenster bei einem Halt in einem Bahnhof einer kleineren Stadt in Sachsen-Anhalt. Einem gegenüber eingefahrenen ICE entstieg eine ältere Dame. Diese wurde von einer jüngeren Frau auf dem Bahnsteig erwartet, offenbar eine Tochter, die ihre Mutter abholte. Verschiedenes konnte man bislang in derartigen Begrüßungssituationen erleben. Händeschütteln oder eine Umarmung. Mitunter gab es zum Empfang Blumen oder schweres Gepäck wurde hilfsbereit abgenommen. Dies alles wäre kaum der Rede wert gewesen, wie üblich. Hier jedoch fand nichts dergleichen statt. Erste und einzige Willkommensgeste war, dass die Tochter der Mutter penibel ihre nicht ganz vorschriftsmäßig sitzende Maske richtete. Neue Prioritäten, neue Umgangsformen. Wohin ist dieses Land gekommen? E.L.



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Kabarettist Florian Schröder kritisiert im Interview mit der „Deutschen Presseagentur“ (17. September) Moralisierung und Niedergang der deutschen Debattenkultur:

„Im öffentlichen Diskurs stehen sich zwei Fraktionen im Schützengraben gegenüber: Auf der einen Seite sind die Märtyrer, meistens Männer etwas höheren Alters, die der Auffassung sind, die Meinungsfreiheit ist in Gefahr. Auf der anderen Seite sind Teile der Post 89er-Generation, die meinen, sie müssen festlegen, wer noch was wo sagen darf. Beide neigen zum Brüllen. Deshalb ist der Diskurs sehr aggressiv, entweder empört oder empfindlich.“

Im Juli prophezeite Kanzleramtschef Helge Braun (CDU) für Ende September eine Inzidenz von 850. Es ist nicht einmal ein Zehntel geworden. Doch, so beklagt Philipp Piatov in der „Bild“-Zeitung (20. September):

„Die Corona-Einschränkungen, die der falschen Rechnung folgten, bleiben trotzdem. Absurd. Wenn der Wetterbericht zwei Grad vorhersagt und es 20 werden, käme niemand auf die Idee, trotzdem den Wintermantel anzuziehen ... Nennen wir die Dinge beim Namen. Die falschen Prognosen sind keine mysteriösen Fehlkalkulationen – es ist kalkulierte Panikmache.“

Stefan Aust stellt in der „Welt“ (19. September) eine in Sarkasmus getränkte Schicksalsfrage:

„Ich dachte immer, der Kommunismus sei unserer Wirtschaft unterlegen. Aber wenn grüne Sozialisten auch bei uns mitregieren, wird es vielleicht auch hier besser. China ist da ja ein großes Vorbild. Manchmal fragt man sich, wer eigentlich ein Interesse daran haben könnte, dass wir unser in den vergangenen Jahrzehnten erfolgreiches demokratisches, freies, marktwirtschaftliches System so begeistert an die Wand fahren: von ‚made in Germany‘ zu ‚mad in Germany‘.“

Islamexperte Ahmad Mansour kritisiert in „Focus“ (21. September), dass die etablierten Parteien Themen wie radikaler Islam und muslimischer Antisemitismus krampfhaft scheuen:

„Wenn man es ganz eng betrachtet und das Narrativ der Klimaschützer benutzen will, dann ist die nächste Regierung die letzte, die mit demokratischen Möglichkeiten Verhältnisse wie in Frankreich vermeiden kann. Frankreich, das tagtäglich mit Islamismus und Parallelgesellschaften zu kämpfen hat, wo Juden massenhaft das Land verlassen und Sicherheit im Nahen Osten und in Israel suchen – und wo Lehrer ermordet werden, weil sie Demokratie und Meinungsfreiheit lehren wollten.“

## ● WORT DER WOCHE

„Um es einfach zu sagen: Andere Krankheiten stellen ein viel größeres Risiko dar, Corona gefährdet Otto Normalverbraucher kaum – aber diese Botschaft kam nicht rüber.“

Klaus Püschel, Medizin-Professor und bis 2020 fast 30 Jahre lang Leiter des Hamburger Instituts für Rechtsmedizin, am 21. September im „Hamburger Abendblatt“

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Esel auf dem Eis

Was wir jetzt schon wissen, und worauf wir uns nach dem Sonntag einstellen sollten

VON HANS HECKEL

So, das war's also. Der Wahlkampf ist überstanden, die Urnen stehen bereit, und alle warten auf die sonntägliche Bescherung um 18 Uhr. Immerhin ist es noch mal spannend geworden, nachdem uns im Sommer kurzzeitig fast die Augen zugefallen waren vor Langeweile.

Was wohl herauskommt? Ob das neue Parlament besser oder schlechter sein wird als das ausgelauene, kann noch keiner sagen. Doch eines können wir schon im Voraus verraten: Auf jeden Fall bekommen wir den größten Bundestag aller Zeiten und stellen damit erneut einen Weltrekord auf. Ja, von wegen, Deutschland sei nirgendwo mehr führend!

Nach Berechnungen auf der Basis letzter Umfragen schwillt die Volksvertretung von derzeit 709 auf 800 bis sogar 900 Abgeordnete an. So ein riesiges Parlament hat kein anderes demokratisches Land der Welt. Indien, die größte Demokratie des Planeten mit 16,6 Mal so vielen Einwohnern wie Deutschland, begnügt sich mit läppischen 540 Mandatsträgern. Hätten die knapp 1,4 Milliarden Inder pro Kopf genauso viele Abgeordnete wie wir, säßen in Neu-Dehli rund 15.000 Gewählte beisammen, eine Kleinstadt. Die Mandatsträger müssten mit dem Motorroller gen Pult fahren, um rechtzeitig zum Beginn ihres Redebeitrags dort einzutreffen.

## Zum größten Bundestag aller Zeiten

Aber war da nicht was? Hatten uns vor vier Jahren nicht unzählige Politikermünder geschworen, dass schon 709 Abgeordnete viel zu viele seien und daher dringend eine Reform her müsse, um deren Zahl wieder runter zu bringen? Ja, sicher. Und wir können ganz fest davon ausgehen, dass sie das auch dieses Mal wieder sagen werden – um dann wie gehabt vier Jahre lang nichts zu tun.

Nichts getan? Sie haben einiges gemacht, nur in die andere Richtung. Seit Angela Merkel Kanzlerin ist, hat man die Zahl der Beamten in den obersten Bundesbehörden von 14.000 auf 24.000 erhöht, und allein seit Jahresbeginn wurde noch einmal kräftig eingestellt, weil die amtierenden Minister ja nicht wissen, ob sie im Herbst noch ein Amt haben, wo sie solche Pfründen an ihre Getreuen verschenken können.

Wir müssen allerdings bedenken, dass auf das neue Parlament gewaltige Aufgaben warten, da können ein paar mehr helfende Hände

durchaus sinnvoll erscheinen. Wer die öffentlichen Debatten verfolgt, bekommt nämlich den Eindruck, dass hier ein Land, das kaum mehr als ein Prozent der Erdbevölkerung ausmacht, fast im Alleingang das Weltklima retten will. Annalena Baerbock hat den Anspruch des nächsten Bundestages klar umrissen: Am Sonntag hätten die Deutschen an der Urne die letzte welthistorische Gelegenheit, die globale Klimakatastrophe noch abzuwenden (indem sie grün wählen, versteht sich). Also nicht die Amerikaner oder die Chinesen, die Inder, Afrikaner oder der unbedeutende Rest von Europa, nein – wir! Wir Deutsche entscheiden am Wahltag darüber, ob der blaue Planet eine Zukunft hat oder nicht. Ist das nicht großartig? Ein Gefühl wie an den Klippen des „Endsieg“.

Der totale globale Endkampf ums Wetter gebietet es freilich, dass an die Spitze unseres vom Glorienschein der Weltrettung umkränzten Gemeinwesens nur die Besten der Besten aufrücken. Nicht allein in den Kanzlerstuhl, sondern auch ins Amt des Bundespräsidenten. Wie der „Focus“ aus Quellen in der CDU-Führung erfahren haben will, hat die Unionsspitze da auch schon jemandem im Auge.

Laut dem Magazin überlegt man im Adenauerhaus, nächstes Jahr Katrin Göring-Eckardt zur Bundespräsidentin zu küren, wenn die Grünen als Gegengabe diesen Herbst eine Koalition mit den Schwarzen eingehen. Und da dachten wir schon, mit Frank-Walter Steinmeier gewissermaßen den Gipfel erreicht zu haben. Das war möglicherweise genauso falsch wie die Illusion von 2017, als wir meinten, aufgeblähter könne der Bundestag nun wirklich nicht mehr werden. Nein, nein – es geht immer weiter und weiter: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Auch mit der CDU. Denn bei den letzten konservativen Wählern an der Unionsspitze würde so ein Handel mit den Grünen fabelhaft ankommen. Ach, blöde Häme. Was sollen Laschets Leute denn machen? Sie sitzen in der Tinte. Inhaltlich entleert und personell rachitisch hält den Verein nur die Macht noch zusammen. Bricht die weg, könnte die Partei auseinanderbröseln wie ein trockener alter Käse.

Daher muss die Macht, wenn es irgend geht, als letztes Bindemittel für die CDU erhalten bleiben. Das wäre aber (wenn überhaupt) nur unter der Flagge Jamaikas zu werkstelligen, also mit den Grünen. Und die

könnten der Union dafür so ziemlich alles abpressen, was sie haben wollen, beispielsweise den schönen Posten im Bellevue.

Keine schöne Auswahl für die Union: Entweder sie kann in der Opposition zerfallen oder sie wird sich an der Regierung die allerletzten Zähne ziehen lassen. Was nach so etwas von einer bürgerlichen Partei übrig bleibt, wissen Italiens Christdemokraten schmerzlich zu berichten.

## Merkel grünlinks überholen? Viel Spaß!

Für die Grünen stellt sich in so einer Jamaika-Kiste indes auch ein Problem. Angela Merkel hat die Union in 16 Jahren beinahe restlos vergrünt, dass es schwerfallen könnte, noch etwas zu finden, was die Grünen den Schwarzen „abtrotzen“ könnten, um mit der Trophäe ihre Unions-feindliche Basis zu besänftigen. Da kann die Habeck-Baerbock-Truppe eigentlich nur noch radikaler, noch apokalyptischer werden, um sogar das grünlinke Merkeldeutschland in Sachen Links und Grün zu überholen. Baerbock hat mit ihrer Welt-Endwahl-Phantasie einen ahnungsvollen Vorgeschmack gegeben.

Aber was zerbrechen wir uns hier den Kopf? Im linken Lager ist man zuversichtlich, dass die nächste Regierung ohnehin rot-grünrot gestrickt sein wird. Und viele Deutsche denken ähnlich. Finanzexperten wollen in den Wochen vor der Wahl auffällige Absetzbewegungen von wohlhabenden Deutschen beobachtet haben, die ihr Geld Richtung Ausland in Sicherheit bringen.

Wie die Grünen hat auch die SPD nach einem Sieg eine Herausforderung zu meistern. Da wartet auf die Genossen beispielsweise die heikle Aufgabe, diesen Scholz wieder loszuwerden, den sie als Parteichef bekanntlich nicht haben wollten. Oder zumindest so einzurahmen, dass er selbst als Kanzler nicht allzu sehr im Wege steht auf dem Zug in den linken Enteignungsstaat. Indes: Der SPD-Kanzlerkandidat hat sich im Wahlkampf als derart elastisch und zynisch erwiesen, dass sich die Kühnerts und Eskens möglicherweise ganz umsonst sorgen.

So könnte Scholz im Kanzleramt weiterhin seinen Dienst als Schlafpille für unruhige Bürger versehen, während in den Ministerien ultralinke und radikalgrüne Weltretter ihr großes Werk tun. Und was wird aus Deutschland? Wenn's dem Esel zu gut geht, geht er eben aufs Eis. Und kaltes Wasser hat schon manchen zur Besinnung gebracht.

Ein Prozent der Menschheit soll fast allein das Klima retten. Großartig! Ein Gefühl wie an den Klippen des „Endsieg“



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)